

NACH TSCHERNOBYL –
TATSACHEN UND GEDÄNKEN

NEUE ZEIT

**TAG DES SIEGES:
LEHREN EINER
KOALITION**



UMSTELLUNG.
PRESSE UND PUBLIZITÄT

GEBORG
BEIM COMPUTER

ZEIT UND MENSCHEN

Der britische Futurologe Herbert Wells nannte Lenin, nachdem er ihn im Oktober 1920 kennengelernt hatte, den Träumer im Kreml. Herbert Wells gebrauchte es wahrhaftig nicht an Phantasie, er konnte sich über die Zukunft, wie sie ihm der Gründer des ersten sozialistischen Staats der Welt ausmalte, nicht vorstellen. Lenin sprach von der Elektrifizierung des Landes, von Autobahnen und Eisenbahnlinien quer durch das ganze Land und von einer modernen Industrie, während Wells nur stillgelegte Betriebe, halbzerstörte Städte, vernagelte Schaufenster, löcheriges Straßenpflaster und zerlumpte, hungernde Menschen sah.

Trotzdem hörte er auf

wie-
lektrifizierungs-
plan war erfüllt. Wells sah
die Moskauer U-Bahn
entstehen, er besichtigte
einen Betrieb, sprach mit
dem Volkskommissar für
das Bildungswesen, nahm
in den Bauplan für Mos-
kau Einblick und suchte
den Wissenschaftler Iwan
Pawlow auf. Lenin träumte
nicht ins Blaue, seine
Pläne wurden zügig in die
Tat umgesetzt.

Damals lernte die Welt
das Wort Fünfjahrplan
kennen. Um in der feind-
lichen Einkreisung zu be-
stehen, mußte der junge
Staat eine moderne Indu-
strie aufbauen.

Und so lautete denn
die Devise des ersten
Fünfjahrplans, der 1929
anlief, „Industrialisie-
rung“. Die UdSSR war
noch immer ein Agrar-
land. Die Industrie er-
zeugte keine Autos, Trak-
toren und Werkzeugma-
schinen. Vor der Revolu-
tion wurden sogar Fahr-
räder eingeführt. Man
mußte schnell und viel
bauen. Auf Hilfe war nicht
zu rechnen. Auf dem er-
sten Fünfjahrplan standen
1500 neue Objekte.

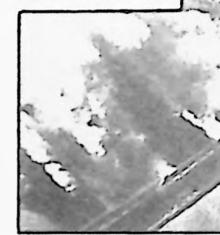
Das Land war ein ein-
ziges Baugelände. Städte
entstanden und Riesenbe-
triebe. Die Bezeichnun-



Auf, zum Bau!

So begann 1929
des Hüttenkombinats
von Magnitogorsk

1932. Der Staudamm
des Dneprkraftwerks

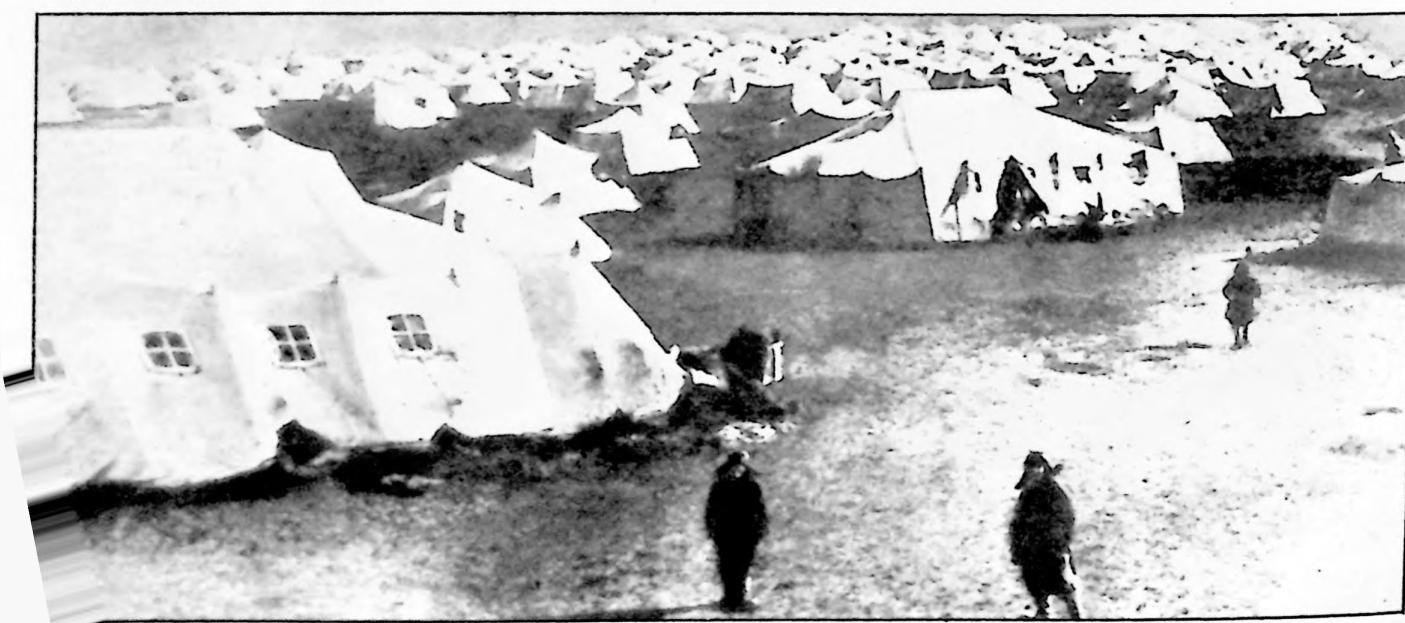


gen Dneprkraftwerk, Turk-
sib, Magnitogorsk u. a.
waren in aller Munde.
Maschinenbaubetriebe
mußten erst gebaut
werden.

So schwer das alles war,
machte es dem Volk doch
Freude, erstmals die Zu-
kunft des Landes selbst
zu gestalten. Der erste
Traktor und der erste
LKW waren Ereignisse.

Der erste Fünfjahrplan
wurde in 4 Jahren und
3 Monaten erfüllt. So
schnell entstand die
Grundlage für eine

machtvolle Industrie. Die
US-Zeitschrift „Nation“
schrieb im November
1932: „Die vier Jahre ha-
ben reiche Früchte getra-
gen. Die UdSSR hat an
der Fundamentlegung zu
einem neuen Leben mit
einer Intensität wie in
Kriegszeiten gearbeitet.
Das Land wird nicht wie-
derzuerkennen sein.“



MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

NEUE ZEIT

19

Mai 1987
Gründungsjahr

IN DIESEM HEFT:

2
Wort des Redakteurs
SCHWEIGEMINUTE

3
V. Bereshkow. LEHREN
EINER KOALITION

6
Exklusiv für NZ
Hermann Axen, Mitglied des Politbüros
und Sekretär des ZK der SED
AN DER NAHTSTELLE

8
Panorama

12
Betrachtungen
T. Tairow. DIE BEWUSSTWERDUNG

13
Archiv aktuell
I. Ponomarjow. "ROTES OSTERN"

14
Afghanistan
Mironow. NANGARHAR ERBLÜHT

16
Post, Echo

20
A. Illesch. EIN JAHR NACH
TSCHERNOBYL



25. April 1945.
Sowjetische und amerikanische
Soldaten an der Elbe



Kaufmann aus
Jalalabad, Afghanistan



Kreditkarten "erobern"
ein Land nach dem anderen

23
Lateinamerika
K. Chatschaturow. ATOMBOMBEN
TABU

24
CSSR
L. Jelin. SAHY: DER LANDFLUCHT
KEINE CHANCE

26
Politische Porträts
A. Grigorjanz. GEHT PERLE!

27
Australien
A. Iwkin. KONTINENT
ZWISCHEN HOFFNUNG UND
ERNUCHTERUNG

29
Kanada--USA
W. Ulassewitsch. FRIEDENSSTIFTER
ODER BRÜCKENKOPF?

30
Wirtschaft
W. Kaschin. AUF PUMP
BEIM COMPUTER

Titelbild: I. Smirnow

NEUE ZEIT

Chefredakteur

Y. IGNATENKO

Redaktionskollegium:

L. BESYMEMENSKI,
S. GOLJAKOW,
J. GUDKOW
(verantw. Sekretär),
A. LEBEDEW,
A. PIN,
B. PISTSCHIK
(stellv. Chefredakteur),
A. PUMPJANSKI
(stellv. Chefredakteur),
Y. TSCHERNJAWSKI
(stellv. Chefredakteur)

Verantwortlicher
Redakteur der
deutschen Ausgabe
R. KREFT



D ZEIT
Iajew, Chefredakteur der "So-
Natura", im Dialog mit Wladimir
Nied des Redaktionskollegiums der

SCHWEIGEMINUTE

Ich möchte die Anstrengungen der Sowjetregierung, die die Mittelstreckenraketen in Europa beseitigen will, unterstützen. Die Diskussion in unserem Land darüber, ob man die Pershing 2 völlig vernichten oder in Pershing 1 umwandeln soll, empört jeden normalen Menschen, der nicht im nuklearen Inferno untergehen will. Es wäre viel besser, die Frage der Raketen gründlich zu entscheiden, damit man nicht später darauf zurückzukommen braucht. Davon hängt schließlich die Stabilisierung in Europa, ja in der Welt ab.

Günter KRAUSE
Köln, Bundesrepublik Deutschland

Ich bin 17 und möchte, daß meine Kinder, sobald ich sie habe, unter einem friedlichen Himmel aufwachsen, ohne sich vor einem Kernwaffenkrieg fürchten zu müssen. Deshalb verurteile ich die USA, die nach militärischer Überlegenheit streben. Sie sollten inzwischen verstehen, wie absurd dieser Gedanke ist, zumal die meisten Amerikaner, wie mir scheint, nicht mehr an die Möglichkeit einer solchen Überlegenheit glauben.

Ernesto COLLADO
VILLALOBOS
Camaguey, Kuba

Neuerdings geben ehemalige hochgestellte Politiker, besonders amerikanische, gern Geheimnisse preis, von denen sie, während sie noch am Ruder waren, nichts erzählen durften. Sie bezichtigen ihre Regierungen — ach so tapfer — schmutziger Geschäfte und berichten über Machenschaften, in die sie selbst einbezogen waren. Solche "Offenbarungen" bestätigen nur: Wer in einem imperialistischen Staat an der Macht ist, hat es schwer, den gesunden Menschenverstand und seine ehrlichen Absichten zu bewahren.

Bruno MORELLI
Mailand, Italien

Das menschliche Gedächtnis hat seine Grenzen. Ein Mensch kann etwas vergessen oder gar unter krankhaftem Gedächtnisschwund leiden. Wenn jedoch ein einzelner Mensch das eine, ein anderer etwas anderes vergessen kann, können nicht alle alles vergessen. Neben dem individuellen besteht das kollektive, das Gedächtnis der Völker, der Menschheit.

Der in Europa vor 42 Jahren beendete zweite Weltkrieg bleibt im individuellen und im Gedächtnis der Menschheit. Sollte jemand den Krieg vergessen, wird ihn das Leben selbst daran erinnern. Das Rascheln von Gras auf einem stillen Soldatenfriedhof. Die Glocken von Chatyn und Buchenwald. Die Ruinen der Mühle in Stalingrad, die als stummer Zeuge der Schlacht nicht wiederaufgebaut wurde. Auch das Fernsehen erinnert: Ein Nazihenker, der sich jahrzehntelang in den USA versteckt hielt, leistet wütenden Widerstand, als man ihn in eine Maschine hineinstößt, die ihn zum Ort der Vergeltung bringen soll.

Auch unser Heute läßt uns die Vergangenheit nicht vergessen. Das Heute, in welchem wir leben. Ein Morgen für uns — wenn wir aus dem vergangenen Krieg Lehren ziehen und nichts unterlassen, um die Gefahr eines neuen Krieges zu bannen. Ehe es zu spät ist.

Ehe es zu spät ist, das hört sich so schlicht an. Am Vorabend des zweiten Weltkrieges strapazierte die Menschheit offensichtlich ihre eigene Geduld über alle Gebühr, als sie hoffte, die Zeit arbeite für den Frieden. Die Zeit arbeitete leider für den Aggressor. Die Politiker des Westens, die die Aggressionen Osten zu "kanalisierten" suchten, haben das Unheil über ihre eigenen Völker heraufbeschworen. Erst nach dem 22. Juni 1941 sah man die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes, gemeinsamer Handlungen ein.

Für wen arbeitet die Zeit jetzt, da die Zivilisation jetzt vor der Gefahr ihrer Selbstvernichtung steht? Das ist Gefahr für alle. Wir müssen die Kernwaffen liquidieren, ehe sie uns liquidiert haben. Das "Ehe es zu spät ist" erlangt eine neue, alarmierende Dimension.

Deshalb bewundern wir Menschen, die im Kampf für das Überleben der Menschheit keine Mühe scheuen. Vor kurzem erfuhr die Welt die Namen der diesjährigen Träger des Internationalen Leninpreises "Für Festigung des Völkerfriedens": der namhafte Kämpfer für die Befreiung Afrikas Julius Nyerere, der führende bundesdeutsche Kommunist Herbert Mies, der bulgarische Politiker und Staatsmann Petr Tantschew, die britische Wissenschaftlerin und Aktivistin der Friedensbewegung Dorothy Hodgkin und der Diplomat der sandinistischen Revolution Miguel D'Escoto Brockmann. Fünf sehr verschiedene Menschen. Solche, die den Krieg kannten, und solche, die ihn nicht erlebt haben, solche, die die Regierungsmacht ausüben, und solche, die die Bitternis des Exils kennen. Wissenschaftler, Politiker, ein Geistlicher. Diese Vielfalt der Kräfte macht den großen Kampf der Völker gegen die nukleare Bedrohung, für das Überleben der Menschheit stark und dynamisch.

Am 9. Mai wird eine Schweigeminute die Welt erfassen — selbstverständlich wenn das Pentagon an diesem Tag keinen abermaligen Kernwaffenversuch startet. Die 50 Millionen Toten werden ihre Kinder und Kindeskinder stumm befragen: Was habt ihr getan, damit dieses Leid sich nicht wiederholt? Jeder muß eine Antwort darauf geben. Für die große Gemeinschaft des Sozialismus, dessen Kern die Hitlerhorden niederrzuwerfen und aus der Welt zu schaffen suchten, ist die Antwort klar, ebenso klar, wie sie es am 9. Mai 1945 war.

Der Friedenswille muß sich in Friedensaktionen realisieren.

LEHREN EINER KOALITION

Valentin BERESHKOW

Zum Jahrestag des Sieges wenden wir uns in Gedanken der heroischen Zeit des Großen Vaterländischen Krieges und der Großtat des Sowjetvolkes zu, das die Freiheit und Unabhängigkeit seiner Heimat behauptet hat. In diesem titanischen Kampf standen wir nicht allein. Gegen die düsteren Kräfte des Faschismus und Militarismus kämpften Soldaten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der anderen Vereinten Nationen gemeinsam mit uns. Die auf einem Bündnis beruhenden Beziehungen, wie sie in der Antihitlerkoalition entstanden waren, sind ein historisches Beispiel für die Zusammenarbeit von Staaten verschiedener sozialer Systeme. Diese Erfahrungen führen vor Augen: Trotz aller Unterschiede in Ideologie, politischen Institutionen und Wirtschaftsformen kann gegenseitige Verständigung zustande kommen und selbst unter schweren Kriegsbedingungen gemeinsam vorgenommen werden.

Ein entscheidender Faktor des Sieges war die militärische Zusammenarbeit der UdSSR und der USA als wichtigste Koalitionsstaaten. Sie beruhte auf Gleichheit und gegenseitiger Berücksichtigung der Position jeder Seite. In diesem Sinne dürften die Lehren aus den Beziehungen der Alliierten UdSSR und USA auch für unsere Tage wesentlich sein.

Von Roosevelt bis Truman

16 Jahre nach der Oktoberrevolution erkannten die herrschenden US-Kreise den ersten sozialistischen Staat nicht an. Es bedurfte des gesunden Menschenverstands und der Scharfsicht eines Franklin Delano Roosevelt, diesem unnormalen Zustand ein Ende zu setzen. Kennzeichnenderweise fiel die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden größten Staaten der Gegenwart zeitlich mit der Machtergreifung durch die Hitlerclique in Deutschland zusammen. Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA legte das Fundament nicht nur für das spätere gemeinsame Vorgehen gegen den gemeinsamen Feind, sondern auch für die Nachkriegsregierung.

Präsident Roosevelt maß diesem Aspekt besondere Bedeutung bei. Schon im Herbst 1943 übergab er durch US-Außenminister Cordell Hull, der Moskau einen Besuch abstattete, ein Schrei-

ben für Josef Stalin, worin eine auf gegenseitiger Verständigung der Großmächte, vor allem der USA und der UdSSR, beruhende Struktur der Nachkriegswelt entworfen worden war. Schon damals sah Roosevelt den Widerstand von Gegnern dieser Idee voraus. Hull sagte Stalin als eine Art Kommentar zum Schreiben des Präsidenten: "Wenn wir bis zum Kriegsende warten und erst dann die Grundlagen eines internationalen Nachkriegsprogrammes formulieren, werden die Völker in allen demokratischen Ländern auseinandergehen und sich die Differenzen vertiefen; das werden sich verschiedene Elemente und einzelne Vertreter von sozialen Gruppen wie auch gewisse Personen zunutze machen. Unter solchen Umständen fiele es, jedenfalls den USA, sehr schwer, ein entsprechendes Nachkriegsprogramm zu verwirklichen sowie Kräfte zu seiner Unterstützung zusammenzuschließen und zu vereinigen. Jetzt ist die Lage ganz anders, und wenn einer der selbst recht hochgestellten Politiker der USA erklärt, er sei gegen die Ausarbeitung eines Nachkriegsprogramms, wird er sich damit sofort in Mißkredit bringen und ausgebootet werden."

Gerade solche Elemente bemühten sich selbst in den Kriegsjahren, die Beziehungen zwischen den Alliierten zu komplizieren. Sie erfanden immer neue Argumente gegen die Eröffnung der

zweiten Front, störten die Einhaltung von Terminplänen für die Lieferung von Kriegsmaterial und Ausrüstungen an die UdSSR und verhandelten insgeheim mit Abgesandten der Nazis. Ihnen ging es darum, die beiden wichtigsten Teilnehmer dieser Auseinandersetzung zu schwächen, um am Kriegsende amerikanische Bedingungen für die Einrichtung der Welt zu diktieren. Solange Roosevelt am Leben war, durchkreuzte er, wenn auch nicht immer energisch genug, die Umtriebe der Gegner einer sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit nach dem Krieg und bemühte sich um eine grundlegende Festigung der Beziehungen zwischen beiden Großmächten, die, wie er voraussah, aus dem Krieg als die stärksten und einflußreichsten hervorgehen sollten.

Die Konferenzen der Kriegszeit unter Roosevelts Teilnahme — in Teheran und Jalta — waren von großer internationaler Bedeutung. Ihre Beschlüsse betonten die außerordentliche Wichtigkeit der Einheit der Großmächte im Krieg und bei der Einrichtung des Friedens, demonstrierten die Möglichkeit einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen sozialen Systemen. Man sollte daran erinnern, daß Präsident Roosevelt in seinem Bericht an den Kongreß über die Ergebnisse des Treffens der "großen Drei" auf der Krim am 1. März 1945 hervorhob: "Nie zuvor waren die Hauptalliierten zu Zwecken nicht nur des

1945. Unvergessene Tage für die Alliierten.

Foto: TASS



• Krieges, sondern auch des Friedens in engerer Einheit verbunden."

Warum konnten die im Krieg zustande gekommenen Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA nicht aufrechterhalten werden? Wie die Geschichte lehrt, gehen Kriegsverbündete nach dem Sieg gewöhnlich auseinander. Auf jeden Fall hätten jedoch Extreme und die Konfrontation vermieden werden können, wenn Roosevelt auch in den schwierigsten ersten Nachkriegsjahren noch Präsident gewesen wäre. Er starb im April 1945, und mit dem Amtsantritt Präsident Trumans rechnete sich im US-Kurs eine scharfe Wendung von der Zusammenarbeit zur Konfrontation mit der UdSSR ab. Die Idee des amerikanischen Diktats in der Nachkriegswelt gewann die Oberhand. Ihre Anhänger aus der Demokratischen und der Republikanischen Partei fanden in Truman einen Gleichgesinnten. Er hatte ja noch als Senator gleich nach dem Überfall Hitlers auf Deutschland auf die UdSSR gesagt: "Wenn wir sehen, daß Deutschland siegt, dann müssen wir Rußland helfen, und sollte Rußland siegreich sein, dann müssen wir Deutschland helfen, damit sich möglichst viele gegenseitig totschlagen."

Wie Truman später in seinen Memoiren zugab, war es nur Beharrungsvermögen, das ihn auf der Potsdamer Konferenz zu Vereinbarungen mit der UdSSR bewogen hatte. Für ihn war es ohne Belang, daß die Konferenz für die Nachkriegswelt schicksalsträchtige Entscheidungen traf und daß ihr Ausgang erneut die Möglichkeit einer gegenseitigen Verständigung zwischen der UdSSR und den USA bekräftigte. Trumans Gedanken weilten woanders. Beim Durchqueren des Atlantik auf dem Kreuzer "Augusta", der ihn aus dem kriegszerstörten Europa in ein Amerika trug, das sich am Krieg gesundgestoßen hatte, stellte der US-Präsident folgende Befrachtungen an: "Das Experiment von Potsdam hat mich jetzt zu dem Beschuß geführt, die Russen nicht an die Kontrolle über Japan heranzulassen... Stärke ist das einzige, was die Russen begreifen." Truman meinte vor allem die Atombombe, die auf zwei japanische Städte schon abgeworfen worden war. Die herrschenden US-Kreise rechneten mit einem jahrelangen Atommonopol und folglich mit der Möglichkeit, die UdSSR und die ganze Welt zu erpressen.

Als im September 1945 der Außenministerrat der drei Mächte der Antihitlerkoalition in London zu seiner ersten Tagung zusammentrat, erklärte der notorische kalte Krieger John Foster Dulles, der dort als Beobachter anwesend war, voller Genugtuung: "In diesem Augenblick wurde unsere Nachkriegspolitik geboren: keine Befriedung" (d. h. keine Zusammenarbeit mit der UdSSR). Alles in allem hielten wir uns unabänderlich daran... Unser Vorgehen auf dem Londoner Treffen hatte wichtige Folgen: Sie markierten das Ende einer ganzen

Epoche, der Epoche von Teheran, Jalta und Potsdam... Der Umstand, daß ich gemeinsam mit Außenminister Byrnes in London, als Republikaner mit mächtiger Unterstützung seiner Partei im Rücken, war, bot mir die Gelegenheit, an einer wichtigen Entscheidung — über das Ende der Politik der Suche nach einem Abkommen mit den Russen — teilzunehmen."

Vergessene Prinzipien

Die Hoffnungen der USA auf ein langjähriges Atommonopol erfüllten sich jedoch nicht. Die Anhänger von militärischen Abenteuern mußten sich eiligst umstellen. Allerdings büßten die in Washington entstehenden Pläne atomarer Schläge gegen die UdSSR wegen des wachsenden sowjetischen Vergeltungspotentials ihren Sinn ein.

Die spätere Politik der US-Regierungen gegenüber der UdSSR wurde hochgradig davon bestimmt, welches Verhältnis in Amerika zwischen den Anhängern eines realistischeren Kurses und den Extremrechten bestand. Je nachdem ergaben sich bzw. schwanden die Möglichkeiten von Vereinbarungen.

In der Nachkriegszeit gelang es der UdSSR und den USA ab und zu, Vereinbarungen in politischem Bereich und hinsichtlich der Abrüstung zu erzielen. Unter unmittelbarer Teilnahme beider Staaten wurden die Verträge über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, über das Verbot von Kernwaffenversuchen in drei Medien und andere ausgearbeitet. Im Mai 1972 unterzeichneten die Spitzenpolitiker der UdSSR und der USA in Moskau die Grundlagen der Beziehungen zwischen beiden Großmächten. Dieses Dokument enthielt mehrere wichtige Bestimmungen: das Prinzip der friedlichen Koexistenz zwischen der UdSSR und den USA, wofür die Unterschiede in Ideologie und sozialem System kein Hindernis bilden; die gegenseitige Verpflichtung, militärische Konfrontationen zu vermeiden, einen Nuklearkrieg abzuwenden und Zurückhaltung zu üben; die Bereitschaft zu verhandeln und Meinungsverschiedenheiten unter gegenseitiger Berücksichtigung der Standpunkte und des gegenseitigen Vorteils zu regeln; die Anerkennung der Interessen der Sicherheit beider Seiten, die auf dem Prinzip der Gleichheit und des Verzichts auf Gewaltanwendung bzw. -androhung beruht; die Anerkennung der Tatsache, daß Versuche, direkt oder indirekt einseitige Vorteile auf Kosten der anderen Seite zu erlangen, mit den von beiden Staaten proklamierten Zielen unvereinbar sind, u. a. m.

Die Einhaltung dieser Prinzipien hätte eine dauerhafte Entspannung, die Beziehungen der friedlichen Koexistenz und der für beide Seiten nützlichen Zusammenarbeit einleiten können. Washington hat besagte Prinzipien jedoch glatt vergessen.

Von großer Relevanz sind persönliche Kontakte der Spitzenpolitiker unserer beiden Länder. Aber jedesmal, wenn sich eine Möglichkeit bietet, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu verbessern, wenn ein Gipfeltreffen vorbereitet wird, versuchen die Gegner von Vereinbarungen zwischen der UdSSR und den USA, die Atmosphäre zu vergiften. Denken wir daran zurück, wie 1960, als Eisenhower Präsident war, vor einem geplanten Gipfel ein U-2-Spionageflugzeug in den sowjetischen Luftraum eindrang. Das vereitelt das Treffen. Kurz vor Ankunft Präsident Nixons in Moskau 1972 unternahm das US-Oberkommando einen massierten Bombenangriff auf Hanoi und Haiphong. Vor dem sowjetisch-amerikanischen Gipfel in Wien im Sommer 1979 fand man in Washington nichts Besseres, als die Aufnahme der neuen strategischen MX-Rakete in den Waffenbestand zu beschließen. Ebenfalls damals wurde in den USA eine provokatorische Aktion um eine rätselhafte "sowjetische Brigade" auf Kuba aufgezogen. Kurz vor dem Gipfel in Genf im November 1985 übten sich die Verfasser von Präsident Reagans Reden besonders eifrig in antisowjetischer Rhetorik. Vor Reykjavik erhob man mächtiges Geschrei um den sogenannten Daniloff-Fall. Unlängst schließlich, kurz vor Ankunft Außenminister Shultz' in Moskau, wurde ein abermaliger Ausbruch von Agentenhysterie hervorgerufen.

Mortimer Zuckerman, Chefredakteur der politischen Wochenschrift „U. S. News & World Report“, schreibt in der Ausgabe vom 27. April d. J.: "Unter den Amerikanern, besonders konservativen, war schon immer die Meinung verbreitet, daß die Sowjetunion früher oder später ihre militärische Macht benutzen werde, um im Namen der kommunistischen Ideologie die amerikanische Lebensweise, Freiheit und Demokratie zu gefährden. Sehr populär sind die Worte: 'Die Russen kommen!' Die Amerikaner behaupten beharrlich, daß die Vereinigten Staaten militärisch stark bleiben müssen, um die UdSSR von jeder Expansionspolitik abzuhalten. Auch gegen die Sowjetregierung sind sie mißtrauisch, weil man das Gefühl hat, daß die UdSSR in der Vergangenheit freundschaftliche Gesten ausnutzte und das auch weiter tun wird."

Das ist die typische Argumentation von Gegnern sowjetisch-amerikanischer Vereinbarungen. Man darf jedoch nicht rückwärts, sondern muß nach vorn sehen. Beim jüngsten Treffen mit US-Außenminister George Shultz betonte Michail Gorbatschow: "Es gilt, die alten Stereotypen zu überwinden. Unsere beiden Länder haben eine sehr hohe Verantwortung gegenüber der Welt. Man darf die heutigen Probleme nicht auf der Grundlage von Churchills Fulton-Rede und der Truman-Doktrin lösen. Wir

fordern die Vereinigten Staaten auf, darüber nachzudenken, daß es an der Zeit ist, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen umzugestalten, und zu überlegen, wie man weiter leben, wie man zur Verbesserung der gesamten Weltlage beitragen kann. Ich bin überzeugt, daß das getan werden kann und muß."

Der gemeinsame Feind

Gegenwärtig ist in der US-Presse eine lebhafte Diskussion darüber im Gange, wie sich die Amerikaner zu den in der Sowjetunion vor sich gehenden revolutionären Umgestaltungen und zu Moskaus neuen friedensdienlichen Initiativen verhalten sollen. Die einen behaupten, dahinter steckten unheilvolle, für den Westen gefährliche Pläne. Andere sind bereit, hier eine Chance für Vereinbarungen, insbesondere über die Abrüstung, zu sehen. Es wäre ratsam, endlich eine positive Antwort auf die Vorschläge der UdSSR zu geben, die auffordert, bei der Einschätzung der wirklich historischen Prozesse in der Sowjetunion und der ganzen sozialistischen Welt modernes politisches Denken zu demonstrieren.

Sowjetischerseits wurde in letzter Zeit nicht wenig getan, um in den Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA eine neue Atmosphäre herbeizuführen und der gegenseitigen Verständigung und Vereinbarungen neue Chancen zu geben. Nach Shultz' Rückkehr in die USA hört man aus Washington ein — trotz aller Vorbehalte — positives Echo auf die jüngsten sowjetischen Vorschläge. Das ist ermutigend. John Wright, Speaker des Repräsentantenhauses des US-Kongresses, der Moskau als Chef einer Delegation von Kongreßmitgliedern besuchte, erklärte, er habe den Eindruck, daß "gegenwärtig, vielleicht erstmals nach der Revolution in Rußland, die beste Möglichkeit besteht, ein für beide Seiten annehmbares und unseren Interessen entsprechendes Abkommen über Rüstungskontrolle zu erlangen". Sowjetischerseits teilt man diese Meinung.

Michail Gorbatschow forderte die US-Administration auf, alle Aspekte der Abrüstung gründlich zu überdenken. Jetzt muß die amerikanische Seite handeln. Wenn sie ein realistisches Herangehen, eine neue Sicht auf die Konzeption einer Sicherheit zeigt, die nicht auf Kosten der anderen Seite erzielt wird, sondern gegenseitig ist, so würde das

den Weg zu einer gründlichen Verbesserung der Atmosphäre im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis, zu einer für beide Seiten nützlichen Zusammenarbeit und zu einem gemeinsamen Beitrag zur Zukunft eröffnen, wovon George Shultz am Schluß seines Interviews für das sowjetische Fernsehen "ein wenig zu phantasieren" vorschlug.

Wenn man im Westen die Bündnisbeziehungen der UdSSR und der USA in den Jahren der Antihitlerkoalition analysiert, unterstreicht man gewöhnlich, der gemeinsame Feind habe die Großmächte zur Einheit bewogen. Aber auch jetzt besteht eine gemeinsame Gefahr für das sowjetische und das amerikanische Volk, für die ganze Menschheit: die Gefahr eines nuklearen Infernos, in dessen Flammen das Leben auf unserem Planeten ausgelöscht würde. Außerdem sind es Probleme der Umwelt, die keine nationalen Grenzen kennen, die Bekämpfung des Hungers, Probleme, die mit der sich ständig vergrößernden Spanne zwischen den Industriestaaten und den übrigen Ländern verbunden sind; schließlich die friedliche Erforschung des Weltraums. Welch grandiose Möglichkeiten für einen gemeinsamen positiven Beitrag der UdSSR und der USA, ja aller Länder zur Zukunft!

Torgau mahnt

Jüngstes Treffen der Elbe-Veteranen

In diesen Tagen trafen sich im kleinen Konferenzsaal des Sowjetischen Friedensfonds amerikanische und sowjetische Veteranen des zweiten Weltkrieges. Die Amerikaner und die Russen, die sich im Frühjahr 1945 an der Elbe als erste auf deutschem Boden die Hände reichten, haben sich natürlich verändert. Die Zeit hinterläßt ihre Spuren.

Edward Parsons von der amerika-

nischen Delegation sucht bedächtig und angestrengt nach Worten: „Wir in den Staaten können uns das Ausmaß der sowjetischen Kriegsverluste kaum vorstellen. Besonders hat mich der Besuch des Piskarjowski-Friedhofes in Leningrad ergriffen. Unter einem Hügel sind dort 30000 Menschen begraben. So viele Einwohner hat heute meine Heimatstadt. Aber wie viele solcher Gräber gibt es auf diesem Friedhof!“

Zum diesjährigen Treffen konnten nur sechs Amerikaner kommen. Jedoch standen diesmal auch zwei junge Leute — Deborah Kotzebue und Bruce Robertson — neben den älteren, als die Delegation einen Kranz am Grabmahl des Unbekannten Soldaten niederlegte. Albert Kotzebue, ein Aktivist der amerikanischen Vereinigung von Veteranen des Treffens an der Elbe, lebt nicht mehr. Deborah, zum ersten mal in der Sowjetunion, nimmt seinen Platz ein. Sie lächelt oft, während sie spricht, streicht sich ständig eine vorwitzige Haarsträhne aus dem Gesicht:

„Vater wollte so gerne nach Moskau kommen“, sagt sie, „hat es aber nicht mehr geschafft... Ich bin hier, um seine Sache fortzusetzen, das Vermächtnis der

Elbe zu wahren. Die jungen Amerikaner ähneln der hiesigen Jugend sehr: Sie wollen den Atomkrieg genau so wenig. Viele bei uns interessieren sich für die Sowjetunion und die Lebensweise ihrer Menschen. Besonders bewegt mich die Frage: Wie kann die junge Generation zu Zusammenarbeit finden? Es gibt ja so viel zu tun, wo unsere gemeinsamen Anstrengungen nötig wären. Man denke zum Beispiel bloß an die Medizin...“

Bruce Robertson läßt sich nicht lange bitten. Er schließt sich von selbst unserem Gespräch an.

„Es ist schade“, sagt er, „daß die Anstrengungen so vieler talentierter Leute dafür vergeudet werden, immer neue Waffen, die hoffentlich niemals eingesetzt werden, herzustellen. Ihr Talent könnte ja viel besser in den Dienst der friedlichen Wissenschaft gestellt werden. Wir müssen doch die Gesundheit der Menschen und unseres Planeten erhalten und nicht das Wettrüsten auch noch ins All hinaustragen. Mir scheint, so denken die meisten Menschen: sowohl in Amerika als auch hier in der Sowjetunion, ja, in der ganzen Welt...“

„Wenn wir uns treffen und über die uns bewegenden Fragen sprechen können“, zog ein amerikanischer Teilnehmer die Bilanz des Treffens, „heißt das doch, daß Fortschritte in den Beziehungen zwischen unseren Völkern möglich sind. Das ist für alle wichtig. Und gerade dazu ruft das Vermächtnis von Torgau auf.“

A. MAKOWSKI

Der amerikanische Veteran William Robertson mit Sohn Bruce und Deborah Kotzebue

Foto: TASS



An der Nahtstelle

Vor 42 Jahren ging der schrecklichste aller Kriege zu Ende. Das haben wir dem Heldenmut der Völker der Sowjetunion und der anderen Länder der Antihitlerkoalition zu verdanken. Der 8. Mai 1945 wurde zum Tag des Sieges und zum Tag der Befreiung auch des deutschen Volkes vom Faschismus. Der Menschheit wurde Frieden gegeben und uns die große Chance, ein neues Leben anzufangen. Wir haben diese Chance genutzt.

Zwei Faktoren haben uns dabei geholfen, erstens, hatte die deutsche Arbeiterklasse eine erprobte marxistisch-leninistische Partei, die KPD, und nach dem Zusammenschluß mit der SPD die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Zweitens unterstützte uns die UdSSR und erwies entsprechend den Prinzipien der Antihitlerkoalition und dem Potsdamer Abkommen den antifaschistischen und demokratischen Kräften des deutschen Volkes uneigennützige Hilfe.

Die revolutionäre deutsche Arbeiterklasse hat heroisch und konsequent gegen Faschismus und Krieg gekämpft. Sie war Teil der Antihitlerkoalition. Wir deutschen Kommunisten haben die Friedensmission der revolutionären Arbeiterbewegung fortgesetzt, die bereits Marx und Engels begründet hatten. Die Oktoberrevolution, deren 70. Jahrestag wir in diesem Jahr begehen, verlieh dieser Mission eine Triebkraft von großer internationaler Bedeutung. Es ist kein Zufall, daß eins der ersten Dokumente der Oktoberrevolution Lenins Dekret über den Frieden war. Es hat seine Wirkung auch heute noch nicht eingebüßt. Heute gehen die Friedensbestrebungen der sozialistischen Gemeinschaft auf das Dekret über den Frieden zurück.

Zweimal ist in diesem Jahrhundert Krieg von deutschem Boden ausgegangen. Deshalb lag und liegt jetzt auf uns deutschen Kommunisten und Antifaschisten eine besondere Verantwortung. Wir müssen alles tun, damit von deutschem Boden nur noch Frieden ausgeht. Das ist unsere moralische und historische Verpflichtung.

Es gibt noch eine Verantwortung anderer Art. Hier an der Grenze zur BRD verläuft die Grenze zwischen Sozialismus und Imperialismus, die Trennlinie zwischen den beiden größten Militärgruppierungen unserer Zeit. An dieser Grenze verläuft die soziale Konfrontation zweier Gesellschaftssysteme. Wir haben die Pflicht, alles zu tun, damit daraus keine militärische Konfrontation wird. Die friedliche Koexistenz muß zur dauerhaften Grundlage für Sicherheit und Zusammenarbeit im Haus Europa werden.

Vom Zeitpunkt der SED-Gründung und in den Jahren, da die DDR existiert, haben wir uns als antifaschistischer und friedliebender Staat erwiesen. In den

Der 8. Mai ist ein bedeutender Tag für das deutsche Volk. Tag der Befreiung vom Faschismus. In diesen ersten Mai tagen empfing Hermann AXEN, Mitglied des Politbüros des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Sekretär des ZK der SED, die NZ-Korrespondenten Jelissejew und Sholkwer. Sie bat Genossen Axen, seine Meinung zum Tag der Befreiung zu äußern und die Außenpolitik der DDR zu erläutern.



37 Jahren ihrer gesamten Entwicklung wurde die DDR im Bündnis mit der UdSSR und den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und des RGW zu einer Bastion des Friedens und des Sozialismus im Herzen Europas. In dieser Situation ist die Republik dazu verpflichtet, den Sozialismus in unserem Land zu stärken und konsequente Friedenspolitik zu betreiben. Diese unsere Politik haben wir immer mit der Sowjetunion, der Hauptkraft des Weltsozialismus, koordiniert.

Der 11. Parteitag der SED hat das noch einmal bestätigt. Michail Gorbatschow hob eben diese Funktion der DDR hervor, als er auf unserem Parteitag sprach. Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees hat Erich Honecker die Grundprinzipien der DDR-Außenpolitik formuliert:

-Kampf für die Sicherung des Weltfriedens;

-Stärkung der Einheit, der Brüderlichkeit und der Macht der sozialistischen Weltgemeinschaft, des sozialistischen Systems insgesamt;

-brüderliche Hilfe für alle Völker, die für ihre nationale und soziale Befreiung kämpfen, gegen Überreste des Kolonial-

lismus und Neokolonialismus, für eine neue, gerechte internationale Wirtschaftsordnung;

-der konsequente Kampf für die Verwirklichung der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz im Atomzeitalter. Heute geht es tatsächlich darum, wie Michail Gorbatschow gesagt hat, daß wir dazu verurteilt sind, entweder gemeinsam zu überleben oder gemeinsam unterzugehen. Deshalb ist jetzt auch ein neues Herangehen an Fragen des Friedens, der internationales Zusammenarbeit und Sicherheit erforderlich. Um dieses Zieles willen verfolgt die Deutsche Demokratische Republik eine aktive Politik und erwirbt sich dadurch bei den sozialistischen Bruderländern Autorität.

In der Schlußakte der Konferenz von Helsinki wurde der Kodex für friedliche Koexistenz und die Prinzipien der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa formuliert. Das war ein großer Erfolg. Aber es fehlte die militärische Entspannung, die in der Schlußakte gefordert wurde. Die reaktionärsten imperialistischen Kräfte nutzten den fehlenden Fortschritt im Bereich der Abrüstung, um zur Konfrontation und zur Hochrüstung überzugehen. Heute konfrontieren sie die Welt mit einer neuen großen Gefahr: mit der Militarisierung des Kosmos. Das würde die internationale Lage außerordentlich destabilisieren.

Der 11. Parteitag der SED und der 27. Parteitag der KPdSU haben beide den engen Zusammenhang gesehen zwischen der radikalen Liquidierung der gefährlichsten, der nuklearen Waffen, und einem System der internationalen Sicherheit und Zusammenarbeit. Entsprechende Vorschläge haben die sozialistischen Länder den Vereinten Nationen vorgelegt.

Für Europa, die Wiege der Arbeiterbewegung und ein Zentrum der modernen Zivilisation und zugleich Aus-

gangspunkt zweier Weltkriege, haben diese Initiativen besondere Bedeutung. In Europa haben wir die höchste Konzentration von Massenvernichtungswaffen.

Als die aggressivsten Kreise des Imperialismus den Versuch unternahmen, das militärische Gleichgewicht zu brechen und zu ihren Gunsten zu verändern, und in Brüssel die Stationierung von Pershing-2 und cruise missiles in Westeuropa beschlossen, ergriff die DDR im Einklang mit der UdSSR und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages die notwendigen militärischen Gegenmaßnahmen. Gleichzeitig haben wir erklärt: Friedenskampf -- jetzt erst rechtl. Das erklärte Erich Honecker im November 1983 auf einer ZK-Tagung, unmittelbar nach dem Beschuß der BRD, die neuen Raketen auf ihrem Territorium zu stationieren.

Unsere Partei- und Staatsführung, vor allem Genosse Honecker, haben Initiativen ergriffen, um den Ost-West-Dialog, besonders auch mit NATO-Mitgliedsstaaten, fortzusetzen. Hierbei sind zu nennen die Treffen mit Trudeau, Papandreu, Fabius, die Gespräche mit Koivisto, dem früheren österreichischen Bundeskanzler Kreisky, mit dem jetzigen österreichischen Regierungschef Vranitzky, mit O. Palme, W. Brandt. Wir haben Kontakte aktiviert zu den Repräsentanten Spaniens, Portugals und auch der Bundesrepublik Deutschland.

In unseren Beziehungen zur BRD haben wir stets konsequent die Politik der friedlichen Koexistenz verfolgt. Am 12. März 1985 unterzeichneten Erich Honecker und Helmut Kohl ein gemeinsames Kommunique. Festgeschrieben wurde die prinzipielle Feststellung der Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa und der territorialen Integrität aller europäischen Staaten, Prinzipien also, die das Fundament des Friedens auf dem europäischen Kontinent darstellen.

Wir tun alles, um die Politik der friedlichen Koexistenz zu fördern, und daß die beiden deutschen Staaten aktiv ihren praktischen Beitrag zu Abrüstung und Entspannung leisten. Deshalb haben wir uns auch auf unserem Parteitag entschieden gegen eine Beteiligung der BRD am SDI-Programm, gegen ihre Beteiligung am Rüstungswettlauf gewandt. Wir haben gleichzeitig Vorschläge unterbreitet, wie man mit weniger Waffen Frieden schaffen kann. Deshalb hat Genosse Erich Honecker am gleichen Tage, als Genosse Gorbatschow vorschlug, die Mittelstreckenraketen in Europa zu liquidieren, Kanzler Kohl den Vorschlag übermittelt, diese große Initiative zu unterstützen und darüber unverzüglich offizielle Konsultationen zwischen den Regierungen der DDR und der BRD aufzunehmen. Darauf hat die Regierung der BRD positiv reagiert. Die ersten Konsultationen haben stattgefunden. Im Ergebnis dieser ersten Konsultationen haben die DDR und die BRD erklärt, daß sie für den baldigen

Abschluß eines Abkommens über die Liquidierung der Mittelstreckenraketen ohne wenn und aber sind.

Zugleich unterstützen wir aktiv alle anderen Initiativen der UdSSR und wandten uns mit Vorschlägen an die BRD-Regierung, die radikale Reduzierung der konventionellen Waffen betreffend, das beiderseitige Eintreten für Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung, die Einstellung der Kerntests, die Nichtmilitarisierung des Kosmos und die strikte Einhaltung des ABM-Vertrages.

Große Beachtung verdient, daß sich die Regierung der BRD für den 50prozentigen Abbau der strategischen Raketen, für die Einhaltung des ABM-Vertrages, für die Einstellung von Nukleartests und für ein allgemeines Verbot chemischer Waffen ausgesprochen hat.

Die DDR hat im Einvernehmen mit den Staaten des Warschauer Vertrages Initiativen zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung ergriffen. Die SED hat zusammen mit der SPD und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei Grundsätze für die Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone und einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa ausgearbeitet.

Beide Vorschläge fanden wachsendes internationales Echo in Europa und außerhalb Europas. Die Regierungen der DDR und der CSSR haben sich jetzt offiziell an die Regierung der BRD gewandt mit dem Vorschlag, unverzüglich Verhandlungen um den atomwaffenfreien Korridor aufzunehmen. Das dient dem Ziel, unser Europa von Kernwaffen zu befreien. Und diese edle Sache hat Perspektive. Bekanntlich verhandeln Vertreter aller drei Staaten bei der Genfer Abrüstungskonferenz weiter über eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa.

Gegenwärtig steht für uns wie für alle Völker der baldige Abschluß eines Abkommens zur Liquidierung aller Mittelstreckenraketen in Europa im Vordergrund. Wir meinen, daß alle Staaten, große und kleine, daran interessiert sind, daß die Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA in Genf zu konstruktiven, substantiellen Ergebnissen führen.

Die radikalen Vorschläge Michail Gorbatschows, die Friedenscharta des 20. Jahrhunderts, die Welt von nuklearen und anderen Massenvernichtungswaffen zu befreien, und das großzügige weitere Entgegenkommen der Sowjetunion bei Mittelstreckenraketen bringt Abrüstungsgegner und Anhänger des militärisch-industriellen Komplexes in Verlegenheit. Diese Kräfte wurden durch die Ergebnisse von Reykjavik in Schrecken versetzt und taten alles, um die Welt wieder in die Zeit vor Reykjavik zurückzuwerfen. Das ist ihnen nicht gelungen. Genosse Gorbatschow hat das Paket von Reykjavik aufgeschnürt und die Bereitschaft der UdSSR erklärt,

gesondert über Mittelstreckenraketen zu verhandeln. Die Aufschnürung des Pakets hatten diese Kreise gefordert, in der Hoffnung, daß dies nicht, daß überhaupt nichts Positives geschehen werde. Die selben Kreise wollen jetzt neue Pakete schnüren und Junktims zwischen allen möglichen Waffenarten herstellen. Ihr erklärt Ziel ist, jeden Fortschritt in der Rüstungsbegrenzung, bei welcher Waffenkategorie auch immer, zu verhindern.

Wir sind gegen Vorbedingungen. Wir sind dafür, daß die Grundfragen in Bezug auf Mittelstreckenraketen, über die sich Michail Gorbatschow und Ronald Reagan bereits in Reykjavik verständigt haben, in vertragliche Verpflichtung gebracht werden.

Wie Genosse Honecker betonte, unterstützen wir die Vorschläge der UdSSR, im Ergebnis von Verhandlungen alle operativ-taktischen Raketen und Kurzstreckenraketen auf der Grundlage der Gleichheit und gleichen Sicherheit in Europa zu liquidieren.

Daß ein neues Herangehen an die Fragen von Krieg und Frieden nicht nur notwendig ist, sondern sich bereits Bahn bricht, zeigt sich an den gemeinsamen Abrüstungsvorschlägen von SED und SPD. Das waren komplizierte, aber letzten Endes konstruktive und erfolgreiche Verhandlungen. Wir begrüßen es sehr, daß die SPD, wie auch die meisten anderen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien der Sozialistischen Internationale für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung eintreten.

Entsprechend der vom 11. Parteitag der SED beschlossenen Außenpolitik setzt sich die DDR in allen internationalen Organisationen für das Recht der Völker ein, selbst über ihr Schicksal zu bestimmen und alle strittigen Fragen auf politischem und friedlichem Weg zu lösen.

Zu dem Neuen in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts gehört auch, daß es eben auf deutschem Boden einen stabilen friedliebenden, nämlich den sozialistischen Arbeiter- und Bauern-Staat DDR gibt. Existenz und Erstarken dieses Staates dienen dem Frieden. Wir sind überzeugt, daß es den Friedenskräften trotz aller Schwierigkeiten und ohne die Gefährlichkeit der aggressivsten Kreise zu unterschätzen, gelingen wird, die Pläne der Kriegsbrandstifter zu vereiteln.

Heute heißt eine Hauptlösung in der DDR: Mein Arbeitsplatz ist der Kampfplatz für den Frieden. Unter dieser Lösung stehen der 42. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und der 70. Jahrestag der Oktoberrevolution.

Diese Lösung bringt die Einheit von Frieden und Sozialismus zum Ausdruck. Sie demonstriert, daß die Friedenspolitik des Sozialismus gerade auch in Gestalt und im Wirken der DDR der Schaffung eines friedlichen Hauses Europa und der internationalen Sicherheit dient.

WIENER KSZE-TREFFEN

Erfolg nach dem Umzug?

AM 5. MAI BEGANN IN WIEN DIE DRITTE ETAPPE DES KSZE-NACHFOLGETREFFENS.

Das Wiener KSZE-Treffen wurde im November v. J. eröffnet. Eine nicht geringe Arbeit wurde geleistet. Es sei nur gesagt, daß dem Forum eine Rekordzahl von Vorschlägen - über 130 - vorgelegt wurde. Mehr als die Hälfte stammen von den sozialistischen Ländern.

Die UdSSR und ihre Verbündeten unternehmen größtmögliche Anstrengungen, damit das politische Klima auf unserem Kontinent nach Wien gesünder wird. Wie ist das zu erreichen? Vor allem durch konkrete Ergebnisse bei der Festigung der Sicherheit und bei der Abrüstung, worauf wichtige Initiativen gerichtet sind. Die sozialistischen Länder unterbreiteten über zehn Vorschläge zu diesem Problemkreis.

Und die Antwort der Vertreter der NATO-Länder? Leider haben sie in den vielen Arbeitsmonaten keinen einzigen Vorschlag zu den militärischen Aspekten der Sicherheit unterbreitet. Oberdies steht immer noch ihre Antwort auf den Vorschlag Polens aus, auf der kommenden Etappe der Stockholmer Konferenz vertrauensbildende Maßnahmen parallel zu praktischen Abrüstungsfragen zu erörtern. Dieser Vorschlag hatte die Unterstützung der anderen Länder des Warschauer Vertrages gefunden, zu ihm hatten sich auch einige neutrale und nichtpaktgebundene Staaten geäußert.

Bei dem Wiener Treffen begannen inoffizielle Konsultationen zwischen Vertretern der Länder des Warschauer Vertrages und der NATO zu einem Abbau der konventionellen Rüstungen und der

Streitkräfte. Wenn sie dazu beitragen, daß Verhandlungen über eine Abrüstung in Europa - vom Atlantik bis zum Ural - aufgenommen werden, dann wäre das zweifellos zu begrüßen. Doch die verstärkten Versuche der USA und ihrer engsten Verbündeten, die neutralen und nichtpaktgebundenen Länder bei der Behandlung der militärischen Aspekte der europäischen Sicherheit zu ignorieren, sind beunruhigend.

"Derartige Handlungen müssen Besorgnis hervorrufen", erklärte der Delegationsleiter Finnlands, Botschafter Markku Reimaa, mir gegenüber. "Alle europäischen Völker, darunter die kleinen und die mittleren, haben ein ureigenes Interesse daran, daß die Waffenarsenale auf unserem Kontinent abgebaut oder vollständig beseitigt werden. Das kann nur gemeinsam erreicht werden. Kein Land, kein Block kann das alleinige Recht haben, Sicherheitsfragen zu behandeln, da sie alle berühren..."

Die zweite Etappe des Wiener Treffens demonstrierte, daß die meisten seiner Teilnehmer an der Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft sehr interessiert sind. Davon spricht nicht nur die beeindruckende Zahl der Vorschläge hierzu - es sind über 40 -, sondern auch der für den "zweiten Korb" kennzeichnende konstruktive Charakter des Dialogs. Allerdings hat der Westen auch hier nicht endgültig auf diskriminierende Maßnahmen gegen die sozialistischen Staaten verzichtet. So unterbreiteten die Delegationen der EG-Länder, der USA, Kanadas und Norwegens einen Vorschlag, der die Möglichkeit des Abschlusses von Kompensationsgeschäften im Grunde zunichte macht.

Und doch vermittelt die Arbeit am "zweiten Korb" insgesamt Optimismus. Die Delegationen des Westens wie des Ostens erkennen, daß bei gutem Willen und bei Bereitschaft zur Suche nach beiderseits annehmbaren Lösungen gerade hier ein Beispiel für den erfolgreichen, termingerechten Abschluß des ganzen Treffens gezeigt werden kann.

Einen wichtigen Platz auf der zweiten Etappe des Wiener Treffens nahmen Fragen der Menschenrechte und der humanitären Zusammenarbeit ein. Die Feststellung dürfte nicht übertrieben sein, daß die Veränderungen in der UdSSR den Verlauf der Diskussionen zu humanitären Fragen bestimmten. „Perestroika“ und „Glasnost“ sind hier in aller Munde. Doch die alten westlichen Schablonen wirken noch, drängen die Delegierten der NATO-Länder auf einen Weg, der schon seit langem aussichtslos ist. So hat der Westen in den bislang mehr als sechs Monaten des Wiener KSZE-Treffens immer noch keine offizielle Antwort auf den Vorschlag der UdSSR gegeben, eine Konferenz über den Gesamtkomplex der Fragen der humanitären Zusammenarbeit nach Moskau einzuberufen.

"Die Delegationen der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder", sagte mir der UdSSR-Delegationsleiter Juri Kaschlew, "sind darüber beunruhigt, daß die Diskussion über die bereits eingebrachten Vorschläge in die Länge gezogen und versucht wird, die eigenen Vorstellungen aufzuzykriieren, wobei die Ansichten anderer einfach zur Seite geschoben werden. All das kann die Arbeit des Treffens nur komplizieren oder, was noch schlimmer ist, in die Sackgasse führen."

Die jetzige Etappe des Wiener Treffens ist besonders verantwortungsvoll, geht es ja um die beschleunigte Ausarbeitung und Unterzeichnung eines bedeutsamen Dokuments, das dem Geist der Zeit gerecht werden soll. Die kürzliche Erklärung des Komitees der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ruft alle Länder auf, Anstrengungen zu unternehmen, damit das Treffen mit bedeutungsvollen und ausgeglichenen Beschlüssen zu Ende geht...

Nach einer Pause tagt die KSZE-Nachfolgekonferenz jetzt nicht mehr in der historischen Hofburg im Zentrum der österreichischen Hauptstadt, sondern im neuen Austria-Kongreßzentrum am linken Donau-Ufer. Vielleicht wird

der Tapetenwechsel einen zusätzlichen Impuls geben, um die Arbeit für die Zukunft unseres gemeinsamen europäischen Hauses abzuschließen.

A. KOWRIGIN
NZ-Sonderkorrespondent

Wien-Moskau

SÜDLICHES AFRIKA

Die Wurzel des Übels

DAS POLITISCHE BAROMETER IM SÜDLICHEN AFRIKA WEIST WEITERHIN AUF STURM, HERVORGERUFEN VON PRETORIA, DAS SEINEN AGGRESSIVEN KURS FORTSETZT.

Das wurde ein weiteres Mal deutlich, als Ende April ein RSA-Kommandotrupp die sambische Stadt Livingstone überfiel. Die RSA-Rassisten prahlten bei der Bekanntgabe ihres Überfalls damit, es sei ihnen gelungen, fünf Mitglieder des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) zu töten. Tatsächlich wurden fünf Personen ermordet, doch nicht ANC-Mitglieder, sondern Bürger Sambias.

Der Oberfall der Rassisten zeigte wieder einmal den Zusammenhang zwischen ihrer Außen- und Innenpolitik. Er wurde etwa zwei Wochen vor den Wahlen zur "weißen" Kammer des RSA-Parlaments verübt. Diese Wahlen versprachen die schwierigsten für die Nationalpartei in ihrer gesamten Regierungszeit zu werden. Um seine Ausgangssituation zu verbessern, griff Pretoria zu einer bewährten Methode. Es behauptete, in den Nachbarländern, vor allem in Sambia, seien ANC-Kampftruppen konzentriert, die angeblich bereit seien, am Wahltag in das Land einzudringen, um den Urnen-

gang zu vereiteln. Hierbei drohte RSA-Präsident Pieter Botha den Nachbarländern mit "Repressalien". So entstand offenbar der Gedanke des Überfalls auf Sambia, für den es keine anderen Gründe gab als den Wunsch Bothas, Festigkeit zu demonstrieren, um Stimmen bei den Wahlen zu erhalten.

Die RSA unternahm nicht zum ersten Mal einen Überfall auf Nachbarländer. 1986 verübten paramilitärische RSA-Truppen einen Terroranschlag gleichzeitig auf Sambia, Simbabwe und Botswana. Angola und Mocambique sind der Aggression der RSA ausgesetzt.

Pretoria verfolgt in enger Zusammenarbeit mit den USA eine aggressive Politik gegen die Frontstaaten. Bis vor kurzem noch zog es Washington vor, sich in die Angelegenheiten z. B. Angolas heimlich einzumischen. Seit 1986 aber liefert es offen Stinger-Raketen und andere moderne Waffen an die regierungsfeindlichen UNITA-Banden. Dabei ließ es das Weiße Haus nicht bewenden. Ende April begann in Zaire ein gemeinsames Manöver von Truppen dieses Landes und der USA - in der Provinz Shaba, d. h. an der Grenze zu Angola. Dabei werden US-Truppen den zairischen Militärstützpunkt in Kamina entsprechend "vorbereiten", um ihn der "Washington Post" zufolge bei "unvorhergesehenen Situationen im gesamten südlichen Afrika" benutzen zu können.

Die Existenz des RSA-Rassistenregimes ist also die Wurzel des Übels im gesamten südlichen Afrika. Solange es besteht, wird dort weder Frieden noch Ruhe einkehren. Das ist die Ursache des Blutvergießens in der RSA selbst, in Namibia und in den Frontstaaten. Der Kampf gegen das Rassistenregime wird zum Anliegen ganz Afrikas, der ganzen Völkergemeinschaft. Doch dieser Kampf wird dadurch erschwert, daß Pretoria die Unterstützung der USA, Großbritanniens, der BRD, Frankreichs und Japans hat. Das erklärte der Außenminister Tansanias, B. Mkapa, auf einer Pressekonferenz in Moskau. Er gehörte der Gruppe hochrang-



„Die Russen sagen, sie wüßten, wie man ganz leicht aus diesem Labyrinth rauskommt...“
„Wir nehmen den schwereren Weg.“

Zeichnung: W. Arsenjew

giger Vertreter der Frontstaaten an, die am 29. April die sowjetische Hauptstadt zu einem Meinungsaustausch besuchten. B. Mkapa betonte, daß gerade

westliche Länder sich weigern, Wirtschaftssanktionen gegen die RSA zu unterstützen. Was hingegen die Sowjetunion angeht, so hält sie, wie bei der Begegnung Michail Gor-

batschows mit den Vertretern der Frontstaaten bekräftigt wurde, die Sache der Völker Afrikas für gerecht und wird sie weiter unterstützen.

J. BOTSCHKARIOW

GRUPPE DER 77

Stimme
der dritten
Welt

● DIE HERSTELLUNG EINER NEUEN WELTWIRTSCHAFTS-ORDNUNG AUF DER GRUNDLAUGE DER GERECHTIGKEIT UND DER GLEICHBERECHTIGUNG IST LEBENSNOTWENDIG. DAS IST DIE HAUPTSCHLUSS-FOLGERUNG DER 6. KONFERENZ DER ENTWICKLUNGSLÄNDER, DER "GRUPPE DER 77", ENDE APRIL IN HAVANNA.

Diese 1963 gebildete Gruppe zählt gegenwärtig bereits 127 vor allem afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Staaten. Auf der Konferenz von Havanna, die auf Ministerebene durchgeführt wurde, koordinierten sie ihre ökonomischen Forderungen und Positionen vor der im Sommer anstehenden UNCTAD-Tagung, der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung.

Dem waren regionale Treffen in Addis Abeba (Äthiopien), San Jose (Kostarika) und Dacca (Bangladesh) vorausgegangen. Alle Entwicklungsländer haben dieselben akuten wirtschaftlichen Probleme, doch jede Region hebt ihre Spezifik hervor.

So wurden in Dacca die Notwendigkeit einer Intensivierung der wirtschaftlichen Süd-Süd-Zusammenarbeit (zwischen den Entwicklungsländern selbst) und das Prinzip ihrer gemeinsamen wirtschaftlichen Selbständigkeit betont. Die lateinamerikanischen Staaten stellten das Problem ihrer enormen Auslandsverschuldung in den Vordergrund. Für sie sprach in Havanna der Delegierte Brasiliens - eines Landes, das im Februar ein Moratorium für die Zahlung von Zinsen eines Großteils seiner Schulden von 100 Md. Dollar erklärt hatte und sich jetzt offenen Drohungen der imperialistischen Kreditgeber ausgesetzt ist. Die

Staaten Afrikas verlangen vor allem, daß die Industriestaaten Mittel für die Verwirklichung des im Vorjahr von der UNO-Vollversammlung verabschiedeten Vorrangigen Programms für den Aufschwung der Wirtschaft der afrikanischen Länder für die Jahre 1986-1990 bereitstellen.

Die Konferenz von Havanna erörterte alle Grundprobleme, die mit den wachsenden Auslandsschulden der Länder der dritten Welt und den Handelsbedingungen auf dem Weltmarkt verbunden sind. Von dem überaus ungünstigen Verhältnis der Preise für die von ihnen exportierten und importierten Güter geben die Beispiele, die Fidel Castro erfuhr, eine klare Vorstellung. Während man z. B. 1959 für 24 t Zucker einen 60 PS starken Traktor kaufen konnte, waren 1982 bereits 115 t und jetzt, 1987, sogar 133 t Zucker erforderlich. 1959 reichte der Verkaufserlös von 6 t Jute, um einen 7 bis 8 t schweren LKW zu kaufen. 1982 mußten dafür 26 t Jute, 1987 bereits 54 t Jute verkauft werden. 1959 konnte man für den Verkaufserlös von 1 t Kupferdraht 39 Röntgenröhren für medizinische Zwecke erwerben, 1982 nur 3 und 1987 reicht das nicht einmal für den Kauf einer einzigen Röhre.

Doch auch bei diesen unvorteilhaften Preisen fällt es den Entwicklungsländern immer schwerer, ihre Rohstoffe zu exportieren: Die führenden westlichen Länder errichten ständig neue protektionistische Hindernisse.

Die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer liegt bereits bei über 1 Billion Dollar, und allein für den Zinsendienst müssen sie jährlich ca. 118 Md. Dollar zahlen. Unter Bedingungen aber, da der Exporterlös geringer wird und die Importpreise steigen, ist das völlig unreal. Die Auslandsschulden können in dieser Situation einfach nicht zurückgezahlt werden - das ist die gemeinsame Haltung der "Gruppe der 77".

Werden die wirtschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer überhaupt eine Lösung finden? Oder aber sind es, wie

der mexikanische Wirtschaftswissenschaftler J. Estevez meint, "Länder, die sich niemals entwickeln werden"? Auf der Konferenz von Havanna wurde eine andere, unserer Meinung nach völlig richtige und begründete Sicht deutlich. Die Entwicklungsländer unterstützen die sowjetischen Vorschläge für reale und bedeutsame Schritte zur Abrüstung, vor allem der Nuklearwaffen, und für die Bereitstellung eines Teils der frei werdenden Mittel für die sozialökonomische Entwicklung der jungen Nationalstaaten. Eine demokratische Neuordnung der Weltwirtschaft ist eine weitere unabdingbare Voraussetzung.

Die Konferenz in der kubanischen Hauptstadt erarbeitete eine gemeinsame Deklaration von Havanna mit den ökonomischen Forderungen der ganzen dritten Welt. Die Entwicklungsländer können nur gemeinsam ihre Ziele verwirklichen. Die 7. UNCTAD-Konferenz im Juli in Genf wird der nächste Schritt auf diesem Weg sein.

T. SCHAWROWA

Insulaner heruntergewirtschaftet: die Kokospalmenplantagen und den Fischfang. Ein Drittel der Bewohner ist beschäftigungslos. Seit 1946 unternahmen die USA auf den Atollen Bikini und Eniwetok (Marshallinseln) 66 Explosions von Atom- und Wasserstoffwaffen und brachten die Ureinwohner so für alle Zeiten um ihre Heimat. Ein weiteres Atoll, Kwajalein, hat das Pentagon bereits 1964 in ein Raketenversuchsgelände umgewandelt. Gegenwärtig werden auf dem Atoll auch Arbeiten im Rahmen von Reagans „Sternenkriegen“ durchgeführt.

Kurz, Washington baute Mikronesien, wie der amerikanische Ex-Senator Gary Hart sagte, zu "einer Militärkolonie der Vereinigten Staaten" aus. Die Zeitschrift "Far Eastern Economic Review" (Hongkong) nannte Mikronesien "das Pentagon-Paradies".

Die USA haben nicht vor, dieses Paradies zu verlassen. Wie wollen sie dort bleiben? Durch widerrechtliche Aufteilung des Treuhandgebiets und die Einverleibung der einzelnen Teile. Zuerst, 1975, wurde den Nordmarien ein Abkommen "über die Bildung einer politischen Gemeinschaft mit den USA" aufgezwungen. Das übrige Mikronesien wurde noch einmal durch drei geteilt, wobei jeder Teil eine Art Staatlichkeit erhielt. So sind die Marshallinseln, die Föderativen Staaten von Mikronesien (Ostkarolinen) und die Republik Palau (Westkarolinen) entstanden. Anfang der 80er Jahre wurden mit ihnen Abkommen über eine "freie Assoziation" mit den USA unterzeichnet. Die "Freiheit" äußert sich vor allem in einem uneingeschränkten Diktat seitens der USA in "Fragen, die mit Sicherheit oder Verteidigung" der Inselstaaten verbunden sind. Washington bekommt das "volle Recht", dort Militärobjekte zu bauen und Übungen seiner Streitkräfte abzuhalten, amerikanische Schiffe und Flugzeuge mit Kernwaffen an Bord dürfen ihre Häfen anlaufen und in ihrem Luftraum auftauchen.

Um diesen Dokumenten einen Anstrich von Gesetzlichkeit zu geben, führte

MIKRONESIEN

Schleichende
Annexion

● DER UNO-TREUHANDSCHAFTSRAT BEGINNT AM 11. MAI DIE DISKUSSION ÜBER DIE LAGE AUF DEM UNO-TREUHANDGEBIET "PAZIFISCHE INSELN" (MIKRONESIEN).

Die Verwaltung dieser Inseln wurde 1947 den USA aufgetragen, damit sie "zum politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt des Treuhandgebiets beitragen". Die USA richteten ihre Bemühungen jedoch von Anfang an darauf, aus dem Treuhandgebiet ihren strategischen Brückenkopf zu machen, seine politische und finanzielle Abhängigkeit von Washington zu verankern und den Archipel im Grunde zu annexieren.

Die Neokolonialisten haben die traditionellen Zweige der



man dort Volksentscheide durch. Aber von einer freien Willensäußerung kann keine Rede sein, da die Großmacht, die die Treuhandschaft ausübt, dabei nach Belieben schaltete und waltete und selbstverständlich weder vor Abschreckung noch vor Bestechung haltmache. Doch selbst unter solchen Bedingungen gab es ärgerliche Störungen. Auf den Palau-Inseln können die Verwalter trotz des schon vierten Referendumms hintereinander (das jüngste fand im Dezember 1986 statt) nicht die nötige Dreiviertelmehrheit der Stimmen auf sich vereinigen. Die Bevölkerung Palaus lehnt das Abkommen, das den antinuklearen Verfassungsartikeln widerspricht, ab. Dabei hat sich das Pentagon schon vorgenommen, auf verschiedenen Inseln des mikronesischen Archipels größere Flächen zu besetzen, um darauf einen "strategischen Reservekomplex" aufzuführen.

Die Völker des pazifischen Beckens demonstrieren eindeutig ihren Wunsch, sich vor Kernwaffen zu schützen. Der Rarotonga-Vertrag, der den Pazifik südlich des Äquators zur kernwaffenfreien Zone erklärt, ist bereits in Kraft getreten. Washington hat sich jedoch ostentativ geweigert, den kernwaffenfreien Status der Region anzuerkennen, und ist im Gegenteil bestrebt, sich mit seinen Kernwaffen auf den mikronesischen Inseln festzusetzen.

Im November 1986 erklärte Reagan durch sein Präsidentenschreiben die Aufhebung

der Treuhandschaft über drei Teile des Treuhandgebiets: über die Nordmarien, die Marshallinseln und die Ostkarolinen. Das hat er von sich aus, über den Kopf des UNO-Sicherheitsrats hinweg, getan, um die Inseln im stillen den USA anzuschließen. Das einseitige, willkürliche Vorgehen der USA gegenüber Mikronesien widerspricht der Charta und den anderen Dokumenten der UNO: Dieser Staat kann der universalen Weltorganisation die Verantwortung für ein Treuhandgebiet, für das Schicksal des mikronesischen Volkes nicht nehmen, solange dieses Volk zu keiner wahren Freiheit und Unabhängigkeit gelangt ist.

A. USWATOW

JAPAN--USA

Die Waffe

Sanktion

ALS YASUHIRO NAKASONE VON RONALD REAGAN ZU EINEM OFFIZIELLEN BESUCH IN DEN USA EINGELADEN WURDE, AHNTE DER JAPANISCHE PREMIERMINISTER KAUM, DASS DIESE REISE AUCH FÜR IHN PERSÖNLICH VIELES VERÄNDERN WÜRDE.

Von seiner Fähigkeit überzeugt, praktisch alle Ziele zu erreichen, rechnete Nakasone offenbar damit, das Treffen mit "Freund Ron" würde sein Image als starker Politiker bestätigen und ihm so im Oktober d. J., da die Liberaldemokratische Partei ihren neuen Vorsitzenden wählen soll, eine erfolgversprechende Position sichern. Es kam jedoch anders.

Die amerikanisch-japanischen Gegensätze in Wirtschaft und Handel sind akut wie noch nie. Erstmals griff das Weiße Haus zur Waffe der Wirtschaftssanktion und führte für mehrere japanische Artikel 100prozentige Zölle ein. Buchstäblich wenige Stunden vor Beginn des Besuchs nahm das Repräsentantenhaus des US-Kongresses wohl den härtesten protektionistischen Vorschlag an: die Gephardt-Bill, der zufolge jedes Land mit einem "übermäßigen" Aktivsaldo im Handel mit den USA (unter solchen Ländern steht Japan an erster Stelle) diesen Saldo binnen 4 Jahren um 10 Prozent jährlich zu senken hat.

Nakasone ist in einer besonders schwierigen Lage, weil sein Kabinett auch daheim auf starken Widerstand der Opposition stieß. Bei den im April abgehaltenen Wahlen zu den örtlichen Selbstverwaltungsorganen erlitt die Regierungspartei große Einbußen.

Unmittelbar vor dem Besuch gaben sich in Tokio Vertreter der US-Administration die Klinke in die Hand. Sie forderten von Japan Zugeständnisse. Einen Überfall auf die Maschinenbaufirma Toshiba Kikai, die vor 4 Jahren, angeblich unter Verstoß gegen die COCOM-Regeln, der UdSSR einige numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen verkauft hat, wertete die japanische Presse als Ergebnis der amerikanischen Pressionen. Nun mehr droht der Firma ein längerer Entzug der Exportlizenzen. Die "Tokyo Shimbun" schrieb, diese Handlungen seien eine umfangreiche Operation der USA zur Unterminierung des japanisch-sowjetischen Handels, damit Tokio einen wichtigen Exportmarkt verliere. Schon wird Japan aufgefordert, keine sowjeti-

tische Kohle mehr, dafür aber die (teurere) amerikanische zu kaufen.

Nakasone konnte bei Reagan kein Versprechen erwirken, die Sanktionen sofort aufzuheben, aber die Konservativen schätzten die Besuchsergebnisse als erfolgreich ein. Besonders wird darauf hingewiesen, daß die Amerikaner bereit seien, Maßnahmen zu treffen, um ihr gigantisches Haushaltsdefizit zu senken und die Konkurrenzfähigkeit der eigenen Waren zu erhöhen. Diese zwei Faktoren werden von japanischen Wirtschaftsexperten als die Hauptursache für die geringe Ausgewogenheit im Handel zwischen Japan und den USA genannt. Mit Genugtuung wurde Reagans Erklärung vernommen, er sei bereit, entschieden gegen den Protektionismus aufzutreten. So sprach er Nakasone, gegen den Handelsgesetzentwurf ein Veto einzulegen.

Die Oppositionskräfte meinen jedoch, daß Japans Verpflichtungen, die Inlandsnachfrage zu stimulieren, den Markt zu liberalisieren und eine Wirtschaftsreform zu verwirklichen, vor allem die Werktätigen belasten werden. Sie werfen Nakasone vor, daß er Reagan nicht das Versprechen entlockt hat, die Militärausgaben zu senken, damit auch das amerikanische Haushaltsdefizit sinkt.

Bei den Verhandlungen haben die Wirtschaftsbereichen alles andere in den Hintergrund gedrängt. Dabei wurden dort auch Probleme erörtert, die die Interessen nicht nur der amerikanischen und japanischen Industriellen befragen: Fragen der Kernwaffen, des Anschlusses Japans an SDI. Laut Presse sprach sich Nakasone in Washington für die baldige Unterzeichnung eines bilateralen Abkommens darüber aus, zu welchen Bedingungen Japan an den F/E-Arbeiten im SDI-Rahmen teilnehmen soll. Man erwartet, daß dieses Abkommen bis zum Beginn des Treffens der Sieben in Venedig signiert sein wird.

W. OWSJANNIKOW
Eigenbericht

Tokio

DIE BEWUSSTWERDUNG

Prof. Tair TAIROW

Das Streben, einen Nuklearkrieg zu vermeiden, wurde zu einem ständigen Faktor der Weltpolitik. In die Bewegung für den Frieden, für das Überleben reihen sich immer neue Schichten der Gesellschaft, Menschen aller Generationen, ein. Wir erleben, daß sich ein die ganze Menschheit erfassendes Antinuklearbewußtsein herausbildet.

Immer häufiger hört man: Da sich die besten Köpfe der Menschheit in den Kampf für die Beseitigung der Nuklearkriegsgefahr eingereiht haben, braucht man sich nicht weiter zu sorgen - sie werden schon eine gemeinsame Sprache, den Weg zum Frieden finden. Auch extreme Äußerungen werden laut: Straßendemonstrationen und Massenaktionen brachten nicht die gewünschten Ergebnisse, alles wurden ja doch die Wissenschaftler und Politiker entscheiden. Derartiges kann man bisweilen auch von jenen hören, für die sich der Friedenkampf vor allem auf Begegnungen bei Symposium in komfortablen Hotels beschränkt. Die Proteste der Öffentlichkeit, meinen sie, haben nicht dazu geführt, daß der NATO-Beschluß über die Stationierung von US-Raketen in Europa zurückgenommen wurde. Nein, das haben sie nicht bewirkt. Und doch ist Skepsis gegenüber der Rolle der Volksbewegungen meiner Meinung nach unzulässig. Keine bedeutende Persönlichkeit hätte ohne die Volksmassen eine Wende im gesellschaftlichen Bewußtsein vollziehen können. Die großen Ideen entstanden, getragen von den Massenbewegungen, sie führten diese weiter, stützten sich auf sie.

Der Gedanke, die Nuklearwaffen und die anderen Arten von Massenvernichtungswaffen zu vernichten, ist eine große Idee unseres Zeitalters. Sie hat noch nicht von der Mehrheit der Menschen Besitz ergriffen. Doch die Tatsache, daß die Staatsmänner heute an der Schwelle der konkreten, wenn auch teilweisen Verwirklichung dieser Idee stehen, ist im Grunde wiederum Ergebnis des historischen Schöpfertums der Völker.

Die Protestaktionen gegen die Gefahr eines atomaren und thermonuklearen Krieges ließen seit der Bombardierung von Hiroshima und Nagasaki nicht nach. Erinnern wir uns an die Bewegung für das Verbot der A- und H-Bomben in den 50er und 60er Jahren, an das Manifest von Russell und Einstein, an die Pugwash-Bewegung der Wissenschaftler, die Friedensmanifestationen aus der Zeit des US-Krieges in Vietnam, an die Appelle des Weltfriedensrates, von Gewerkschafts-, Jugend- und Frauenorganisationen der 70er Jahre.

Die bis Mitte der 70er Jahre angehäuften Nukleararsenale bargen in sich eine nicht geringere Gefahr als jene, von der wir heute sprechen. Doch die Öffentlichkeit wurde sich dieser Gefahr nicht voll bewußt. Die Veränderungen im politischen Bewußtsein setzten nach dem NATO-Beschluß vom Dezember 1979 über die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa ein. Proteste der Öffentlichkeit und von Abrüstungsexperten folgten. Nichtsdestoweniger wurde in den Diskussionen jener Zeit der Schwerpunkt nicht auf die Gefahr der Vernichtung der Zivilisation, nicht auf einen "nuklearen Winter" gelegt. Die entschiedene Wende kam erst später. Warum?

Millionen Europäer, die bei den Massenaktionen gegen die Stationierung der neuen US-Raketen in Europa, für die Verwandlung des Kontinents in eine kernwaffenfreie Zone demonstrierten, nannten den Herbst 1981 "historisch". Damals, bei der UNO-Woche für Abrüstung, protestierte eine beispiellose Zahl von Menschen in den europäischen Hauptstädten, fanden beeindruckende Manifestationen statt, an denen bisweilen mehr als 500 000 Menschen teilnahmen. Diesem Ereignis war ein 45tägiger Friedensmarsch der Skandinavier aus Kopenhagen nach Paris vorangegangen. Den Einwohnern Norwegens, Schwedens,

Dänemarks und Finnlands schlossen sich Belgier, Engländer, Italiener, Deutsche, Griechen und Amerikaner an. Die Friedensmarschierer demonstrierten unter der Losung: "Nein zu den Nuklearwaffen in Europa". In Holland wurde der Marsch vom Läuten der Kirchenglocken begleitet. Am 6. August 1981 schritt Olof Palme in Paris in den Reihen der Marschteilnehmer. Eben jener Marsch wurde zum Funken, der die Flamme des Antinuklearprotests entzündete.

Nach dem "historischen Herbst" von 1981 begannen die Ideen eines kernwaffenfreien Europas die Europäer zu gewinnen. Die Sowjetunion unterstützte sofort diese in der Friedensbewegung entstandene Forderung als realen Schritt zu einer kernwaffenfreien Welt.

Eben damals tauchte die "Null-Lösung" von Präsident Reagan auf. Sie war keineswegs eine Geste des guten Willens, wie es die amerikanische Propaganda hinzustellen suchte, sondern vielmehr die erzwungene Reaktion auf die Forderungen weiter Schichten der Öffentlichkeit in den westlichen Ländern, die von vielen einflußreichen Parteien, den sozialdemokratischen Spitzenpolitikern u.a. in der BRD und Großbritannien unterstützt wurde...

Dann wurde klar, daß der Schritt des Präsidenten die friedliebende Öffentlichkeit nur "besänftigen" sollte - in Washington dachte man ernstlich absolut nicht daran, den eigenen Beschluß zu verwirklichen.

In jenen Tagen verbanden sich das Nein zu den Pershings und den Cruise Missiles bei den Demonstranten mit Forderungen nach dem Abbau der SS-20-Raketen. "Keine Atomwaffen in Europa, weder in Ost noch in West" - das verlangten die sowjetischen Friedensanhänger: 800 000 von ihnen zogen im Oktober 1982 durch die Straßen Moskaus. Die Meinungsumfragen von 1983 zeigten klar, daß die Europäer die Raketen nicht wollen. Doch die Raketen wurden stationiert. Das löste Enttäuschung bei vielen Teilnehmern des Antiraketenkampfes aus. Doch zugleich war die Trägheit der traditionellen Politikermentalität "Auge um Auge" noch stark: Mit Raketen wollte man auf Raketen antworten. Nötig waren die historischen Veränderungen in unserem Leben, das April-Plenum, der XXVII. Parteitag der KPdSU und Reykjavik, um die fürwahr ungewöhnlichen Lösungen zu finden, die die neue sowjetische Führung jetzt der Welt anbietet.

Viele Elemente des neuen Denkens waren gerade in den Reihen der Friedensbewegung entstanden. Das Washingtoner Zentrum für Verteidigungsinformation, dem sich auch das Sowjetische Friedenskomitee, religiöse und Frauenorganisationen vieler Länder anschlossen, appellierte an die führenden Repräsentanten der UdSSR und der USA, alle Arten von Kernwaffentests einzustellen. Viele batzen die UdSSR, das einseitig zu tun, um ein Beispiel zu zeigen, eine Bresche zu schlagen.

Die Massenbewegung für die Verhinderung eines Nuklearkrieges brachte eine ganze Generation von Führern und Organisatoren der nationalen Antinuklear- und Antiraketenaktionen hervor, denen Hunderttausende folgten. An sie gewandt, könnte man heute sagen: Die sowjetische Führung hat alles getan, worum sie gebeten wurde, ja sogar mehr.

Die Lösung des Raketenproblems ist eine Barriere, die die Menschheit überwinden muß. Die Nuklearwaffen haben die geistige und psychologische Entwicklung der Völker in Ketten gelegt. Werden wir die nuklearen Ketten sprengen können? Die erste Reifeprüfung ist die Erarbeitung eines Vertrages über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen. Ob die Staatsmänner dieses Examen bestehen werden, das ist die große Frage.

Die Menschen wollen bereits mehr als nur die Abwendung der

Nuklearkriegsgefahr. Die Verschrottung der Waffen würde nicht automatisch zu einem dauerhaften Frieden führen. Nötig ist eine grundlegende Umstellung im System der internationalen Beziehungen, in den heutigen politischen Strukturen. Notwendig ist ein Verzicht auf "Feindbilder", partnerschaftliche Beziehungen müssen entwickelt und die Türen für alle Arten der Zusammenarbeit zwischen den Völkern, besonders im humanitären Bereich, weit geöffnet werden. Die Zeit eines breiten Austausches und der Kontakte zwischen den einfachen Menschen, nicht aber nur zwischen den Staatsmännern, ist gekommen.

Deshalb ist heute "Entspannung von unten" oder Bürgerdiplomatie eine beliebte Lösung für viele Friedensorganisationen. Nicht zu vermeiden ist dabei, daß gewisse Kräfte versuchen, unter diesen Lösungen ihren alten Wunsch zu verwirklichen, die politische Ordnung in den sozialistischen Ländern zu revidieren, Konfrontationen zu provozieren und einen Zusammenstoß zwischen den verschiedenen Organisationen der Friedensanhänger hervorzurufen.

Die Antinuklearbewegung berührte fast alle Bevölkerungsschichten in West und Ost. Doch, um reale Ergebnisse bei der allgemeinen nuklearen Abrüstung zu erzielen, ist Zusammenarbeit erforderlich. Bisweilen störten ideologische Differenzen eine solche Zusammenarbeit. Hunderte von Friedensorganisationen der verschiedensten Richtung entstanden, ihre internationalen Koordinationsstrukturen bildeten sich heraus. Wo, wenn nicht in der Friedensbewegung, ist Platz für Pluralismus der politischen Ansichten und ideologischen Überzeugungen?

Eingestandenermaßen gab es unter uns einige, die einzelnen

engagierten Teilnehmern der westeuropäischen Friedensbewegung mit Mißtrauen begegneten, sie verdächtigten, sie wollten die entstandene Einheit der Friedensanhänger spalten. Bisweilen wurden die Diskussionen leidenschaftlich, ja nicht sonderlich freundlich geführt. Nicht selten zeigten auch unsere Kollegen im Westen ideologische Intoleranz oder lehnten gar eine Zusammenarbeit ab.

Doch erfreulich ist, daß diese Jahre zu einer Zeit wurden, in der man gegenseitig die Kunst, miteinander zu leben, lernte, wobei man den anderen so akzeptierte, wie er ist, die Kunst zu streiten, nicht aber zu schimpfen, die Kunst, Differenzen im Interesse der gemeinsamen Ziele zu überwinden.

Der "Kultur" der Nuklearbombe setzte die Friedensbewegung die Kultur des Friedens entgegen - eine neue Denkweise, der die gemeinsamen Interessen an der Schaffung eines zuverlässigen Systems der internationalen Sicherheit, des Überlebens und des Gediehens der Menschheit zugrunde liegen.

Der Friedensbewegung reihen sich neue Kräfte ein. Immer mehr Menschen denken über den Frieden, über die Zukunft nach. Die kühnen und weitsichtigen Vorschläge der Sowjetunion für die Beseitigung aller Arten der Nuklearwaffen in Europa entsprechen den wahren Interessen des Westens und des Ostens, der USA und der UdSSR, des Nordens und des Südens. Ein Erfolg bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen und der Abschluß eines entsprechenden Vertrages wären ein erster bedeutender Schritt auf dem Weg zu einer kernwaffenfreien Welt, ein Triumph der Staatsmänner und der einfachen Menschen, die die Kultur des Friedens schaffen. □

ARCHIV AKTUELL

„Rotes Ostern“

Das Kilmainham-Gefängnis - ein in Dublin bekannter Ort, befindet sich in einem alten Arbeiterbezirk nahe der Guinness-Brauerei und wird längst nicht mehr seiner ursprünglichen Bestimmung entsprechend genutzt. Vor kurzem wurde in ihm ein Museum eröffnet. Darin kann der Besucher feuchte Kasematten besichtigen. Über widerhallende Metallstufen gelangt er zu den Einzelzellen, in die sich nie ein Sonnenstrahl verirrte. Die Briten verstanden sich auf Gefängnisarchitektur.

Jedes Jahr am Ostermontag versammeln sich Menschen am Eisentor des Gefängnishofes. Sie kommen, um die im Kampf für die Unabhängigkeit Irlands Gefallenen zu ehren. An einem kleinen Obelisk im Hof legen sie Blumen nieder. Hier erschossen im April 1916 englische Soldaten 16 Führer des Aufstandes gegen die britische Kolonialherrschaft.

Der erste Weltkrieg, der die Widersprüche zwischen Irland und dem britischen Imperialismus noch verschärft hatte, stärkte die Freiheitsbestrebungen der Iren. Der Dubliner Aufstand 1916, bekannt als „Rotes Ostern“, wurde Wegbereiter der nationalen Befreiungsrevolution 1919–1921.

Der patriotische Dichter Padraig Pearse und der Führer des irischen Proletariats James Connolly leiteten den Aufstand, der von revolutionären Demokraten im Bündnis mit der Avantgarde der



April 1916. Die britischen Kolonialherren beschließen einen Aufstandsherd in Dublin

Dubliner Arbeiter vorbereitet worden war.

Hauptkraft des Aufstandes wurde eine Organisation Irischer Freiwilliger, die die britische Regierung im Krieg nicht unterstützt hatte, und die von James Connolly gebildete Bürgerwehr „Rote Garde“ der irischen Arbeiter. Der

Aufstand begann am Ostermontag, dem 24. April 1916.

Die Abteilungen unter Führung von Padraig Pearse und James Connolly besetzten das Hauptpostamt und mehrere Fabriken. Am selben Tag wurde die Republik Irland proklamiert. Zum ersten Mal wehte über Dublin die dreifarbig irische Flagge.

John Swift, Ehrenpräsident der Gesellschaft Irland–UdSSR, erinnert sich noch deutlich an die Ereignisse von 1916.

Die Engländer reagierten mit erschütternder Brutalität. Nach einigen Tagen lag die ganze unter Beschuß genommene Stadt in Schutt und Asche, erinnert sich J. Swift.

Zur Niederwerfung des Aufstands berief London General John Maxwell, den man mit unbegrenzten Vollmachten ausgestattet hatte. Viele Teilnehmer des Aufstandes waren im Kampf gefallen, die übrigen wurden verhaftet. Hinter Gittern befanden sich aber auch viele tausend Menschen, die mit dem Aufstand nichts zu tun hatten. 16 Führer der Erhebung brachte man ins Kilmainham-Gefängnis und erschoß sie. Der verwundete James Connolly wurde auf einer Trage in den Gefängnishof transportiert, dort auf einen Stuhl gesetzt und erschossen.

Lenin hat den Mut der irischen Patrioten, die 1916 den Aufstand wagten, hoch eingeschätzt. Er machte besonders auf die Bedeutung des Aufstands als Herd des antiimperialistischen Kampfes in Europa aufmerksam.

I. PONOMARJOW

Dublin

Nangarhar erblüht

In allen 31 Provinzen Afghanistans geht die Ernte im Oktober oder November zu Ende. Nur in der östlichsten Provinz, in Nangarhar, zieht sie sich beinahe bis Ende Januar hin, denn die Gegend hat ihre besonderen Natur- und Klimaverhältnisse. Zwischen den Ausläufern des Suleiman-Gebirges weht ständig warme Luft vom Indischen Ozean herüber. Deshalb kennt man in Nangarhar weder Kälte noch Schnee. Wenn das Thermometer im Norden 15 Grad Kälte anzeigt, blühen in Nangarhar Rosen und Orchideen, reifen Agrumen und Oliven. Es ist die einzige Provinz mit subtropischem Klima. In Jalalabad, der Provinzstadt, sagt man: "Wir haben immer Frühling oder Sommer."

Genug gekämpft

"Mit der vorigen Ernte sind wir zufrieden", sagt Ehlal Abdul Latif, Direktor des Wasserbaukomplexes von Jalalabad. "Es war nicht leicht, sie ohne Verluste einzubringen. Dazu muß Frieden sein. Alle Afghanen brauchen Frieden. In letzter Zeit legen viele Angehörige regierungsfreindlicher Einheiten im Zusammenhang mit der nationalen Versöhnung die Waffen nieder und kehren in ihre Dörfer zurück. Sie haben ernten geholfen. Früher konnten wir die Ernte bestenfalls zur Hälfte einbringen."

Latif, Hydrotechniker, absolvierte 1975 das Leningrader Polytechnikum. Er war im afghanischen Ministerium für Landwirtschaft und Wasserreform tätig und leitet seit einigen Jahren den Bewässerungskomplex von Jalalabad, das größte gemeinsame sowjetisch-afghanische landwirtschaftliche Objekt.

Stolz führt er mich durch die Siedlungen Samarhel, Balu, Bahsud, Baticot, Baricau und Lachapur, die in den 70er Jahren an diesem Komplex entstanden sind. Im Schatten der Eukalyptusbäume und Tamarisken stehen am Straßenrand KamAS-, MAS-, Tatra- und Mercedes-LKWs, in die Kisten mit der neuen Ernte verladen werden. Sie werden eine lange Kette bilden und, von Hubschraubern vor eventuellen Duschenen überföhnen geschützt, Obst, Oliven und Olivenöl in die nördlichen Provinzen transportieren. Ein Teil der Fracht wird über den Hafen Khyraten am Amudarja in die UdSSR und andere

Länder abgehen. Seit einigen Jahren stellen Agrumen und Oliven einen großen Teil des afghanischen Exports dar.

Ich war schon einmal, im Dezember 1962, hier, als der Bau des Bewässerungskomplexes gerade anlief. Ringsum war Wüste, sie glich einer Mondlandschaft. Damals sagten viele: "Über unsere Provinz kann kein Vogel hinwegfliegen, er fällt von der Hitze tot herunter. Deshalb nennen wir sie das Tal des Todes."

Der Wasserbau hat die Gegend in den letzten 25 Jahren völlig verändert. Heute wird die Provinz, die 800 000 Einwohner hat, mit Recht die Agrumenplantage des Landes genannt. Latif erzählt:

"Auf Höhe der UdSSR haben wir am Kabul-Fluß, der durch unsere Provinz fließt, ein 11 000-kW Wasserkraftwerk gebaut, einen 70 km langen Hauptkanal gestochen, Hochspannungs- und Fernsprechleitungen gelegt, einen Betrieb für Maschinenreparaturen eröffnet, eine Fertigungsstätte für Stahlbetonfertigteile angelegt, mehrere Siedlungen gebaut und die Farmen Hadda und Ghaziabad ins Leben gerufen. Vor

Eine sowjetische Spezialistin und ihr afghanischer Kollege im Labor einer Konservenfabrik von Jalalabad

Foto des Verfassers



kurzem haben wir eine mit hochmodernen Maschinen eingerichtete Konservenfabrik eröffnet. Mit dem Bewässerungskomplex konnten wir als unbrauchbar geltendes Land nutzbar machen. Durch all das können wir den Lebensstandard der Bevölkerung heben und manche Stämme vom Nomadisieren in Pakistan befreien.

Der Bewässerungskomplex ist eine Schule für Arbeitskräfte im staatlichen Sektor der Landwirtschaft. Hier sind schon 8000 hochqualifizierte Landarbeiter herangeschult worden."

Am Torbogen der Farm Ghaziabad stehen folgende Worte des persischen Dichters Hafses: „Pflanzt Bäume der Freundschaft, die Früchte der Freude tragen.“ Die Farm entstand 1969. Zu beiden Seiten der dicht begrünten Hauptstraße stehen Einfamilienhäuser von Arbeitern und Angestellten, und auf dem Platz der Siedlung befindet sich eine Schule.

Wie man mir bei der Leitung sage, sind auf der Farm 1500 Personen beschäftigt. Die meisten sind gewerkschaftlich organisiert, und 20 sind Mitglieder der DVPA.

Der ganze Bewässerungskomplex, bei dem über 5000 Personen beschäftigt sind, besteht nunmehr seit mehr als 20 Jahren.

Wenn Sie

Payand fragen

Beim Komplex arbeiten 70 sowjetische Fachkräfte, die meisten aus den mittelasischen und transkaukasischen Republiken. Ihr Leiter ist seit Mai 1985 Muchtar Ganijew, der schon an der Nutzarmachung der Hungersteppe mitgearbeitet hat. Chefagronom beim Komplex war von 1965 bis 1969 Alexej Desjatnitschenko, der auf Agrumen spezialisiert ist. Jetzt ist er als Berater da. Auf seine Initiative wurden auf 3000 ha Olivenbäume mit aserbaidschanischen, türkischen und italienischen Sorten gepflanzt.

Er sagt: "Vor etwa 20 Jahren fragten wir uns, ob Olivenbäume in Afghanistan Früchte tragen werden."

Desjatnitschenko war 1967 in der Türkei und im Libanon, wo das Klima ähnlich wie in Nangarhar ist. Die von Oliven schweren Bäume zeugen bereit davon, daß er sich nicht umsonst bemüht hat. Afghanistan erzeugt jetzt Olivenöl und marinierte Oliven. Experten meinen, mit der Zeit werde man auch an der pakistanischen Grenze, in den Provinzen Paktika, Paktika und Kunar Olivenbäume

Pflanzen können. Vorläufig hat man dort andere Sorgen.

Der Afghanistan aufgezwungene nichterklärte Krieg hat die Pflanzungen von Nangarhar auch nicht verschont. Viele Bäume sind abgehackt, andere verbrannt worden.

Jedes Mal, wenn ich in Jalalabad bin, gehe ich in den Läden von Payand, dem Ältesten der Händler- und Handwerker-Gilde. Er führt sein Geschäft seit 60 Jahren und war mehrmals beruflich im Iran, in Indien und Pakistan. Er sagt:

„Unsere Feinde zettern, daß sich die UdSSR einmischt. Sowjetbürger haben uns geholfen, als wir noch den König und andere Regimes hatten. Sie stehen uns schon lange zur Seite und sind immer mit uns. Im Westen wollte man das früher bloß nicht sehen. Wir hoffen auf eine noch engere Zusammenarbeit unserer beiden Länder. Wir kaufen in der UdSSR viel und haben Ihnen mehr von unseren traditionellen Erzeugnissen zu bieten.“

Frieden und nationale Versöhnung

In Kabul empfing mich der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats, Mohammad Aziz.

Er sagte: „Nach unserer Revolution vom April 1978 ist die sowjetisch-afghanische Zusammenarbeit besonders konstant geworden. Seit acht Jahren sind bei uns mit Hilfe der UdSSR über 50 Großobjekte entstanden: eine Oberlandeleitung aus der UdSSR in unsere nördlichen Gebiete, eine Auto- und eine Eisenbahnbrücke über den Amudarja, das Erdgasrevier Jarkuduk, Großbäckereien und -mühlen, Getreidesilos, eine Konservenfabrik, Maschinen-Traktoren-Stationen, eine tierärztliche Station, Saatgutkontrollabors, Lehranstalten, Poliklinik, die Kabuler Hochschule für Sozialwissenschaften.

Die mit Hilfe der UdSSR gebauten Betriebe liefern etwa 60 Prozent der Industrieerzeugnisse, das ganze Erdgas, das bei uns gefördert wird, sämtliche

Erzeugnisse für den Großplattenbau, den Stickstoffdünger und 60 Prozent des Stroms.

Wenn Frieden sein wird“, fährt Aziz fort, „dann werden wir imstande sein, uns mehr um den Ausbau der Ölgewinnung zu kümmern, eine Ölraffinerie und das Erzaufbereitungskombinat Ainak zu bauen und die erste Bahnstrecke Kuschka-Herat anzulegen. Das planen wir noch für das laufende Jahrfünft.“

Um mit dem afghanischen Staatsoberhaupt Najib zu sprechen, unterstützt die überwiegende Mehrheit der Landesbevölkerung an der jetzigen Wende in der Geschichte des neuen Afghanistan die Politik der nationalen Versöhnung, der Vereinigung aller politischen Kräfte sowie der sozialen und nationalen Gruppen auf dem Boden der Demokratie und des Patriotismus.

Mögen die Gärten von Nangarhar blühen und Früchte tragen.

L. MIRONOW
NZ-Sonderkorrespondent

Jalalabad-Kabul-Moskau

Der Widerstand bröckelt

Die Politik der nationalen Versöhnung in Afghanistan hat eine schwerwiegende moralische Krise bei den Gegnern des Kabuler Regimes ausgelöst, gestand ein amerikanischer Geistlicher ein, der in Pakistan mit Mitgliedern der afghanischen bewaffneten Gruppierung „Hesbe Islami“ unter Junus Haless zusammengetroffen war.

Die Führer der Mujaheddin hatten nicht gedacht, daß die Ideen der nationalen Versöhnung so attraktiv für die Afghanen sein könnten. Die weitaus meisten Teilnehmer des bewaffneten Kampfes sind des langjährigen Blutvergießens überdrüssig. Immer häufiger weigern sich Mujaheddin, Befehlen ihrer Anführer zu gehorchen, und die Zahl der Deserteure hat stark zugenommen.

Nach Angaben des Geistlichen sind bis heute fast 50 000 „Glaubenskämpfer“ und ihre Angehörigen bereits zurückgekehrt, nachdem sie die Waffen niederge-

legt haben. Viele der in Pakistan Verbliebenen warten angesichts der Amnestie-Versprechen Kabuls nur auf den geeigneten Moment für eine Rückkehr in die Heimat. Was aber jene angeht, die militärische Operationen auf afghanischem Territorium fortsetzen, so wird ihren verlogenen oder maßlos übertriebenen Berichten von „abgeschossenen“ afghanischen und sowjetischen Flugzeugen und Hubschraubern, von „vernichteten“ Panzern und Schützenpanzerwagen in Islamabad weniger geglaubt als früher.

Die Stimmung der einfachen Mujaheddin, sagte der Geistliche, wird weitgehend auch durch das Verhalten ihrer Führer beeinflußt, die offen gegen die Gebote des Islam verstößen. Sie selbst haben es sich in Pakistan bequem gemacht, leben in Saus und Braus, besitzen Villen und Limousinen. Schwarzmarktspekulationen mit den aus dem Ausland erhaltenen Waffen gehören

zum Alltag, und mindestens ein Drittel der amerikanischen Stinger-Raketen wurde so verschachert. Der Rauschgifthandel Richtung USA und Westeuropa hat zugenommen. Die Gewinne aus diesen Operationen - Hunderte Millionen Dollar - fließen in die Taschen der Führer der anderen Mujaheddin, die schon längst nicht mehr an den Kampf denken, den sie als verloren betrachten.

Die Demoralisierung der Kabul feindlich gesinnten Kräfte ist nicht aufzuhalten - trotz der Gelder und der Waffen, die sie aus dem Ausland erhalten. Auch in den Händler- und Unternehmerschichten der afghanischen Emigration, die als zuverlässige Stütze des Widerstands gegen die Regierung galten, gärt es. Sperrkordon und „Sondermaßnahmen“ werden die Lawine der Heimkehrwilligen kaum stoppen. Die Art, wie jenen, die ihre Waffen freiwillig niedergelegt haben, geholfen wird, ist sehr beeindruckend.

Auf die Frage des amerikanischen Geistlichen nach ihren persönlichen Plänen antworteten viele Mitglieder der „Hesbe Islami“, sie seien deprimiert und dächten immer häufiger an eine Beendigung des Krieges und an ihre Zukunft in der Heimat und so würden sie wohl letztlich die angebotene nationale Versöhnung akzeptieren.

M. PUTINKOWSKI

Konzert im Reichstag

Während des Großen Vaterländischen Krieges war ich Militärtendant des Bolschoi-Theaters. Gemeinsam mit der Truppe war ich an Fronten, Einberufungsstellen und in Lazaretten. Alles in allem gaben wir trotz Bombenangriffen und Beschuß 5000 Konzerte, an denen sich mehr als 400 Künstler beteiligten. Eine Künstlergruppe hatte sogar das Glück, das Siegesbanner über dem Reichstag mit eigenen Augen zu sehen.

Die Sängerin Jelena Mesheraup, Verdiente Künstlerin der RSFSR, erzählte mir damals:

"Mit den Panzertruppen Marschall Bogdanows zogen wir in Berlin ein. Die Stadt brannte. Überall zerstörte Häuser, Ziegelschutt, Chaos. Auf dem Gehweg bildeten Deutsche lange Warteschlangen neben krepierten Pferden in der Hoffnung, eine Portion Pferdefleisch zu erhalten.

Am 4. Mai baten wir unser Oberkommando um die Erlaubnis, den Soldaten, die Berlin gestürmt hatten, ein Konzert geben zu dürfen. Am nächsten Tag fand es in einem als Luftschutzraum eingerichteten Reichstagskeller statt. Groß war unsere Aufregung, als wir im gedrängt vollen Saal jene Soldaten und Kommandeure sahen, die den Reichstag genommen hatten. Sergo Gozeridse sang als erster ein patriotisches Lied. Als die Musik verklungen war, hörten wir Hurraufe, die Menschen warfen ihre Feldmützen hoch und gratulierten einander zum Sieg. Der Opernsänger Pjotr Seliwanow und die Schauspieler Anna Kisselewskaja und Wladimir Anissimow vom Moskauer Satiretheater ernteten starken Beifall. Das Konzert ging weiter, obwohl nebenan, in anderen Räumen des Reichstags, die nach Brand und Rauch stanken, noch geschossen wurde. Die sowjetischen Soldaten vertrieben die letzten Faschisten, die sich dort verkrochen hatten, aus dem Reichstagsgebäude.

Wir traten in einem engen Korridor des mit Betten vollgestellten Kellers auf. Am Ende des Korridors, hinter unserer 'Bühne', befanden sich zwei Treppen, die eine führte nach oben, die andere zum Ausgang. Deshalb wurde jeder gefangengenommene Hitlersoldat an unserem 'Konzertsaal' vorbeigeführt. Der neuernannte Reichstagskommandant Oberst Sintschenko winkte den Begleitsoldaten, sie sollten sich rascher fortbewegen und die Künstler nicht stören. Die Gefangenen aber sperrten buchstäblich den Mund vor Verwunderung auf. Bald betrat auch ich die improvisierte Bühne. Ich sang eine Arie aus 'Eugen Onegin' und eine aus der 'Russalka' von Dargomyshski, dazu Romanzen und russische Lieder. Nach mir traten die Ballerina Natalja Spassowskaja mit ihrem Partner Igor Lentowski sowie Juli Rejentowitsch, damals Solist des Bolschoi-Orchesters, auf. Von einer Harmonika begleitet, spielte er bravurös die Zigeunerweisen von Sarasate und Gliers Werke. Nachher spielten der Pianist Nikolai Korolkow von der Moskauer Staatlichen Philharmonie und der Akkordeonist Pjotr Schewz aus dem Bolschoi-Orchester.

Zum Schluß dankte Generalmajor Kastschew, Chef der Politischen Verwaltung der 5. Stoßarmee, die den Reichstag genommen hatte, den Künstlern. Er sagte: 'Ihre Lieder haben uns den warmen Hauch der Heimat gebracht und sind für uns wie ein Gruß aus unserem geliebten Moskau.' Oberst Sintschenko überreichte jedem von uns ein Geschenk.

Nach dem Konzert beschlossen wir, auch unsere Namen auf Reichstagssäulen zu schreiben. Neben den Militärs sahen wir, die wir Zivil trugen, wohl recht sonderbar aus. Ein Soldat glaubte, Berliner vor sich zu sehen. An Gozeridse gewandt, fragte er: 'He du, Fritz! Wo

hast ihr hier die Hitlerleiche?' Darauf Sergo: 'Mein Lieber, wir suchen sie selbst seit langem.'

An diese Erzählung von Jelena Mesheraup mußte ich heute zurückdenken. Auch ich

war 1945 in Berlin, schade nur, daß ich damals diesem Konzert, wohl dem letzten der Kriegszeit, nicht beiwohnen konnte, weil ich einen anderen Kampfauftrag hatte.

Moskau

A. RYBIN

MEINUNGEN

Zwei historische Marksteine

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Zerschlagung des deutschen Faschismus sind zwei Marksteine in der Geschichte der Menschheit, und mit der Zeit wirken sie sich immer eindrucksvoller aus. Hätte Ihr Land nicht beides vollbracht, wäre die Welt jetzt versklavt, in die Fesseln reaktionärer volksfeindlicher Regimes geschlagen.

Vor 51 Jahren reihte ich mich in die Kommunistische Internationale ein, dann trat ich auch der Kommunistischen Partei bei. Unter dem faschistischen Franco-Regime mußte ich 8 Jahre im Gefängnis verbringen. Am Vorabend des Jahrestags des großen Sieges über Hitlerdeutschland begrüße ich Ihre Kriegsveteranen und die Jugend, unsere Zukunft, mit erhobener Faust, wie sich das für Proletarier ziemt.

Cosme ESCALADA MARTINEZ

Madrid, Spanien

LESER ALS REPORTER



Urgroßvater. Das Foto haben wir von unserem Leser Anatoli Burbo aus Belgorod (RSFSR)

EINEM FOTO AUF DER SPUR

Ich kenne den Major

In Ihrem Heft 8/87 sah ich ein Foto aus der faschistischen Gefangenschaft befreiter belgischer Generale. In der Mitte steht ein sowjetischer Offizier. Ich kenne ihn, das ist Major Alexej Alexejewitsch Koslow, damals Instrukteur in der Politischen Verwaltung der 1. Belorussischen Front. Er wurde aus einem Ort nahe Berlin mit einem Auftrag nach Prenzlau geschickt. Dort stand er zeitweilig der sowjetischen Militärikommandantur vor. Als Kommandant dieses

Abschnitts erfüllte er gewissenhaft seine Aufgaben, sorgte auch für die befreiten belgischen Generale.

Leider ist Alexej Koslow 1979 gestorben. Wer zusammen mit ihm im Großen Vaterländischen Krieg gekämpft hat, wird diesen prächtigen Menschen nie vergessen.

I. MELNIKOW
ehem. Chef einer Abteilung der Politischen Verwaltung der 1. Belorussischen Front, Oberst a. D.

Iwan Petrowitsch Melnikow teilte uns die Moskauer Adresse der Koslows mit, und unser Korrespondent besuchte die Familie

Bei den Koslows

Ich befinde mich in der Ussijewitsch-Straße, wo die Witwe von Major Koslow, Sinaida Nikolajewna, zusammen mit Sohn Alexej und seiner Familie wohnt. Die noch sehr rüstige Frau zeigt mir nach den ersten Grüßworten zahlreiche Fotos aus der Kriegszeit. Eines davon ist genau das in der "Neuen Zeit" veröffentlichte. Auf anderen sieht man Major Koslow mit seinen Kameraden, jemands von den Belgiern u. a.

Auch Sinaida Nikolajewna war im Krieg, im Stab der 5. Stoßarmee. Alexej Koslow

lernte sie schon nach dem Krieg, in Schwerin, kennen, wohin der Major im Sommer 1945 entsandt worden war. Bald heirateten sie. Nach der Demobilisierung arbeitete sie im Armeestab als Schreibkraft. Als Alexej Koslow 1946 nach Moskau zum Studium an der Militärpolitischen Akademie "W. I. Lenin" entsandt wurde, fuhr seine Frau zusammen mit ihm und besorgte den Haushalt, bis die Söhne größer waren.

Sinaida Nikolajewna zeigt mir ihre Familienheiligtümer: den Offizierskittel ihres ver-



Alexej Koslow [r.] mit einem der befreiten belgischen Generale
Foto aus dem Archiv der Familie Koslow

storbenen Mannes mit zahlreichen Orden und Medaillen, auch einer Partisanenmedaille. Auf sie war Major Koslow, der im Hinterland des Feindes, im Gebiet Gomel (Belorussland), gekämpft hatte, besonders stolz.

1948 absolvierte Alexej Koslow die Akademie mit Auszeichnung, war Politoffizier in Moskau, Murmansk, wieder in Moskau. Nachdem er seinen Dienst quittiert hatte, war er im Handelsministerium der UdSSR tätig. Sinaida Nikolajewna bewahrt auch eine Armbanduhr, mit der ihr Mann

für seinen tapferen Dienst im sowjetischen Fernen Osten ausgezeichnet worden war. Er erhielt sie 1939 aus der Hand General Bersarins, des späteren ersten sowjetischen Kommandanten im befreiten Berlin. "Die Uhr geht noch immer genau", sagt Frau Koslowa. Dann fügt sie mit einem traurigen Blick auf mich hinzu: "Wären wir uns vor 10 Jahren begegnet, so hätten Sie sich mit Aljoscha noch unterhalten und Erinnerungen an Prenzlau, die Kriegsjahre und die befreiten belgischen Generale austauschen können."

A. TSCHLENOW

FORTSETZUNG DES THEMAS

FÜR UNSERE ENKELKINDER

Ich möchte auf einen Brief Bezug nehmen, den Ihre Zeitschrift in Heft 5/87 brachte.

Ist der Schreiber, Patrick Keith, wirklich mit Menschen bekannt, die an Friedensdemonstrationen teilnehmen? Ich denke, nein, denn sonst hätte er nicht so selbstsicher be-

"NEUE ZEIT" 19.87

hauptet, sie seien sämtlich Arbeitslose oder Tagediebe. Ich habe mich mehrmals an solchen Friedensmärschen beteiligt und kenne viele Teilnehmer persönlich. Sie sind überwiegend Kurzarbeiter, Schichtarbeiter, Studenten, Hausfrauen, Rentner und, ich will es nicht bestreiten, auch

Arbeitslose, deren Zahl bei uns in Australien leider noch sehr hoch ist. Auch ich gehöre nicht zu jenen, die nichts zu tun haben, ich arbeite und habe andere Beschäftigungen.

Es ist natürlich, daß die einfachen Menschen, obwohl es ihnen an Freizeit mangelt, aktiv an Demonstrationen teilnehmen und von ihrer Regierung konkrete Schritte für

Frieden und Entspannung fordern. Verurteilen sollte man eher Leute, die zu bequem und gleichgültig sind, für eine friedliche Zukunft aller Menschen zu kämpfen. Ob wir jung oder alt, berufstätig oder arbeitslos sind, wir dürfen uns dieser Verantwortung nicht entziehen.

Stephanie JACKSON
Gingin, Australien

PRESSE UND ZEIT

Albert Beljajew, Chefredakteur der "Sowjetskaja kultura", und Wladimir Nadejin, Mitglied des Redaktionskollegiums der „Iswestija“, diskutieren über die Rolle der sowjetischen Presse bei der Umstellung

Auf dem Bild: A. Beljajew (r.) und W. Nadejin



W. N.: Im vorigen Sommer fuhr ich gemeinsam mit dem bekannten außenpolitischen Kommentator Stanislaw Kondroschow den Mississippi hinunter. Sie erinnern sich doch der damaligen Friedensfahrt, nicht wahr? Sie wurde in der sowjetischen und in der amerikanischen Presse ziemlich ausführlich geschildert. Wenn wir morgens in unserer Kajüte auf der alten "Delta Queen" aufwachten, begrüßten wir einander oft nicht mit "guten Morgen", sondern einer fragte statt dessen den anderen: "Was ist der Unterschied zwischen der 'Prawda' und der 'Iswestija'?"

A. B.: Ein sonderbarer Morgengruß.

W. N.: Stellen Sie sich vor, diese Frage interessierte unsere amerikanischen Gesprächspartner am meisten. Sobald sie erfuhren, daß wir von der "Iswestija" sind, rückten sie uns höflich, aber bestimmt damit zu Leibe. Manchmal aber auch in dieser Form: "Was ist der Unterschied zwischen der 'Prawda' und der TASS?" Da ich heute nicht der Interviewte, sondern der Interviewer bin, möchte ich einmal nachprüfen, ob ich die vertrauensvollen Fragesteller nicht irregeführt habe. Also: Was ist der Unterschied zwischen der "Prawda" und der "Iswestija"?

A. B.: Mir würde es leichter fallen zu sagen, wie sich die "Sowjetskaja kultura" von der "Literurnaja gaveta" unterscheidet.

W. N.: Das kommt später.

A. B.: Na gut, ich antworte Ihnen als Journalist, der von Berufs wegen außer der eigenen Zeitung auch andere liest. Die "Prawda" ist das Organ des ZK der KPdSU. Sie schreibt über die Parteiorganisationen des Landes von der Basis bis zur Spitze, über die Beteiligung der Kommunisten an der revolutionären Umstellung aller unserer Lebensbereiche, über die Formen und Methoden,

mit denen die Partei die Hebung des Lebensstandards im Sozialismus beeinflußt, und über vieles andere unter dem Gesichtswinkel, wie diese Erscheinungen der Politik der KPdSU sowie den Beschlüssen des XXVII. Parteitags und der nachfolgenden Plenartagungen und Dokumenten des ZK entsprechen.

Die "Iswestija" ist das Organ der Sowjets, sie schreibt über das Funktionieren des Staatsapparats von der Basis bis an die Spitze, über die Regierungsbeschlüsse und über die Erfolge und Probleme der örtlichen Sowjets, die für das Leben Hunderttausender in ihren Regionen ausschlaggebend sind. Ein und dasselbe Problem behandeln "Prawda" und "Iswestija" von verschiedenen Gesichtspunkten aus. Die "Prawda" untersucht, was die Kommunisten für die Lösung des jeweiligen Problems tun, die "Iswestija" hingegen, was die Machthabende unternehmen, um dasselbe Problem zu lösen.

W. N.: Die "Prawda" schreibt also, wie das ZK denkt, die "Iswestija" bringt die von ihrem Herausgeber, dem Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, erhaltenen Richtlinien zum Ausdruck. Ist das richtig?

A. B.: Die Tätigkeit der beiden hochqualifizierten Redaktionskollektive läßt sich aber nicht in dieses vereinfachte Schema zwängen. In beliebigen Ausgaben dieser Zeitungen finden Sie eine engagierte Diskussion, überraschende Argumente usw. Eine Zeitung ist nicht bloß ein Sprachrohr für Ideen, die sie im Auftrag von oben an die Massen heranträgt. Sie ist zugleich die Stimme der Massen und einzelner Menschen. Nicht jede Veröffentlichung ist als offizielle Stellungnahme anzusehen. Artikel und Reportagen drücken vor allem die Meinung ihrer Verfasser aus.

W. N.: Kommen Meinungsunterschiede zwischen "Prawda" und "Iswestija" vor?

A. B.: Darüber habe ich unlängst auf dem Landeskongreß der Journalisten gesprochen. Ich finde, bei transparenten Verhältnissen sind verschiedene Beurteilungen komplizierter Erscheinungen natürlich und bleiben nicht aus. Bei Diskussionen über Kunst, Literatur und wirtschaftliche Entwicklung sind sie schon die Norm. Wir erinnern uns aber, daß es vor dem ZK-Plenum vom April 1985 anders war. Wenn beispielsweise in der "Literurnaja gaveta" oder "Literurnaja Rossija", in Literatur- oder Kunstzeitschriften über ein strittiges Kunstwerk diskutiert wurde, machte eine Stellungnahme in der "Prawda" dem Streit automatisch ein Ende, selbst wenn das kein Parteidokument und kein Leitartikel, sondern nur die schlichte Notiz eines Autors war. Ich glaube, die Zeit solcher verurteilenden "Notizen" sind unwiderruflich vorbei. Zugleich möchte ich aber hervorheben, daß die in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften tätigen Parteimitglieder die erforderlichen Schlüsse aus den Publikationen der "Prawda" gezogen haben und es auch weiterhin tun werden. Auf ideologischem Feld geht es ohne genaue Orientierungspunkte nicht.

W. N.: Konkret: Ihre "Sowjetskaja kultura" ist ein Blatt des ZK der KPdSU, die "Literurnaja gaveta" das Organ des sowjetischen Schriftstellerverbandes. Sagen Sie, wenn zwischen diesen Blättern eine Differenz besteht, ist dann Ihr Standpunkt der der Partei und der des anderen Blattes nicht?

A. B.: So schematisch darf man die Sache nicht sehen. Die "Literurnaja gaveta" genießt den Ruf einer hochdemokratischen Massenzeitung. Als Sprachrohr des Schriftstellerverbandes bringt sie natürlich weit gefächerte Urteile und Meinungen über das soziale und kulturelle Leben in unserem Land.

Als Blatt des ZK behandeln wir dieselben oder ähnliche Erscheinungen der Kunst vom Standpunkt der aktuellen

Parteibeschlüsse und ihrer Realisierung in der Kunst.

W. N.: Oft heißt es, die sowjetische Presse sei vor allem eine Parteipresse. Sie selbst hatten ja in der ideologischen Abteilung des ZK jahrelang einen leitenden Posten inne. Jetzt können Sie als Chefredakteur die Vorgänge im Land von verschiedenen Blickpunkten aus betrachten. Was meinen Sie, wie äußerte sich früher die Leitung durch die Partei und wie äußert sie sich jetzt? Haben sich die Methoden, mit denen die Partei die Presse leitet, wesentlich verändert?

A. B.: Ich finde, seit zwei Jahren gibt es sogar einschneidende Veränderungen. Als Chefredakteur bin ich jetzt in meinen Entscheidungen völlig frei. Was veröffentlicht werden soll und was nicht, das entscheidet das Redaktionskollegium, ausgehend von den Positionen, die unsere Partei in den Beschlüssen ihrer Parteitage und Plenartagungen oder das ZK festlegt. Von unserer gemeinsamen Auffassung ausgehend, welchen Platz wir bei der Realisierung dieser Politik einnehmen, treffen wir unsere Entscheidung, ob ein Beitrag angebracht ist. Wenn wir dieser Meinung sind, kann niemand ihn absetzen. Jedenfalls habe ich das noch nie erlebt. Wenn sich unser Redaktionskollegium nicht einig ist, dann liegt die endgültige Entscheidung beim Chefredakteur.

W. N.: Als Sie noch im ZK-Apparat tätig waren, haben Sie da Zeitungsbeiträge abgesetzt?

A. B.: Das nicht, ich mußte aber oft den Berater spielen. Manche Redakteure gingen mich um Rat an, dahinter steckte aber oft die Absicht, die Entscheidung auf einen leitenden Partefunktionär abzuwälzen. Jetzt gibt es so etwas im ZK nicht. Selbst wenn ich manchmal um Rat bitte, bekomme ich zu hören: Sie sind der Chefredakteur, die Beschlüsse des ZK kennen Sie, entscheiden Sie selbst!

W. N.: Ist das so zu verstehen, daß Sie keinerlei Weisungen bekommen?

A. B.: Genau. Wir Zeitungsleute brauchen und schätzen aber einen politischen Rat. Sagen wir einmal, nach dem Parteitag hat uns der Generalsekretär des ZK der KPdSU zweimal zu einer Erörterung der Umgestaltungsprobleme versammelt. Nach dem Parteitag hatten wir ein ausführliches Gespräch, in dem der Platz und die Funktion der Massenmedien bei der Realisierung der Parteilinie bestimmt wurden. Man gab uns die Richtung für unsere Arbeit an und sagte uns, was das ZK von den Massenmedien erwartet. Dann kam das Januar-Plenum. Michail Gorbatschow ließ die Journalisten wieder zu einer Beratung kommen, u. zw. darüber, wie die vom Januar-Plenum angegebene Linie zu befolgen und wie die Presse in diesem Sinne zu aktivieren sei. Das ist eine sehr ersprießliche und ausgesprochen demokratische Leitungsform. Es gibt aber auch andere. So z. B. werden in der Propagandaabteilung des ZK der KPdSU

regelmäßig die Chefredakteure versammelt. Bei diesen Beratungen steht die praktische Arbeit der Zeitungen an der Erfüllung der Aufgaben zur Debatte, die die Partei, das ZK den Parteiorganisationen und unserer Gesellschaft gestellt hat.

W. N.: Sind solche Beratungen eine Einbahnstraße? Hören Sie nur zu, um das Gesagte dann zu befolgen?

A. B.: Keineswegs, das ist kein einseitiges Gespräch und keine einseitige Leitung. Auf die Zusammenkünfte mit dem Generalsekretär des ZK, von denen ich gesprochen habe, treffen die Bezeichnungen Dialog und Diskussion zu.

W. N.: Die Presse hat ausführlich über Beratungen geschrieben, bei denen der Generalsekretär das Wort ergriff. Sagen Sie, enthielten seine Ausführungen auch nur einen Punkt, mit dem Sie als Chefredakteur nicht einverstanden waren?

A. B.: Nein, die Ausführungen des Generalsekretärs bei diesen Zusammenkünften waren sehr anregend. Sie entsprachen völlig unseren Absichten und Hoffnungen. Jetzt kommt es darauf an, die Energie, die wir von diesen Zusammenkünften mitgebracht haben, nicht verpuffen zu lassen.

W. N.: Haben Sie eine Vermutung, wie der Generalsekretär auf eine Kritik an seinen Ausführungen reagieren würde?

A. B.: Ich glaube so, wie er es von anderen verlangt. Er hat wiederholt, auch bei den Zusammenkünften mit den Chefredakteuren, gesagt, daß wir alle, angefangen vom Mitglied einer Grundorganisation bis hinauf zum Generalsekretär, lernen müssen, bei der Publizität mit Kritik und Selbstkritik zu leben.

W. N.: Die Auslands presse schrieb mehrmals, daß die sowjetische Presse in letzter Zeit oft Mißstände im Land geißelt. Können wir zwischen den Enthüllungen von Mißständen, auch sehr schweren, in der sowjetischen Presse und dem "Watergate" sowie der Art eine Parallele ziehen, wie der Fall von der "Washington Post" behandelt wurde, was zum Ausscheiden Präsident Nixons aus dem Amt führte?

A. B.: Presserecherchen als Methode haben universale Wesen züge. In den beiden Fällen bewegte sich die Arbeit der Journalisten aber in grundsätzlich verschiedener Richtung.

W. N.: Versuchen wir trotzdem, zwischen den Enthüllungen im Fall "Watergate" und den Veröffentlichungen der sowjetischen Presse über die Mißstände in Usbekistan und Kasachstan — Korruption, Fälschungen und Willkür — eine Parallele zu ziehen! Finden Sie da etwas Gemeinsames, oder nur Unterschiede?

A. B.: Der grundsätzliche Unterschied besteht darin, daß unser Kampf gemeinsam von der Partei und vom Volk für die Säuberung des Sozialismus von den Auswüchsen geführt wird, die sich in zwei Jahrzehnten angesammelt haben.

Zum Unterschied von westlichen Zeitungen, die die Interessen konkurrierender politischer Gruppierungen vertreten können, gibt es bei uns keine Gruppeninteressen. Im Kampf geht es um die Stärkung unserer Gesellschaftsordnung, unserer sozialistischen Lebensart und darum, alles uns Wesensfremde zu beseitigen.

W. N.: Was für Widerstände gegen die Pressekritik haben Sie schon erlebt?

A. B.: Beispielsweise Obstruktionen. Im Januar brachten wir einen scharfen Artikel über die Situation an der Sverdlowsker Oper. Dort war es zu einem Konflikt zwischen einem Teil der Truppe und der neuen Intendantz gekommen, die diese Bühne in kurzer Zeit zu einer der populärsten im Land gemacht hat. Die dortige Aufführung der Oper "Der Prophet" ist für einen Staatspreis nominiert worden. Ein Teil der Truppe, der seine Ruhe haben wollte, machte der neuen Leitung das Leben schwer. Der Artikel war noch nicht geschrieben, unser Sonderkorrespondent war eben erst aus Sverdlowsk zurückgekehrt, da wurde ich angerufen: "Wen haben Sie uns da geschickt? Der Korrespondent hat mit den falschen Leuten gesprochen, er ist nicht dort gewesen, wo er hätte hingehen sollen, und zieht nun falsche Schlüsse."

W. N.: Typisch! Man widerruft, was noch nicht geschrieben ist.

A. B.: Und was man sich noch nicht einmal richtig überlegt hat! Ich habe gesagt, man soll abwarten, bis der Korrespondent seinen Standpunkt geäußert hat. Wir brachten den Artikel. Das Bezirksparteikomitee und ein Teil der Truppe lehnten unseren Standpunkt ab. An der Oper kam es zu stürmischen Versammlungen. Der gesunde Teil der Truppe pflichtete uns bei. Schließlich erörterte das Büro des Stadtparteikomitees die Situation und stimmte uns ebenfalls zu. Wie Sie sehen, haben wir Zeitungsleute kein leichtes Leben.

W. N.: Im Westen fürchtet jeder Chefredakteur, seinen guten Ruf in der Geschäftswelt und bei den Anzeigengewerben zu verlieren. Was fürchtet ein sowjetischer Chefredakteur?

A. B.: In der heutigen Situation nur eins: das Vertrauen der Leser einzubüßen. Die großen Zeitungen haben seit einem Jahr 14 Millionen neue Abonnenten gewonnen. Das Volk verlangt von den Zeitungen, daß sie offen und ohne jede Beschönigung über unsere Unzulänglichkeiten, aber auch über unsere Vorzüge berichten. Wenn wir etwas beschönigen, merkt das der Leser sofort. Wir bekommen eine Menge empörte Zuschriften — warum wir nicht die volle Wahrheit schreiben und die Dinge nicht beim Namen nennen?

W. N.: Die sowjetischen Zeitungen haben Riesenauslagen, mit denen sich nicht einmal die größten Blätter im Westen und in Japan messen können. Nach internationalem Standard ist der Umfang der sowjetischen Zeitungen aber

zu gering. Meinen Sie, daß das eine Notlösung ist? Wird sich die sowjetische Presse ebenso wie die übrige WeltPresse entwickeln?

A. B.: Ich finde, es ist nicht unbedingt notwendig, den Umfang zu vergrößern. Seien Sie sich einmal an, womit die dicken westlichen Zeitungen angefüllt sind! Informationen enthalten sie kaum mehr als die unseren, dafür viel Reklame, Klatsch aus der großen und der Halbwelt, Börsennachrichten usw. Gewiß jetzt, bei der Umgestaltung, verlangt der Leser natürlich von uns, daß wir den Wirkungskreis einer Zeitung weiter ziehen. Auf Wunsch von Lesern und von Verbänden der freien Berufe erscheint "Sowjetskaja kultura" ab nächsten Jahres statt mit 8 mit 12 Seiten, speziell, um ausführlicher über Bühnen- und Filmkunst zu berichten. Ich halte es aber für unnötig, den Umfang der Zeitungen künstlich aufzublasen.

W. N.: Glauben Sie nicht, daß die sowjetische Presse eines Tages auch Anzeigen bringen wird?

A. B.: Meine Zeitung nicht.

W. N.: In der ganzen Welt werden die Journalisten gut bezahlt. Manche Zeitungen sind sogar stolz darauf, Mitarbeiter zu haben, die sich eines sechsstelligen Jahresgehalts rühmen können. Wie sind die sowjetischen Journalisten, verglichen mit den Angehörigen anderer hochdotierter Berufe, gestellt?

A. B.: Ein Journalist wird bei uns etwas besser bezahlt als z. B. ein durchschnittlicher Ingenieur. Tüchtige Journalisten, die viel gedruckt werden, beziehen außerdem Honorare, manchmal ganz ansehnliche. Trotzdem meine ich, daß die Leistungen der Journalisten nicht genug geschätzt werden. Ihre Arbeit ist anregend, aber aufreibend und nimmt viel Zeit und Kraft in Anspruch. Ihr Arbeitstag dauert 10 bis 12 Stunden. Ein Journalist muß überall sein, alles sehen und alles lesen.

W. N.: Besteht ein Zusammenhang zwischen den wachsenden Auflagen der sowjetischen Zeitungen und den Einkünften derer, die sie machen?

A. B.: Nein.

W. N.: Die westliche Presse brüstet sich mit ihren Sensationen, die sowjetische Presse röhmt sich dagegen ihrer Authentizität und Wahrheitstreue. Kommt es vor, daß auch sie sich irrt? Und wenn, wie stellt sie ihren Irrtum richtig?

A. B.: Ja, Irrtümer kommen vor. Danach erhalten wir gewöhnlich Proteste, und wenn sie begründet sind, veröffentlichen wir eine Richtigstellung.

W. N.: Also hat ein von Ihnen kritisierte Film- oder Bühnenkünstler das Recht, Ihnen einen eigenen Beitrag mit einem anderen Standpunkt zu bringen, den Sie dann bestimmt veröffentlichen?

A. B.: Wenn die Argumente stichhaltig sind, ja.

W. N.: Gibt es grundsätzliche Tabus?

A. B.: Ja. Tabus sind Aufrufe zum Krieg oder zum Sturz der Sowjetmacht.

W. N.: Was bringen Sie grundsätzlich nicht?

A. B.: Versuche, die Presse für persönlichen Hader oder Gruppeninteressen zu mißbrauchen. Dafür ist die Presse nicht da.

W. N.: Kann man sich in Ihrer Zeitung einen Teil einer Seite für Veröffentlichungen kaufen, auf die Sie nicht den geringsten Einfluß haben?

A. B.: Das ist unmöglich. Wir veröffentlichen keine Anzeigen und verkaufen keinen Platz auf Zeitungsseiten.

W. N.: Jetzt interessiert man sich in aller Welt für das Leben in der UdSSR im allgemeinen und für die Tätigkeit der Journalisten im besonderen. Die Presse spielt selbstverständlich bei den jetzigen Vorgängen eine sehr wichtige Rolle. Was wird Ihrer Ansicht nach im Rahmen der Umgestaltung in der Presse am meisten kritisiert?

A. B.: Vor allem die Bürokratie in allen ihren Erscheinungsformen. Hierher gehören Leitungsmethoden in Form von Dekreten. Wir setzen uns für die Selbstverwaltung des Volkes ein, bei der das Volk über alles informiert ist und alles beurteilen kann.

W. N.: Sagen Sie, was für Möglichkeiten sehen Sie als Vorstandsmitglied des sowjetischen Journalistenverbandes für eine Zusammenarbeit ausländischer und sowjetischer Journalisten? Zwischen unseren Journalisten und denen der sozialistischen Länder bestehen schon lange feste Verbindungen. Wir sind ja Freunde, kennen uns persönlich, besuchen uns gegenseitig im Urlaub und wissen voneinander, wie wir arbeiten. Ist etwas Ähnliches mit westlichen Kollegen denkbar? Im Friedenskampf vereinigen sich Ärzte, Physiker, Biologen und Schriftsteller. Könnten sich nicht auch Journalisten im Kampf für das Leben auf der Erde vereinigen?

A. B.: Ich halte das für sehr wichtig und deshalb für durchaus möglich.

W. N.: Dieses Interview erscheint gleich nach dem Tag der Presse. Das ist ein Festtag, und an einem solchen kann man es sich erlauben, ein wenig zu träumen. Wir sagen, daß die Umstellung ein revolutionärer Vorgang, zügig vorankommen und greifbare Früchte tragen muß. In einem Jahr oder in zweien, am 5. Mai 1989, werden Sie auch am Steuerpult der "Sowjetskaja kultura" stehen. Was meinen Sie, was wird sich bis dahin an Ihrer Zeitung und an der sowjetischen Presse überhaupt verändert haben?

A. B.: Ich hoffe, in den nächsten Jahren werden die sowjetischen Leser und Künstler in unserer Zeitung noch mehr zu Worte kommen, wird der Widerstreit der Meinungen, der die Wahrheit ergibt, in unseren Spalten noch mehr Raum einnehmen und werden unsere Zeitungen überhaupt der politischen Devise der Umgestaltung entsprechen, die da lautet: mehr Demokratie, mehr Sozialismus!

In der Nacht zum 26. April 1986 kam es am vierten Block des Kernkraftwerks Tschernobyl zu einer Kavarie. Schüden schreiben und sprechen die Massenmedien aller Länder über Tschernobyl. Unter den Hunderten von Fragen, die im Zusammenhang mit der Tragödie gestellt wurden, bleibt die nach der Gesundheit der Menschen, nach den Folgen des radioaktiven Auswurfs für uns am wichtigsten.

Wie das in Kiew war

In jenem Mai begriff ich wie nie zuvor, wie notwendig unser Beruf ist.

Zum Bewundern des lärmenden und wirklich schönen Kiew blieb keine Zeit: Die Fahrten nach Tschernobyl (130 km in einer Richtung) mit der nächtlichen Rückkehr ins Hotel nahmen die ganze Zeit in Anspruch. Nachts mußte man die Eindrücke des Tages überdenken und niederschreiben, um am Morgen die nächste Reportage zu diktieren.

Und so Tag für Tag, Nacht für Nacht.

Und nun zum Wert des Journalistenberufs. Der Informationshunger, der hier, in Kiew, und wohl überall bestand, denn das Echo von Tschernobyl hallte im ganzen Land wider, war beinahe körperlich zu spüren. Schon einen Tag nach der Ankunft wußte ich, wenn ich die Glastür des Hotels aufstieß, was man mich fragen würde. Mitarbeiterinnen der Rezeption empfingen mich immer mit den gleichen Fragen:

"Wie steht es in Tschernobyl? Wie hoch ist der Strahlungspegel?" Alle forderten: ausführlicher, mehr Einzelheiten!

Das war ein absolut aufrichtiges Interesse. Viele fragten übrigens ebenso aufrichtig interessiert nach meiner Gesundheit. Mein Aussehen beruhigte sie offenbar, sie schätzten die — damals stark übertriebene — Gefahr ein und "probieren" sich die Strahlung an. Wenn ich schon, wie sie glaubten, mitten hinein in die Hölle fahre, stellt die Strahlung für sie, ihre Angehörigen, Kinder und Bekannte also keine unmittelbare Gefahr dar. Aber aus einer anderen Quelle, von der Straße, von dort, wo sich die Aeroflot-Vertretung und der Bahnhof befinden, kam eine andere, panische Information. Es gab keine Tickets, keine Fahrkarten, es sei denn, man kaufte sie bei den plötzlich in Massen auftretenden Schwarzhändlern für einen horrenden Preis. Die Zeitungen wurden förmlich verschlungen, man tauschte sie miteinander, berief sich auf sie und stritt sich, wenn in Artikeln über Tschernobyl unterschiedliche Angaben vorkamen. Und man sehnte sich nach neuer Information.

Die unklare Situation, eingebildete und reale Gründe zur Beunruhigung, Nervosität... Ich weiß noch, daß ich Schmerz und Ärger zugleich empfand beim Anblick einer Menge vor einem hohen Amt. Man hatte den Wunsch, sofort etwas zu tun: Da waren Kinder

Ein Jahr nach Tschernobyl

Erinnerungen und Befrachtungen

Andrej ILLESCH

und Frauen ohne Bleibe! Später stellte es sich heraus, daß diese Menschen ihre Häuser noch vor der organisierten Evakuierung verlassen hatten. Jetzt suchten sie nach einer Stelle, die für sie sorgen sollte. Wer aber dürfte streng über sie urteilen? Wenn sie vor einem unbekannten und deshalb noch schrecklicheren Unheil geflüchtet waren, hatten sich also keine Sachverständigen gefunden, sie aufzuklären, ihnen das Unvernünftige ihres Verhaltens vor Augen zu führen und sie in Bussen zu transportieren, wie das mit Zehntausenden anderen geschehen war.

Ich erinnere mich an viele solcher widersprüchlichen Bilder. Da war eine alte Frau, die im Hof eines vierstöckigen Hauses auf einer Bank unter Bäumen saß. Ihr Kinn war gelb: Die alte Frau frank gerade Jod. "Aber Mütterchen, was tun Sie denn da?" Ich stürzte zu ihr, sie klärte mich jedoch auf: Das sei eine gute Sache, Jod sei sehr nützlich und absolut ungefährlich, weil sie es mit Kefir nachspüle. Ich war machtlos. Am gleichen Tag erfuhr ich, daß in Kiewer Kliniken viele Menschen eingeliefert waren, die angesichts der Strahlungsgefahr zur Eigenbehandlung gezwungen hatten, davon viele mit verbrannter Speiseröhre.

Wie sehr mußten sich nachher Presse und Fernsehen bemühen, um wenigstens diesem Unsinn zu steuern.

Ja, jedes Verschweigen zeitigte damals Unerwünschtes. Aber angst zu machen und das Unglück zu übertreiben, war ebenfalls gefährlich. Man stelle sich vor, wie genau und abgewogen in jenen schweren Tagen Worte und Handlungen von Fachleuten, der Leiter der Kommission zur Behebung der Unfallfolgen, aller, die Tausende Menschen zu evakuieren hatten, sein mußten. Wie dankbar bin ich jenen Wissenschaftlern, Wirtschaftsleitern und Parteifunktionären, die in der äußerst schwierigen Lage nicht nur der Wahrheit ins Auge blickten, sondern sie auch ohne Bedenken Journalisten — und folglich allen — sagten.

Vieles, was gestern noch ausschließlich Fachleute interessiert hatte, bewegte nun alle. Das ist kein Zufall: In jenen Tagen hatte die Strahlung direkten Bezug auf das, was uns allen mehr oder weniger Sorgen macht: auf unsere

Gesundheit. Wie groß war also die Gefahr? Dazu ein wenig von der Geschichte der Frage.

Strahlung: Reale und vermeintliche Gefahr

Je nachdem, wo der Mensch lebt, ist er mehr oder weniger, aber ständig ionisierender Strahlung ausgesetzt, weil es eine natürliche Untergrundstrahlung gibt. Die natürliche durchschnittliche Strahlenbelastung, die bei Experten als Ausgangspunkt gilt, beträgt etwa 100 Milliröntgen im Jahr. In einigen Regionen der Erde liegt der natürliche Strahlungsspiegel über dem Durchschnitt. In Kerala in Indien, in Brasilien oder auf dem Zentralmassiv in Frankreich z. B. ist er fünf- bis sechsmal so hoch. Das wirkt sich jedoch auf die Gesundheit der Bevölkerung nicht aus.

Außerdem nehmen Menschen Strahlungsdosen bei medizinischen Untersuchungen auf. Sie sind je nach Land unterschiedlich. In der UdSSR sind es etwa 140 Milliröntgen im Jahr, in Japan 180, in Polen 160. Zusätzliche rd. 150 Milliröntgen erhält der Mensch

Im experimentellen Treibhaus der Stadt Pripjat

Foto: A. Fjodorow

alljährlich einfach deshalb, weil er in modernen Häusern lebt: In Ziegeln und Eisenbeton gibt es ebenfalls radioaktive Elemente.

Diese drei Größen — der natürliche Untergrund, die Bestrahlung bei medizinischer Diagnostik und die Strahlung innerhalb von Räumlichkeiten — machen die durchschnittliche Jahresdosis für jeden von uns aus. Für einen Landbewohner beträgt sie rd. 350, für einen Städter etwa 500 Milliröntgen im Jahr.

Tschernobyl nahm selbstverständlich seine Korrekturen an den hier genannten Berechnungen vor. Inwiefern? Werden sich solche Veränderungen auf die Gesundheit der Einwohner von Pripjat, der umliegenden Dörfer und Kiews auswirken, wenn ja, dann wie? Bevor man auf diese Fragen antwortet, ein paar Angaben darüber, wie der Mensch mit Strahlungen bereits konfrontiert wurde.

Der Einfluß der Strahlung auf den menschlichen Organismus und ihre negativen genetischen Folgen werden seit langem erforscht, eigentlich seit die Menschen mit Strahlungsquellen arbeiten. Die dicken Gummihandschuhe, mit denen die Röntgenologen seinerzeit ihre Hände zu schützen begannen, kamen erst nach einiger Zeit auf: Der Hautkrebs als Berufserkrankung war eine erste entfernte Auswirkung übermäßiger Strahlung, die der Arzt an der unvollkommenen Röntgenanlage aufnahm. Zu den Hauptgruppen von Menschen, deren Beobachtung den Zusammenhang zwischen Strahlung und Krebserkrankungen festzustellen ermöglichte, gehören etwa die Grubenarbeiter von Bergwerken oder ein Teil der Bevölkerung von Hiroshima und Nagasaki.

Bei der Atombombenexplosionen in diesen japanischen Städten waren 8–10 Prozent der Bevölkerung einer Strahlung von mehr als 200 rad ausgesetzt (ein rad ist die Maßeinheit der absorbierten Dosis; die absorbierte Dosis, d. h. die Energie der ionisierenden Strahlung im



Verhältnis zur Masse des der Strahlung ausgesetzten Stoffes. Ein rd. 0,01 J/kg). Ein weiterer Teil der Einwohner erhielt eine Dosis von über 100 rem. Gerede diese Gruppen hatten am schwersten unter den Folgen der atomaren Explosionen zu leiden. Was die erwähnten Röntgenologen angeht, so erkrankten bei weitem nicht alle unter ihnen, vielmehr nur jene, die noch vor den 30er Jahren, zur Zeit primitiver Apparaturen, ihre Arbeit aufgenommen hatten. Außerdem bestanden damals noch keine festen zulässigen Strahlungsnormen. Später, mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Einführung einer solchen Norm (sie beträgt rd. 5 Rem im Jahr, das Rem ist das biologische Röntgenäquivalent; 1 Rem entspricht einem rd. der absorbierten Dosis), traten Krebserkrankungen unter den Röntgenologen nicht häufiger als bei anderen Bevölkerungsgruppen auf. Wie 20- bis 30jährige Beobachtungen in verschiedenen Ländern über Menschen ergeben, die unter Einhaltung der zulässigen Norm mit Strahlungsquellen arbeiten, sind diese Berufsgruppen nicht mehr von bösartigen Veränderungen gefährdet als andere Bevölkerungsgruppen.

Aber Tschernobyl

In dem Jahr seit der Havarie konnte ich feststellen, daß der Informationshunger, was Fakten und Zahlen angeht, noch bei weitem nicht gestillt ist. Man hört immer die gleichen Fragen, obwohl Antworten darauf vielfach veröffentlicht wurden. Warum? Ich glaube, aus folgendem Grund. In der ersten Zeit gab es in der Tat mehr Fragen als Antworten über und um die Havarie, aber später, seit vorigem Sommer, wurde die Presse von "atomaren" Publikationen überschwemmt. In diesem Strom versanken viele Antworten auf die Hauptfragen. Bevor ich über die radiologischen Folgen Tschernobyls für die Gesundheit der Menschen weiterschreibe, möchte ich einige jener Fragen und Antworten durchgehen.

"Wie viele Menschen befanden sich zur Zeit der Havarie auf dem Territorium des KKW?"

In der Nacht zum 26. April waren an vier Energieblöcken des Kraftwerks 176 Personen beschäftigt. Außerdem befanden sich auf dem Gelände des fünften und des sechsten Blocks, etwa anderthalb Kilometer in südöstlicher Richtung, 268 Bau- und Montagearbeiter.

"Wie stark war der Auswurf von Spaltprodukten aus dem beschädigten Reaktor?"

Im Augenblick der Explosion wurden 20-22 Megacurie ausgeworfen. Später sank der tägliche radioaktive Auswurf in die Atmosphäre mit einigen Schwankungen und hörte bis zum 6. Mai in der Hauptsache auf. Der Gesamtauswurf der Spaltprodukte betrug rd. 50 M Ci, etwa

3,5 Prozent der gesamten Radionuklidenmenge im Reaktor.

"Wie viele Menschen wurden hospitalisiert?"

Insgesamt 300, davon 237 mit akuter Strahlenkrankheit verschiedenen Schadungsgrads. Am 27. April wurden 129 von den 300 mit drei Maschinen nach Moskau geflogen. Das waren die schwersten Kranken, die eine besonders komplizierte medizinische Hilfe benötigten.

"Wie viele Menschen sind durch die Havarie ums Leben gekommen?"

31 Menschen, sämtlich auf dem KKW Beschäftigte oder Feuerwehrmänner; 28 weitere sind an akuter Strahlenkrankheit gestorben.

"Gab es Opfer unter den Einwohnern der nahen Städte und Dörfer?"

Eine sorgfältige Untersuchung von mehreren Hunderttausenden Menschen stellte keinen einzigen Fall von Strahlenkrankheitssymptomen fest.

"Könnte die Havarie in Tschernobyl Fälle von Strahlenkrankheit in anderen Ländern verursachen?"

Keinesfalls. Nach Expertenberechnungen liegt die größte Dosis, die die Bevölkerung europäischer Länder aufnehmen konnte, nicht über der Strahlungsdosis, die ein Flug auf der Linie Paris-Los Angeles und zurück mit sich bringt.

Expertenprognosen

Zwar hat die medizinische Radiologie gegenwärtig beträchtliche Erfahrungen, aber Experten sind in ihren Einschätzungen dennoch vorsichtig und halten sich mit kategorischen Urteilen zurück. Einige Angaben liegen immerhin schon vor. So besteht die Meinung, daß eine Nachwirkung der Strahlung — onkologische Erkrankungen und genetische Störungen — bei einer Dosis von mehr als 100 Rem unbestreitbar ist. Die Strahlenkrankheit kann bei einmaliger Dosis von mehr als 75-100 Rem auftreten. Bei aller Vorsicht, mit der Prognosen der Folgen von Tschernobyl angestellt werden, wird das Risiko des Auftretens entfernter Strahlungsfolgen für große Bevölkerungsgruppen als verschwindend gering eingeschätzt.

Nach Meinung Prof. Viktor Knishniows, Mitglied der Sowjetischen Nationalkommission für Strahlenschutz, ist das Risiko der von der Havarie verursachten zusätzlichen Strahlung unermeßlich geringer als das Risiko, bei einem Autounfall oder an Raucherlungenkrebs zu sterben. Die Einwohner Kiews riskieren viel weniger, an Krebs zu sterben, als Menschen, die um ein modernes mit Kohle beheiztes Kraftwerk leben. Warum? Weil die Dosis, die die Kiewer innerhalb eines Monats nach der Havarie aufnehmen konnten, 150 Milliröntgen beträgt.

Die Prognosen von Radiologen können noch so günstig ausfallen, aber die Einwohner der von der Havarie in

Mitgliedschaft gezogenen Gebiete werden gewissenhaft von Ärzten beobachtet, und das wird noch lange so bleiben.

In erster Linie interessieren sich die Ärzte für Kinder, nämlich solche, die nach der Havarie geboren wurden und die erst zur Welt kommen sollen. Frühere Beobachtungen, z. B. über die Nachkommenschaft von Röntgenologen, die mit den ersten medizinischen Anlagen gearbeitet hatten, sprechen dafür, daß keine erheblichen Veränderungen des genetischen Fonds oder Veränderungen im Gesundheitszustand ihrer Kinder und Enkelkinder festzustellen waren. Ebenso viele Jungen und Mädchen kommen zur Welt, sie haben die gleiche Größe, die gleiche Entwicklung und die gleichen Erbanlagen wie bei uns allen.

Das sind jedoch theoretische Ausführungen. Was besagt die Praxis von Tschernobyl?

Seit einigen Monaten liegen Angaben über das erste Tausend nach der Havarie geborener Kinder vor. Den Geburtshelfern machten sie nicht wenig Mühe, weil ihr Durchschnittsgewicht bei ca. 4 kg liegt, und das macht auch den Müttern Schwierigkeiten. Das Übergewicht hängt vor allem damit zusammen, daß die werdenden Mütter sofort nach der Havarie unter medizinische Kontrolle gestellt und in Kliniken mit besonders guter Verpflegung eingeliefert wurden. Veränderte Lebens- und Ernährungsweise bewirkten die Gewichtszunahme der Babys.

All das will natürlich nicht besagen, daß die Strahlung an sich harmlos ist und von der Medizin heute völlig unter Kontrolle gehalten wird. Aber im Unterschied zu anderen, z. B. chemischen Einwirkungen auf den menschlichen Organismus verfügen die Ärzte über präzise, überprüfte Werte der Relation zwischen Strahlungsdosis und eventuellen Nachwirkungen. Ihre optimistischen Prognosen beruhen Beileibe nicht auf Intuition, vielmehr auf strenger Abhängigkeit zwischen Strahlungsdosis und Risikograd.

Ein bis anderthalb Prozent: Auf diese Rate wurde die mögliche Zunahme des Auftretens von Krebserkrankungen in Gebieten geschätzt, die am stärksten radioaktiv verseucht waren. Diese Angaben, die sowjetische Ärzte im Herbst auf einer außerordentlichen IAEA-Tagung in Wien nannten, bleiben auch heute in Kraft. Allerdings sei betont, daß sie von den ungünstigsten Zulassungen ausgehen. Jetzt, da neue, auf genauerer Messung der von Einwohnern aufgenommenen Strahlung beruhende Angaben eintreffen, erweist es sich, daß die ursprünglichen Berechnungen beträchtlich zu hoch gegriffen wurden, für einige Gebiete fünf- bis zehnmal so hoch. Demnach dürfte die Rate von 1-1,5 Prozent eher zurückgehen.

Tschernobyl-Moskau

Atombomben tabu

Prof. Karen CHATSCHATUROW
stellvertretender Vorsitzender des Sowjetischen Solidaritätskomitees
für die Völker Lateinamerikas

Es könnte paradox erscheinen, daß unter den dicht besiedelten Erdteilen gerade Lateinamerika zur ersten kernwaffenfreien Zone wurde - ein Kontinent, der nie von Fliegerbomben und modernen Artilleriegeschossen heimgesucht wurde. Doch nicht der Zufall oder Launen der Geschichte ließen die Lateinamerikaner als erste eine kernwaffenfreie Zone schaffen. Dafür gab es einige Gründe. Vor allem wollten sie sich nicht des gleichen Verbrechens schuldig machen wie ihr nördlicher Nachbar, der zum ersten und bislang glücklicherweise letzten Mal Atombomben abwarf. Die Lateinamerikaner wollten sich nicht in das gefährliche nukleare Wettrüsten hineinziehen lassen.

Zur juristischen Verankerung der "Denuklearisierung" hatte die Lateinamerikaner die karibische Krise von 1962 veranlaßt, als die imperiale Politik Washingtons und die Konfrontation der beiden größten Nuklearmächte unvorhersehbare Folgen für die ganze Menschheit heraufbeschworen.

Das erste völkerrechtliche Dokument, das die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika festhielt, war der Tlatelolco-Vertrag. So heißt ein Viertel der mexikanischen Hauptstadt, wo am Sitz des mexikanischen Außenministeriums die Vertreter von 14 lateinamerikanischen Staaten 1967 ein Dokument unterzeichneten, das in die Geschichte eingehen sollte.

Die Tatsache, daß gerade Mexiko die Initiative für die Erklärung Lateinamerikas zur kernwaffenfreien Zone ergriff, hat ihre historische Logik. Erinnern wir uns nur an die heldenhaften mexikanischen Aufständischen unter den legendären Bauernführern Pancho Villa und Emiliano Zapata. Sie wurden zu Symbolen der größten Volksrevolution in Lateinamerika zu Beginn des 20. Jh. Dann nahm Mexiko als erstes Land der westlichen Hemisphäre diplomatische Beziehungen zum jungen Sowjetstaat auf - fast 10 Jahre eher als sein nördlicher Nachbar, die USA. Dafür waren damals wirklich Weitsichtigkeit und politischer Wille nötig. Als in Spanien der Faschismus an die Macht kam, wurde Mexiko zum einzigen kapitalistischen Land, das die diplomatischen Beziehungen zu seinem

"historischen Mutterland" bis zum Ende des Franco-Regimes abbrach. Die Nachkommen der stolzen Azteken gaben der US-Erpressung nicht nach und erhielten - als einzige auf dem Kontinent - in den Jahren der schändlichen antikubanischen "kollektiven Sanktionen" diplomatische Beziehungen zu Havanna aufrecht.

Mexiko und andere lateinamerikanische Länder demonstrierten, daß die Bewegung für eine kernwaffenfreie Welt mit der Behauptung der Prinzipien der Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen und zivilisierter Normen untrennbar verbunden ist, die mit der Politik des "großen Knüppels" und einer "Kanonenbootdiplomatie" unvereinbar sind. Mexiko ist aktives Mitglied der Contadora-Gruppe, die sich um eine Regelung des Konflikts in Mittelamerika mit friedlichen, politischen Mitteln bemüht. Es gehört zu den "Sechs von Delhi", einer beispiellosen Koalition von Staaten aus vier Kontinenten, die für die Beendigung des nuklearen Rüstungswettrufs, für das Verbot der Kernwaffen und deren vollständige Vernichtung eintritt.

Die Gegner der Schaffung kernwaffenfreier Zonen spekulieren darauf, daß der Tlatelolco-Vertrag nicht alle lateinamerikanischen Staaten erfaßt. Ja, die einen haben den Vertrag nicht unterzeichnet, andere ihn zwar signiert, nicht aber ratifiziert, wieder andere ihn ratifiziert, doch nicht in Kraft gesetzt.

Die Position Washingtons, das, obwohl es den Tlatelolco-Vertrag öffentlich unterstützte, diese Unterstützung an eine Reihe von Vorbehalten knüpfte, zeugt von Heuchelei. Die USA machten sich zunutze, daß der Vertrag keine klare Bestimmung über ein Verbot des Transports (Transits) von Atomwaffen durch Drittländer über die Territorien lateinamerikanischer Staaten enthält, und behielten sich das Recht vor, Nuklearwaffen durch den Panamakanal zu transportieren sowie auf ihren Auslandsstützpunkten zu stationieren.

Wer kann dafür bürgen, daß es keine Atombomben auf dem Stützpunkt in Guantanamo - auf kubanischem Territorium, das die US-Militaristen gewaltsam

zurückhalten - gibt? Gerade deshalb konnte die kubanische Regierung, die konsequent für ein Verbot der Atomwaffen eintritt, den Tlatelolco-Vertrag nicht unterschreiben.

Die Sowjetunion unterzeichnete und ratifizierte das dem Vertrag beigelegte Protokoll über die Anerkennung des kernwaffenfreien Status von Lateinamerika, doch im Zusammenhang mit der Haltung der USA erklärte sie gleichfalls gewisse Vorbehalte.

Wir schätzen den Tlatelolco-Vertrag bei all seinen Unzulänglichkeiten als einen Tragpfeiler des künftigen Gebäudes eines umfassenden Systems der internationalen Sicherheit. Es ist wichtig, daß er jenen Zügel anlegt, die davon träumen, sich so oder so die Mitgliedschaft im "Nuklearclub" zu verschaffen. Greifen ja schon heute pakistanische Generale, die RSA-Rassisten und die israelischen Machthaber nach der Atombombe...

Zugleich fördert der Tlatelolco-Vertrag die Friedensinitiativen. Dazu gehört auch der Vorschlag Brasiliens, den Südatlantik - von der Küste Südamerikas bis zu der Afrikas - zu einer Zone des Friedens und der Zusammenarbeit zu erklären. Diese Initiative fand ihren Ausdruck in einer Resolution der 42. UNO-Vollversammlung. Nur die USA stimmten dagegen.

Die Kraft des Beispiels ist stark. Der kernwaffenfreie Status Lateinamerikas ließ für viele Skeptiker den scheinbar irrealen Traum zur greifbaren Realität werden. Fast zwei Jahrzehnte später proklamierte der Vertrag von Rarotonga den Südpazifik zur kernwaffenfreien Zone. Die Sowjetunion und China erklärten ihre Bereitschaft, den kernwaffenfreien Status dieser ausgedehnten Region strikt zu respektieren.

Washington aber sabotiert die Anstrengungen der Völker, die Menschheit von der nuklearen Bedrohung zu befreien. Ein weiteres Mal kam das in der Weigerung zum Ausdruck, den Rarotonga-Vertrag zu unterstützen. In diesem Zusammenhang schrieb das Nachrichtenmagazin „U. S. News & World Report“: "Die Freunde und die Verbündeten Amerikas in Asien sind betrübt und empört" ... Wie US-Vertreter erklären, macht es ihnen Sorge, daß ein Präsidentenfall entstehen könnte. Sie befürchten, daß die Verbreitung kernwaffenfreier Zonen - entsprechende Zonen wurden auf dem Balkan und in Skandinavien vorgeschlagen - die amerikanische Strategie der nuklearen Abschreckung gefährden kann."

Die lateinamerikanischen Länder haben den Weg zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen gewiesen. Die Verträge von Tlatelolco und von Rarotonga tragen dazu bei, daß sich ein neues moralisches Klima in der Welt herausbildet.

Sahy: Der Landflucht keine Chance

DIE JUGEND BLEIBT IM DORF

Von unserem Sonderkorrespondenten
Lew JELIN

Mit 120 km/h fahren wir auf der Autobahn über ein weites Feld. Draußen schien die Landschaft stillzustehen. Eben wie eine Tischplatte dehnte sich Schwarzerde bis an den Horizont.

"Die Gegend in der Südslowakei zwischen zwei Donauarmen wird die Korninsel genannt", sagt mir mein Kollege von der in Bratislava erscheinenden "Praca". "Etwa 40 000 Hektar, und jeder trägt 70-80 dt Getreide."

Wir biegen von der Autobahn und der Schwarzerde nach Osten ab, in Richtung Levice und fahren auf das Staatsgut Sahy, wo man manchmal von 40 dt je Hektar träumt.

Nach den guten Jahren 1984 und 1985 (Erträge von rd. 12 Mio t), dank denen die CSSR sich selbst mit Getreide eindecken konnte, wurde der Plan für 1986 nur zu 95 Prozent erfüllt, und der Durchschnittsertrag sank von 50 auf 42 dt vom Hektar. Es war keine Katastrophe, denn die in den letzten Jahren angelegten Reserven deckten den Getreidebedarf der Bevölkerung und der Viehzucht. Aber ein Rückschlag war es doch. Dafür werden mehrere Gründe angeführt: die Dürre, die ungünstige Witterung im August, zur Zeit der Mahd, und noch anderes. Die Landwirtschaft hat eine ganze Reihe eigener Probleme.

Leiter--Rivalen

In der neuen, noch nicht ganz fertigen Kantine stritten sich drei Vorsitzende benachbarter Wirtschaften: Milan Sloboda von der landwirtschaftlichen Genossenschaft "Lenin", Jan Luptak von der Genossenschaft "Pramen" und Miroslav Brestovsky vom Staatsgut Sahy.

In der ganzen CSSR bestehen (nach Angaben für voriges Jahr) 1680 landwirtschaftliche Genossenschaften, jede mit etwa 2600 ha Nutzfläche. Sie liefern zwei Drittel der Agrarerzeugnisse und beschäftigen über 620 000 Personen. An staatlichen Wirtschaften gibt es nur 159, aber dafür sind sie größer -

sie umfassen durchschnittlich je 8600 ha Nutzfläche. In der Slowakei gehören 15 Prozent des Ackerlandes zu den Staatsgütern.

"In den Genossenschaften haben sie besseren Boden", sagt Brestovsky und weist auf Sloboda und Luptak hin, die gegenüber sitzen. Die beiden fangen zu streiten an, es scheint aber, daß sie ihm in Wirklichkeit recht geben.

Tatsache ist, daß man den Staatsgütern größtenteils unfruchtbaren Boden zugewiesen hat. Allerdings versuchte man im vorigen Planjahr fünf (1981-1985), etwas daran zu ändern. Der Boden wurde zwischen den Staatsgütern und landwirtschaftlichen Genossenschaften der CSSR umverteilt. Danach ging es mit einigen unrentablen Staatsgütern sprunghaft aufwärts, aber eine 1986 vorgenommene Prüfung ergab noch große Unterschiede zwischen den Produktionsindizes der Genossenschaften und denjenigen der Staatsgüter.

"Na schön, haben wir eben besseren Boden", lenkt Milan Sloboda ein.

"Und mehr Leute!" Miroslav Brestovsky läßt nicht locker.

Die beiden benutzen jede Gelegenheit, einander zu reizen und sich mit Hochgenuß zu zanken. Jan Luptak (er ist älter) beobachtet sie. Er weiß, daß die beiden Kampfhähne, von denen einer die Wirtschaft des anderen gut kennt und die in allem wetteifern, im Studienheim der Landwirtschaftlichen Akademie in Nitra ein kleines Zimmer teilen und seitdem Freunde sind.

In den Genossenschaften wollen mehr Leute arbeiten, weil sie da mehr, nämlich rund 3100 Kronen monatlich, verdienen. Auf den Staatsgütern betrug der Monatslohn Anfang 1986 2960 Kronen.

Arbeitskräfte sind knapp. Dabei schreiben die slowakischen Zeitungen, daß die Jugend jetzt mehr an Landarbeit interessiert ist und daß es für jeden Platz an einer landwirtschaftlichen Hochschule vier Anwärter gibt.

"Bei uns haben sich noch keine Absolventen eingestellt", seufzt

Brestovsky. "Im Gegenteil. Man muß sich anstrengen, damit die Jugend nicht weggeht. Dabei ist alles ganz einfach. Man muß erreichen, daß die Leute Lust bekommen, hier zu leben und zu arbeiten. Sie müssen gut verdienen. Dann kann man von ihnen auch was verlangen. Ich kann meinen Arbeitskräften nur 0,02 ha je Familienmitglied geben, jedes Jahr eine andere Parzelle. Aber der Boden ist überall gut. Er ist schon gepflügt, die Leute brauchen nur zu säen und zu pflanzen. Strom und Wasser liefern wir auch. Milan in seiner Genossenschaft gibt jedem 0,1 ha. Natürlich gehen die Leute lieber zu ihm." Ich erfuhr aber, daß jetzt bei Brestovsky niemand mehr weggeht.

Wandlungen

Seit einigen Jahren ist man in der Slowakei bemüht, den Staatsgütern zu helfen, weil die Verhältnisse dort schlechter als in den Genossenschaften sind. Der Zeitung "Hospodarske noviny" zufolge ist jedoch in den schwachen Betrieben kein wesentlicher Fortschritt festzustellen.

Bei Brestovsky, der 1982 die Leitung des schwachen Staatsgutes Sahy übernahm, geht es aufwärts. Der Getreideertrag stieg 1985 auf 41 dt je Hektar. Das folgende Jahr war nicht ganz so gut, aber Sahy ist in jeder Hinsicht vorwärtsgekommen. Mit dem Unwetter und der Dürre ist man dort besser als in den anstoßenden Genossenschaften fertig geworden. Wie kam das?

"Das Niveau der Wirtschaftsführung ist in den letzten 5-6 Jahren stark gestiegen", sagt Pavol Stutika, Vizevorsitzender und Sekretär der Parteiorganisation auf dem Staatsgut, der mich auf der Fahrt durch Sahy begleitete. Er selbst ist seit 1967 dort. Er zeigte die Getreidespeicher mit eingebauter Trockenkammer. In einer Stunde wölfelt sie 3,5 t und trocknet 50 t Getreide. Das Staatsgut hat die Kammer schon unter dem neuen Vorsitzenden gekauft. Trotz des staatlichen Zuschusses mußte das Gut noch Millionen Kronen dafür aufbringen. War das nicht zu riskant für eine Wirtschaft, die mit Mühe und Not auf die Beine kam?

"Wir haben uns alles gut überlegt", versichert mir Stutika. "Wir haben die Trockenkammer gekauft, schnell in Betrieb genommen, und jetzt leistet sie uns und den Nachbarn gute Dienste. Noch so eine gibt es im ganzen Bezirk nicht. Sie ist sehr gefragt und wird sich deshalb bald rentieren. Die Getreidespeicher? Die fassen 5000 t. Auch solche gibt es längst nicht in allen Wirtschaften."

Voriges Jahr fehlte es im ganzen Land an Speichern für etwa 1 Mio t Getreide.

Der 9. Mai ist der Nationalfeiertag der CSSR. An diesem Tag vor 42 Jahren fanden der nationale Befreiungskampf des Volkes der Tschechoslowakei und die Befreiung des Landes von den Hitlerfaschisten durch die Sowjetarmee ihren Abschluß.



Bratislava. Sowjetisches Ehrenmal

"Und hier haben wir unsere örtliche Behörde", stellt mir Stutika Julius Macsadi vor. "Er hat als Baggerführer angefangen und ist jetzt für die Trockenkammer und die Speicher zuständig."

Macsadi ist 30 Jahre alt und lebt das siebente Jahr in Sahy. Seine Frau ist hier Buchhalterin. Was sich nach 1982 geändert hat? Die Arbeit sei "kultivierter" geworden, sagt Julius. Er verdient 2700 Kronen im Monat. In der Stadt bekäme er mehr? Ja, aber er ist an die Landwirtschaft gewöhnt. Seine Eltern sind Bauern. Julius mit Frau und zwei Kindern wohnt allerdings in der Stadt. Dort hat er eine Zweizimmerwohnung. Wie er zur Arbeit kommt? Im eigenen "Skoda", der ihn 70 000 Kronen gekostet hat. Er hat wohl borgen müssen? Oder einen Kredit aufgenommen, den der Staat jungen Familien einräumt? Oder die Eltern haben ausgeholfen?

"Alles selbst gespart. Ich arbeite seit meinem 15. Lebensjahr. Als wir heirateten, hatte ich schon etwas zurückgelegt. Zum Lohn haben wir aus dem Verkauf von Tomaten auf dem Markt einen ganz schönen Zuschuß. Wir haben für die Familie 0,04 ha vom Staatgut bekom-

men. Jeden Tag fährt meine Frau die Kinder aus dem Kindergarten holen, und ich gehe auf die Parzelle. Wenn ich nach Hause komme, ist es schon Nacht. Dafür wird uns die Parzelle dieses Jahr rund 30 000 Kronen einbringen."

"Unsere Belegschaft ist jung", setzt Stutika fort. „Der Vorsitzende und ich sind mit unseren beinahe 40 Jahren die ältesten. 1982 kamen die jungen Menschen. Der Vorsitzende hatte sich sehr darum bemüht, er sagte, die Jugend fasse Neues schnell auf und schaffe selbst Neues. Er baut auf diese Leute und kümmert sich um sie.“

In der ganzen Slowakei werden in Stadt und Land viele Eigenheime gebaut. Im Jahresdurchschnitt ziehen 10 000 Familien in solchen Häusern ein. Manche Arbeiter lehnen sogar Betriebswohnungen ab und warten, bis sie ein Grundstück bekommen, um sich darauf ein Haus zu bauen. Oder ein Zweifamilienhaus. Der Staat verkauft solchen Leuten Baustoffe und räumt ihnen langfristige Darlehen bis zu 150 000 Kronen zu 2,7 Prozent Jahreszinsen ein. Das Geld reicht aber nicht. So ein Haus kostet gewöhnlich 300 000–400 000 Kronen. Mit einem Eigenheim ist es also nicht ganz leicht. Auf dem Staatgut Sahy bekommt eine Arbeitskraft ein Haus umsonst.

Ich habe moderne einstöckige Zweifamilienhäuser gesehen. Jede Familie bekommt 3 oder 4 Zimmer, und unten sind eine Garage und ein Keller. Hinzu kommen 0,08 ha Hofland. Das Staatgut kostet der Bau eines solchen Hauses 400 000–430 000 Kronen, die Bewohner zahlen aber nur Miete.

Was ich in Sahy gesehen habe, hat mir gefallen. Dort denkt man selbstständig, sieht über die heutigen Probleme hinaus und sorgt sachkundig für die Menschen. Ich habe aber auch anderes gesehen. Die Parzelle (für Tomaten) und das billige Haus sind ja ganz schön, aber das ist nicht die Hauptsache. Die Leute müssen am Endergebnis ihrer Hauptarbeit, dort an der Getreideproduktion, interessiert sein, damit ihnen vorzügliche Arbeit in diesem Hauptbereich auch die wichtigsten Lebensgüter und das Hofland eben nur einen Zuschuß einbringt. Was ist dazu notwendig? In erster Linie die unmittelbare Abhängigkeit des Lohns vom Arbeitsergebnis.

Seit einigen Jahren wird in der CSSR die Leitung des Agrar-Ernährungskomplexes perfektioniert. Jetzt soll es nur noch zwei Pflichtablieferungen der landwirtschaftlichen Betriebe an den Staat geben, Getreide und Fleisch. Alle sonstigen Erzeugnisse verwenden die Betriebe nach eigenem Ermessen, im Einklang mit Wirtschaftsverträgen. Ein Lohnzuschlag für die in der Landwirtschaft Beschäftigten je nach dem Produktionszuwachs des betreffenden Jahres wird eingeführt. Der Mechanismus der direkten Abhängigkeit des Lohns vom Ernteertrag funktioniert noch nicht

reibunglos. Daher der Wettstreit der Wirtschaften darum, welche ihren Arbeitskräften mehr Grund und Boden zur persönlichen Nutzung überläßt und wo sie mehr "Zuschüsse" zu ihrem Lohn haben.

Gießkannenprinzip?

Im Dezember 1986 diskutierte das vierte Plenum des ZK der KPTsch über die Auflagen des neuen Fünfjahrplans für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der CSSR. Es wurde eingereäumt, daß der Schlüssel zum Umbau des staatlichen Wirtschaftsmechanismus darin besteht, den Gewinn der Betriebe und die Löhne der Arbeiter direkt von den Resultaten abhängig zu machen. Wie ich mich in der Slowakei überzeugt habe, ist eine derartige Umstellung für alle Gliederungen des Agrar-Ernährungs-Komplexes notwendig.

"Dann werden wir ein optimales Wirtschaftssystem haben", sagt Josef Bugan, stellvertretender Direktor einer Geflügelfabrik in Dunajska Streda, zu mir. Das jetzige System hält er nicht für optimal.

In der westlichen Slowakei bestehen sechs Geflügelfabriken. Der Dachbetrieb befindet sich in Bratislava. Nicht alle sind gleich. Der Betrieb in Topolcany hat Bestarbeiter, eine vorzügliche neue Technik, eine hohe Produktivität und große Gewinne. Die Fabrik in Dunajska Streda hat einen guten Ruf. Sie hat 1986 11 Mio Kronen Gewinn abgeworfen. Der Gewinn der Geflügelfabriken geht nach Bratislava, und dort wird bestimmt, welche wieviel davon bekommt — die guten weniger, die schwachen mehr. Des Gleichgewichts halber. Soll das etwa die optimale Variante sein?

"Die unrentablen Betriebe muß man schließen und nicht auf fremde Kosten über Wasser halten. Und den besten soll man nicht vorenthalten, was sie erarbeitet haben", meint Bugan. "Dieser Prozeß hat eigentlich schon begonnen.

1988 stellen wir die ganze Bearbeitung des geschlachteten Geflügels um. Die Leistung wird zunehmen, wir werden nur halb soviel Arbeitskräfte brauchen, und sie werden mehr verdienen."

Rekonstruktion kostet Geld, und man bekommt es nicht so leicht bei der "Gleichmacherel", bei der man den Gewinn mit Zurückgebliebenen teilen muß.

Der Agrar-Ernährungskomplex der CSSR steht vor großen Aufgaben. Ihre Erfüllung hängt weitgehend davon ab, ob die modernen Wirtschaftsmethoden in jedem Staatgut und jeder Genossenschaft, in jedem Betrieb der CSSR eingeführt werden. Ob hohe Löhne für vorzügliche Arbeit die heutigen "Zuschüsse" bald überflüssig machen werden?

Bratislava—Sahy—
Dunajska Streda—Moskau

Geht Perle?

Angenommen hat er im Pentagon ebenso viel Einfluss wie Verteidigungsminister Weinberger selbst. Man nennt ihn "Prinz der Finsternis", und bei einer Diskussion wurde er als "für den 3. Weltkrieg verantwortlich" vorgestellt.

Wer ist dieser Mann, den die westliche Presse mit solch schrillen Metaphern bedenkt? Richard Norian Perle, Berater des Pentagon-Chefs.

Sein offizieller Dienstgrad im US-Verteidigungsministerium ist ziemlich unbedeutend. Aber, wie der Hamburger "Spiegel" schreibt, "gilt, wenn immer es um das Verhältnis der beiden Supermächte im allgemeinen geht oder um Sprengköpfe, Reichweiten und Wurfwichte atomarer Waffen im besonderen, sein Wort mehr als das von Generalen und Ministern". Er kann es sich leisten, amerikanischen und ausländischen Politikern über den Mund zu fahren und Mitglieder des Reagan-Kabinetts herunterzuputzen. Perle, 45, tritt von seinem Posten zurück, bleibt aber das Hätschelkind von Reagan und Weinberger, die "graue Eminenz" der Administration in Washington.

Perle begann seine Karriere 1969, als "Boeing-Senator" Henry Jackson auf den jungen Mann aufmerksam wurde, der als Lobbyist des Westinghouse-Konzerns in Washington die Konzeption von Antiraketen-Raketen durchboxte.

Der Intellektuelle Richard Perle, Enkel jüdischer Emigranten aus Rußland, landete nach einem kurzen Flirt mit liberalen Ansichten an der London

School of Economics im Lager derjenigen Konservativen, nach deren Überzeugung "alle Obel dieser Welt ihren Ursprung im Kreml haben".

Routiniert boykottierten sie alles, was zu einer Regelung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA führen könnte. Praktisch war Perle der Autor des Jackson-Vanik-Zusatzauftrags, der nicht nur die kommerziellen Verbindungen zwischen den beiden Großmächten zerriß, sondern auch alle weiteren Bemühungen blockierte, die auf eine Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen hinausliefen.

Im Gefolge von Jackson sabotierte Perle mit hartnäckiger Konsequenz alle Pläne und Abrüstungsvereinbarungen der letzten vier amerikanischen Präsidenten.

Perle trat praktisch gegen alle Rüstungsvereinbarungen auf, die zwischen den USA und der UdSSR bestehen, u. a. auch gegen den ABM-Vertrag von 1972 und die SALT I- und SALT II-Verträge. Er lief Sturm gegen die sowjetischen Initiativen im Bereich der chemischen Waffen, gegen die Einstellung der Nuklearfests, gegen das Verbot von Antisatellitenwaffen und gegen die Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums überhaupt. Mit Weinberger und dem Direktor für das SDI-Programm, Generalleutnant James Abrahamson, versucht Perle, für den Beginn der 90er Jahre die Entfaltung eines "einstweiligen" ABM-Systems durchzusetzen.

Sein Credo legte Perle in folgender zynischen Sentenz nieder: Eine Position, nach der wir und die Russen unsere Meinungsverschiedenheiten im Rahmen von Verträgen lösen und die uns auf die Beachtung von Vereinbarungen festlegt, wird meine Unterstützung nicht bekommen.

Demnach also keine Vereinbarungen. Eine atomwaffenfreie Welt ist "ein gefährlicher Unsinn", nichtnukleare Abschreckung ist "eine gefährliche Illusion", die Kontrolle über die Vernichtung von Atomwaffen ist "unmöglich", die Durchführung von Nuklear-Tests ist "lebensnotwendig", ein Verbot von chemischen Waffen ist "unrealisierbar" und atomwaffenfreie Zonen sind "perspektivlos".

Von Zeit zu Zeit kanzelt Richard Perle in der Pose eines römischen Statthalters westeuropäische Hauptstädte ab, die im Aufrüsten nicht den nötigen Eifer an den Tag gelegt haben und die keinen Hang verspüren, ihre Geschäftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern abzubrechen. Ich erinnere mich noch an

die Diskussion Ende 1985 im Genfer Palast der Nationen, an der ich mit dem Berater des US-Verteidigungsministers teilnahm. Im Oberlehrerton rügte Richard Perle die Westeuropäer. Er jonglierte mit Zahlen und schreckte sie mit einem imaginären sowjetischen Raketenvorsprung. Sinn der Übung war, das amerikanische SDI-Programm zu rechtfertigen sowie die Weigerung der USA, sich auf ernsthafte Abrüstungsverhandlungen einzulassen.

Und jetzt wird gemeldet, daß Perle geht. Nach langjährigem Dienst will Perle "endlich richtig Geld verdienen". In einem Buch-Projekt, das er ... auf dem Verleger-Markt testen ließ - Höchstgebot bisher: 300 000 Dollar -, kündigte er an, er wolle seine Erfahrungen in Washington ... zu Papier bringen.

Hierbei geht es allerdings nicht nur um literarische Ambitionen und finanzielles Kalkül. Die Erhöhung Perles erfolgte auf einer Welle von messianischer Anmaßung und chauvinistischer Verblendung, die die Reagan-Administration verkörperte. Perle hat die rechte Welle erkannt und sich rechtzeitig darauf eingestellt. Dem militärisch-industriellen Komplex der USA ist daran gelegen, das internationale Vertragssystem zu zerstören, das den Rüstungswettlauf noch abremst, und er braucht einen Mann, der so erfindungsreich und raffiniert wie möglich jeden vernünftigen Abrüstungsvorschlag mit "Nein" kontert. Perle hat das besser als andere gemacht. Seine entspannungsfeindlichen Sprüche wurden selbst im Pentagon als unmäßig empfunden.

Dennoch nimmt er seinen Abschied. Ist damit die Epoche zu Ende, da man in Washington jede Abrüstungsvereinbarung von vornherein negiert? Vielleicht ist Perle selbst auf eine Mine getreten, mit denen der Weg zu Kompromissen gepflastert ist? Etwa die Null-Lösung für Mittelstreckenraketen, die er seinerzeit formuliert hatte, in der Hoffnung, damit jede Absprache zu blockieren, und die heute ernsthaft als Grundlage für einen möglichen Vertrag in Betracht gezogen wird?

Ich neige allerdings eher zu der Auffassung, daß Perle vorwiegend deshalb seinen Hut nimmt, weil er die abgesteckten Ziele im wesentlichen für erreicht hält. Die Regierung, der er angehört und die jetzt, wie ein sinkendes Schiff, von ihrer treuen Crew verlassen wird, hinterläßt eine Erbschaft in Form der teuersten und gefährlichsten Aufrüstung in der Geschichte.

Perles Rücktritt ist übrigens selbst schon originell. Praktisch geht er, um zu bleiben. Weinberger beläßt ihn als "Berater" im Pentagon.

Die Nachfrage nach Diensten der "graue Eminenz" bleibt offensichtlich erhalten.

A. GRIGORIANZ



"So long. Wir seh'n uns wieder!"
Zeichnung: Nikolai Stscherbekow

Kontinent zwischen

Hoffnung

und Ernüchterung

Australien, scheinbar weit vom Schuß, wird von den Problemen dieser Welt keineswegs verschont.

Es heißt, die meisten Australier sprechen nicht gern über hohe Politik. Nach manchen Quellen zu urteilen, sind sie ziemlich leichtfertig. Das Leitmotiv vielgelesener Bücher wie "Australische Sitten" oder "Wie man in Australien lebt" lautet etwa so: "Wir denken lieber ans Amüsieren als ans Arbeiten".

Dundees Krokodile

Ich finde, man darf dieses Image der Australier nicht unbesehen akzeptieren, um so weniger, als es sich in letzter Zeit rasch verändert. Die Australier selbst scheinen sich noch nicht schlüssig zu sein, wie sie eigentlich sind und worin sie sich von anderen Völkern unterscheiden. Gerade jetzt wird viel darüber diskutiert, denn im kommenden Januar wird hier der 200. Jahrestag der ersten Landung britischer Sträflinge — des Beginns der Kolonisierung dieses Erdeils durch Europa — begangen. Wer kann als waschechter Australier angesprochen werden? Die Frage ist nicht leicht zu beantworten. Neben den 160 000 noch übriggebliebenen Eingeborenen und der größtenteils aus Nachkommen britischer Einwanderer bestehenden Bevölkerung werden die italienischen, griechischen und türkischen Stadtgemeinden und die Kolonien der Einwanderer aus asiatischen und arabischen Ländern immer größer. Durch sie wird das Bevölkerungsbild sehr bunt, zumal nicht alle Einwanderer geneigt sind, ihre nationalen Sitten und Bräuche aufzugeben und sich zu assimilieren.

Filmleute kamen auf die Idee, das Image des heutigen Australiers gestalten zu helfen. Der vor kurzem in den Verleih gekommene Film „Dundees Krokodil“ hatte in den USA und in Westeuropa großen Zulauf und schlug alle Kassenrekorde.

Hier kurz der Inhalt. Eine junge New Yorker Reporterin erfährt, daß in einem Krähwinkel des australischen Nordterritoriums ein Krokodiljäger namens Mick Dundee lebt. Sie fährt hin, um über ihn eine Reportage zu schreiben. Mick (gespielt von Paul Hogan) mimt vor dem neugierigen Gast den Naturburschen, er rasiert sich z. B. nicht mit seiner Gilletteklinge, sondern mit einem haarscharfen Säbel. Er kennt das Leben im Busch und die Gewohnheiten der Tiere tatsächlich gut und geht bei dem dortigen Eingeborenenstamm ein und aus. Die Amerikanerin ist von seiner "Wildheit" entzückt. Zum Dank für ihre Rettung vor einem Krokodil lädt sie Dundee, der noch nie in einer Großstadt war, nach New York ein. Es folgen seine Abenteuer in der Neuen Welt. Unter den ständig auf ihren Vorteil erpichtem Amerikanern wirkt er viel edler und menschlicher als sie. Dafür wird er durch die Liebe der hübschen Reporterin belohnt.

Soweit der Film. Und wie steht es in Wirklichkeit? Muß man denen recht geben, die die Australier ungehobelt nennen und behaupten, sie könnten nichts als in der Erde wühlen und Schafe hüten? Oder sind die Australier fähig, es mit den Bewohnern der in Industrie, Wissenschaft und Technik höchstentwickelten Länder aufzunehmen? Australiens Wirtschaftslage ist ein klassisches Thema solcher Diskussionen. In Australien herrscht eine langwierige Wirtschaftskrise. Als erster schlug Bundesfinanzminister Paul Keating im vergangenen Frühjahr Alarm. Er erklärte, die veraltete Wirtschaftsstruktur drohe, Australien in eine Bananenrepublik - in ein Rohstoffanhängsel der kapitalistischen Weltwirtschaft — zu verwandeln.

Die einst dank dem Export von Weizen, Wolle und Bodenschätzen ge-



dehende Wirtschaft kollidiert mit der veränderten Struktur des Weltmarkts.

Die Einkünfte aus dem Export sind geschrumpft, denn die lange durch Zollschränken geschützten Betriebe erzeugen keine konkurrenzfähigen Waren. Die Australier selbst kaufen lieber importierte Maschinen, Computer, Autos, Haushaltsgeräte und Bekleidung. Der australische Dollar ist im Kurs gesunken, der Staatsschatz weist einen riesigen Fehlbetrag auf. Australien hat enorme Auslandsschulden.

Mit Rücksicht auf diese Schwierigkeiten wurde der vorjährige Staatssatz umgeschichtet. Die Sozialleistungen, die Aufwendungen für Gesundheits- und Bildungswesen, Wissenschaft und Kultur sind gekürzt worden. Es ist der Regierung gelungen, die Gewerkschaften zum Verzicht auf Lohnforderungen zu bestimmen.

In dem seither vergangenen Jahr hat sich nichts gebessert. Die Inflation übersteigt schon 9 Prozent, die Preise der Massenbedarfsartikel schnellen in die Höhe, der Lebensstandard der von Löhnen, Gehältern und staatlichen Unterstützungen lebenden Familien ist wesentlich gesunken.

In dieser durch die nahen Parlamentswahlen noch erschwerten Situation sind die ausgesprochenen Rechten aktiver geworden. An ihre Spitze ist der Populist Joe Bjelke-Petersen, getreten. Er ist Ministerpräsident des übrigens rückständigsten und konservativsten Agrarstaats Queensland. Für seinen Wahlkampf hat er bereits 25 Mio Dollar, 6mal soviel wie alle Parteien bei den Wahlen von 1983, beisammen.

Man nimmt an, daß der schwerste Schlag gegen die Gewerkschaften geführt werden soll. Sie sind der einzige wirklich einflußreiche Faktor, der fähig wäre, das Land im Gleise einer gesunden Innen- und Außenpolitik zu halten.

Großbritannien + USA...

Die Rechten haben alle ihre politischen Rezepte bei Ronald Reagan und Margaret Thatcher entlehnt. Ich hörte einen australischen Kollegen sagen, Australien sei eine Mischung aus Großbritannien und den USA.

Inwieweit stimmt das? Bis 1901 war Australien britische Kolonie. Noch jetzt ist es formal ein britisches Dominion, da es die Herrschaft der britischen Krone anerkennt und da in Canberra ein Generalgouverneur Elizabeths II. sitzt. Vor dem zweiten Weltkrieg holte die Regierung Australiens fast zu jedem politischen Schritt die Zustimmung Londons ein. Auch nach dem Krieg tat sie es gewöhnlichsmäßig, manchmal mit bedauerlichen Folgen. Australien hätte z. B. als eins der ersten Länder der Welt numerische Elektronenrechner auf den Weltmarkt bringen können. Da man sich aber nicht sicher war, ob sich Investitionen in diesem Produktionszweig lohnen, holte man den Rat Großbritanniens ein. Dieser lautete, die Australier sollten lieber dabei bleiben, Wolle, Fleisch und Weizen zu produzieren. Sie befolgten den Rat zum eigenen Schaden. Ich habe die TV-Dokumentarfilmserie „Die letzte Chance des glücklichen Landes“ gesehen. Sie handelt vom australischen Minderwertigkeitskomplex, vom Glauben der Australier, daß andere Länder alles besser machen. Im Text hieß es, sie hätten allem Ungewohnten, Originellen lange das Alterprobe vorgezogen — eine kurzsichtige Politik, die das Land jetzt zu büßen habe.

Aber die Zeiten ändern sich. Die unzerreiβbar scheinende Nabelschnur Australiens zu Großbritannien wird immer dünner. Die Australier suchen ihre Unabhängigkeit vom „alten Land“ sogar mit der Absicht hervorzukehren, die Staatsflagge abzuändern, die noch immer außer dem Kreuz des Südens den britischen Union Jack aufweist. Australiens Nationalfarben sind Goldgelb, Weiß und Grün. In solchen Farben ist auch der Dress der australischen Teilnehmer internationaler Sportwettkämpfe gehalten. In diesen Farben und mit der Darstellung eines hüpfenden Kängurus, des Landeswahrzeichens, wird eine neue Staatsflagge von Künstlern gestaltet, die sich, von den hohen ausgesetzten Preisen angezogen, an einem unlängst von der großen Lobbyorganisation „Ozflag“ ausgeschriebenen Wettbewerb beteiligen. „Ozflag“ beabsichtigt, den besten Entwurf der Bundesregierung mit der Aufforderung einzureichen, so eine neue Flagge einzuführen. Spitze Zungen schlagen eine einfachere Lösung vor: man solle an die Stelle des Union Jack das amerikanische Sternenbanner setzen, das entspräche Australiens jetziger Orientierung mehr. Der Sarkasmus hat viel Wahres.

Australien ist nach wie vor ein treuer ANZUS-Partner der USA. Der ANZUS-Pakt zielt bekanntlich darauf ab, den Südpazifik zu einem „Mare Americanum“ zu machen. Ungeachtet der anwachsenden Bewegung gegen die US-Stützpunkte behauptet die Regierung, sie seien für die Landesverteidigung unentbehrlich, obwohl doch klar ist, daß sie das Land im Falle eines Atomkriegs zur Zielscheibe eines Gegenschlags machen würden. Canberra betont angelegentlich seine Treue zum ANZUS-Pakt, besonders, seitdem Neuseeland faktisch aus diesem Block ausgetreten ist. In wichtigen weltpolitischen Fragen schiebt Canberra nach Washington hinüber, wartet ab, was man dort sagt, und wagt erst dann, sich selbst zu äußern.

Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern haben sich weitgehend mit Dazutun und nach dem Willen des US-Kapitals herausgebildet. Washingtons Blockpolitik aus dem kalten Krieg hat den US-Konzernen den Weg in Länder gebahnt, die sie noch nicht an sich gebunden hatten. Australien ist keine Ausnahme. Die Amerikaner haben das britische Kapital weit zurückgedrängt. Sie machen sich auch den australischen Minderwertigkeitskomplex zunutze und kaufen Erfindungen australischer Wissenschaftler auf, mit denen die geschwächte Wirtschaft Australiens ja doch nichts anfangen konnte.

Zeichen der Amerikanisierung sieht man überall, besonders in den Großstädten, angefangen von den immer zahlreicher werdenden Wolkenkratzern, in denen Niederlassungen transnationaler Konzerne und Banken ihren Sitz haben, bis zu Imbistubben im Stil von McDonald, ganz zu schweigen vom Überhandnehmen der US-Produktionen im Fernsehen.

Canberra und Washington haben auch weltpolitisch viele Berührungspunkte. Gewisse Nuancen der Außenpolitik Canberras zeugen davon, daß in der Landesführung längst nicht alle gewillt oder fähig sind, im Einklang mit den Realitäten des Nuklear- und des Weltraumzeitalters zu denken und zu handeln.

Bei den Politikern, besonders den rechten (die Opposition im Laborparlament besteht aus Abgeordneten der Liberalen und der Nationalpartei), ist das Lügenmärchen von der sowjetischen Bedrohung noch jetzt im Schwange.

Der eigene Standpunkt

In Parlament und Presse wurde eingehend über die Rede diskutiert, die Michail Gorbatschow im Juli v. J. in Wladiwostok hielt. Einerseits war es Canberra unmöglich, sich nicht positiv zu dem konstruktiven Vorschlag der UdSSR zu äußern, in der dortigen Region ein verlässliches Sicherheitssystem zu schaffen. Andererseits wurde die Frage laut, ob die Initiative von Wladiwostok nicht

bedeutet, daß es die UdSSR auf die militärische Präsenz in dieser Region abgesehen habe.

Die Debatten haben bewirkt, daß Canberra den Bau einer zweiten Kriegsflotte plant, die im Indik stationiert werden soll.

Der Beschuß hat Kritik an der Regierung ausgelöst: Sie habe sich für diesen Schritt nicht den besten Zeitpunkt ausgesucht, und er werde nach bescheidenen Schätzungen 8 Md. Dollar kosten.

Die UdSSR schloß 1985 (nur für ein Jahr) ein Abkommen über den Fischfang an der Küste des unabhängigen Inselstaats Kiribati und später eins mit Vanuatu. Obwohl sich jeder über das rein kommerzielle des Abkommens mit Kiribati klar war, als es aus Mangel an Fischen nicht verlängert wurde, suchte Canberra Vanuatu mit der „roten Gefahr“ zu schrecken.

Bei seinem kürzlichen Besuch in Australien machte der sowjetische Außenminister, Eduard Schewardnadse, Ministerpräsident Hawke und Außenminister Hayden nochmals klar, daß die Außenpolitik der UdSSR die dortige Region in keiner Weise bedrohe, daß Moskau dort einen für beide Seiten vorteilhaften Handel und eine Zusammenarbeit in allen Bereichen außer dem militärischen wolle. Offizielle Persönlichkeiten nannten den Besuch „ungeheim wichtig“. Am Schluß wurde ein Protokoll über politische Konsultationen unterzeichnet, die dem gegenseitigen Mißtrauen abhelfen sollen. Es wurde vereinbart, den Handel sowie die wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte zu fördern. Das Verhandlungsergebnis hat bei der Öffentlichkeit und den Massenmedien Resonanz gefunden.

Ist Australien denn nun Großbritannien + USA? Nein, die Formel taugt weder für den Nationalcharakter des Volkes noch für die Politik des eigenwüchsigen Landes, das einen ganzen Erdteil einnimmt und immer öfter bestrebt ist, in weltpolitischen Angelegenheiten seinen eigenen Standpunkt zu vertreten. Canberras Stellungnahme zur nuklearen Abrüstung, zur Einstellung der Nukleartests, zu SDI und zur Entkolonialisierung hat verdienten Anklang gefunden. Mit Recht hält sich die Laborregierung den Vertrag über die Erklärung des Südpazifiks zur kernwaffenfreien Zone zugute. Canberra ist gegen Washingtons „weite Auslegung“ des Raketenabwehrvertrags aufgetreten. Es hat der Initiative der UdSSR zur Vernichtung der Mittelstreckenraketen in Europa beigetragen.

Durch diesen auf Frieden und Abrüstung ausgerichteten Kurs gewinnt Australien größeres weltpolitisches Ansehen. Für eine solche Politik setzen sich immer mehr Australier ein.

Alexej IWKIN

Sydney

Friedensstifter oder Brückenkopf?

Preis der „Sonderbeziehungen“

Das diesjährige kanadisch-amerikanische Gipfeltreffen war für die kanadische Regierung innenpolitisch von besonderer Bedeutung. Die Popularität der von B. Mulroney geführten Progressiven Konservativen Partei hat in den letzten Monaten katastrophal abgenommen: Sie wird noch von lediglich 23 Prozent der Kanadier unterstützt. Kurz nach dem Regierungsantritt im September 1984 waren es noch 70 Prozent. Die damals von den Konservativen versprochenen neuen Arbeitsplätze sind aber ausgeblieben. Im Februar wurden 1 335 000 Arbeitslose gezählt - das waren 9,6 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung. In der Regierung selbst gab es beträchtliche Schwierigkeiten: Sieben Minister wechselten in weniger als drei Jahren ihren Posten!

Die beträchtlich gesunkene Popularität der Konservativen erklärt sich auch aus der Unfähigkeit der Regierung, die nationalen Interessen Kanadas gegenüber den USA durchzusetzen. Deshalb unterstrichen die Tories während des Reagan-Besuches auch immer wieder den „besonderen“ Charakter der amerikanisch-kanadischen Beziehungen, bemühten sie sich, die langwierigen Verhandlungen über freien Handel zu beleben, und versuchten, den Amerikanern die Zusage abzuringen, die schon getroffenen Vereinbarungen über die gemeinsame Finanzierung eines Programms zur Bekämpfung des sauren Regens einzuhalten. Damit versuchte die Regierung Mulroney ihre arg angegriffene Autorität wieder zu sanieren.

Der saure Regen ist ein Grund für den Krach zwischen den beiden Nachbarn. US-Präsident R. Reagan erklärte sich bereit, im Kongress offiziell 2,5 Md. Dollar für ein Fünfjahresprogramm zu beantragen, in dessen Rahmen Maßnahmen zur „Kontrolle über die Verschmutzung“ der Atmosphäre erarbeitet werden sollen. Die kanadische Seite fordert die Reduzierung des Schadstoffausstoßes der amerikanischen Industrie um die Hälfte. Präsident Reagan will jedoch nur über eine Vereinbarung zwischen beiden Ländern zur Bekämpfung des sauren Regens reden.

Ein anderes akutes Problem für Kanada ist der Handel. Der jährliche gegenseitige Warenaustausch liegt bei 120 Md. Dollar: Das ist Weltrekord. Während Mulroney und Reagan jedoch über den

Abbau von Tarifen und anderen Handelsbegrenzungen sprachen, errichteten die Amerikaner zur gleichen Zeit neue Zoll- und andere Schranken für die Einfuhr einiger traditioneller kanadischer Exportartikel. Auf der anderen Seite sprechen sich mehrere kanadische Gewerkschaften, Provinzregierungen und Vertreter des Big Business gegen eine Ausweitung des free trade aus, weil sie die Existenz ganzer Industriezweige und damit Arbeitsplätze gefährdet sehen.

Die Meinungsverschiedenheiten der beiden Nachbarn sind groß. Noch am Vorabend des Staatsbesuchs erklärte B. Mulroney im Fernsehen: „Ich erwarte selbst beim kleinsten Punkt der Tagesordnung keine großen Fortschritte.“ Er sollte recht behalten. Die amerikanisch-kanadischen Verhandlungen endeten ohne jede konkrete Vereinbarung.

In den „besonderen“ Beziehungen zwischen den USA und Kanada nehmen außenpolitische Fragen einen erstrangigen Platz ein.

Nach den Worten des kanadischen Außenministers J. Clark ermöglichen es die persönlichen Kontakte des Premiers zum US-Präsidenten, Einfluß auf die Positionen der amerikanischen Administration in Fragen der Rüstungskontrolle zu nehmen. Könnte es aber nicht genau umgekehrt sein?

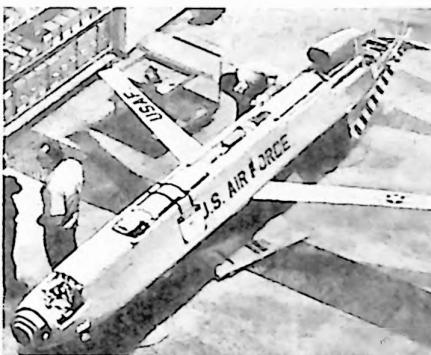
„Kanada“, sagte B. Mulroney in seiner Parlamentsrede während des Reagan-Besuches, „liegt zwischen den beiden Supermächten. Das erklärt die Beunruhigung unseres Volkes über das Wettrüsten und macht es empfänglich für Abrüstungsinitalien. Wenn sich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion über die Abschaffung der atomaren Mittel- und Kurzstreckenraketen einigen würden, könnte dies auch zum Abbau anderer Waffenarten führen“. Urteilen Sie selbst, wie die kanadische Regierung zur Erreichung dieses Ziels beiträgt:

Vor kurzem wurde in Kanada eine weitere luftgestützte US-Flügelrakete größerer Reichweite getestet. Ein entsprechendes bilaterales Abkommen wurde 1983 abgeschlossen. Damals befreit sich die liberale Regierung auf die Verpflichtungen Kanadas gegenüber der NATO. Es wurde jetzt automatisch für weitere fünf Jahre verlängert. Die Fraktion der Liberalen sanktionierte das stillschweigend, obwohl sie auf ihrem

Parteitag im November 1986 eine Resolution über die Verwandlung Kanadas in eine kernwaffenfreie Zone und die Einstellung der amerikanischen Raketenversuche verabschiedet hatten.

Als sie die Vereinbarung verlängerte, erinnerte die konservative Regierung mit keinem Wort daran, daß das Abkommen damals an Bedingungen geknüpft war: Die Einhaltung von SALT 2 und des ABM-Vertrages. Nach Meinung des Exekutivdirektors des Kanadischen Zentrums für Rüstungskontrolle und Abrüstung, J. Lamb, hat die kanadische Regierung heute, da die Amerikaner aus SALT 2 aussteigen und eine „weitere Auslegung“ des ABM-Vertrages anstreben, eindeutig das Recht, die Vereinbarung mit den USA über die Tests aufzukündigen. Die Konservativen beunruhigt zur Zeit jedoch etwas anderes. Ihrer Logik nach würde die Einstellung der Tests dieser gefährlichen Waffe den westlichen Ländern schaden und den sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen abträglich sein.

Dazu noch eine Erklärung des kanadischen Premiers: „Kanada ist keine Supermacht! Unsere Politik hat keine atomare Dimension. Auf dem Territorium



Eine Flügelrakete: montiert bei der Boeing, getestet in Kanada

Foto aus: "Newsweek" (USA)

unseres Landes gibt es keine Kernwaffen, unter meiner Regierung wird es keine geben“. Der südliche Nachbar sieht das aber scheinbar anders. Presseberichten zufolge hat die US Air Force bereits Pläne ausgearbeitet, die vorsehen, im „Ernstfall“ den kanadischen Luftstützpunkt Cold Lake in der Provinz Alberta für die Aufstellung kernwaffentragender B-52-Bomber zu nutzen.

Diese Meldungen lösten im kanadischen Parlament einen Sturm der Entrüstung aus. Wie übrigens auch die sensationelle Erklärung des Außenministers vom 1. Dezember 1986, nach der sich angeblich rund 300 sowjetische U-Boote in kanadischen Gewässern aufhielten, deshalb bleibe Kanada unbe-

dingter Anhänger der NATO. Etwas später jedoch präzisierte J. Clark, wahrscheinlich nach Konsultationen mit Verteidigungsminister P. Beatty: Er habe gemeint, daß 375 dieser Schiffe in der Lage seien, in kanadischen Gewässern zu operieren. P. Beatty hob seinerseits auf einer Pressekonferenz hervor, ihm sei kein einziger Fall eines Eindringens sowjetischer U-Boote in kanadische Hoheitsgewässer bekannt.

Nicht uninteressant ist die kanadische Position zu SDI. „Kanada ist konsequent für Einhaltung des ABM-Vertrags.“

Im September 1985 verzichtete Kanada auch folgerichtig auf eine Teilnahme am SDI-Projekt auf Regierungsebene. Für die Teilnahme privater Firmen ließ Mulroney die Tür jedoch offen, und diese machten davon Gebrauch.

Im März 1985 unterzeichneten B. Mulroney und R. Reagan auf ihrem Treffen in Quebec eine Vereinbarung über den Aufbau eines „nördlichen Frühwarnsystems“ als Teil des NORAD (Luftverteidigungssystem der USA und Kanadas). Es sieht den Bau von 52 Radarstationen im hohen Norden Kanadas zum rechtzeitigen Erkennen eines Raketenangriffs vor.

Die formale Nichtteilnahme Kanadas an SDI läßt sich auch schwer mit offiziellen Erklärungen vereinbaren, nach denen das Verteidigungsministerium von der Regierung die Erlaubnis erhalten habe, mit Forschungen und Tests für den Aufbau eines Netzes von Radaranlagen im Weltraum zu beginnen, das „die nördlichen Gebiete Kanadas vor einem Angriff mit Flügelraketen schützen“ soll.

Die Klausel über die Nichtteilnahme Kanadas „an Maßnahmen zur Organisation eines aktiven Raketenabwehrsystems“, die in der zweiseitigen NORAD-Vereinbarung bis 1981 galt, wurde ja bei Verlängerung des Abkommens fallengelassen. Damit eröffnet die kanadische Regierung den USA die Möglichkeit, in Zukunft ihr Frühwarnsystem im NORAD-Rahmen zu einem ABM-System auszudehnen. So wird mit stillschweigender Zustimmung Kanadas der Boden für die Schaffung eines umfangreichen weltraumgestützten ABM-Systems bereitet. Es geht also um nichts anderes als die Einbeziehung Kanadas in das SDI-Programm.

„Friedensstifter oder Pulverfaß“ - so heißt ein Buch von J. Minifie. Seiner Meinung nach hat Kanada die Wahl: Entweder es geht den Weg der friedlichen Koexistenz, oder es folgt treu dem mächtigen Nachbarn im Süden. Der Autor läßt keinen Zweifel daran, welchen Weg er für den richtigen hält: Verhindern, daß Kanada zu einem „Pulverfaß“ wird.

Seit Erscheinen des Buches ist mehr als ein Vierteljahrhundert vergangen. Doch die in ihm aufgeworfenen Fragen sind heute so aktuell wie damals.

W. ULASSEWITSCH

WIRTSCHAFT

Menschen sterben für Geld. Zu einem solchen Fetisch wurde das Papiergele, das im letzten Jahrhundert offenbar für immer die Goldmünzen als Zahlungsmittel verdrängte. Doch heute findet auch die Allmacht des Geldes ein Ende. In kapitalistischen Industrieländern wird es immer mehr von Plastikkarten abgelöst. Nun ist der Mikrocomputer an der Reihe.

Auf Pump beim Computer

Wladimir KASCHIN

„Kann man um die ganze Welt reisen ohne einen Cent in der Tasche? Ja. Und nicht nur das, man kann auch in den besten Hotels absteigen und alle Waren, die Ihnen gefallen, kaufen.“ So werden Visa und MasterCard die Vorzüge der Kreditkarten angepriesen, die Bargeld und Scheckhefte als Zahlungsmittel spürbar verdrängt haben. Zum Unterschied von Scheckheften, einem Privileg der Reichen, eröffneten die Kreditkarten weiten Bevölkerungsschichten den Zugang zum bargeldlosen Zahlungsverkehr.

Doch auch die Epoche des „Plastikgeldes“ sollte nicht ewig währen: Die Presse schreibt bereits, bald werde die Ära des „elektronischen Geldes“ anbrechen, wenn es, um Rechnungen für Waren oder Dienstleistungen zu begleichen, ausreichen wird, nur mit den Fingerspitzen eine Platte an der Kasse zu berühren oder seinen Namen laut zu nennen. Der Computer wird Sie in Sekundenschnelle nach den Fingerabdrücken oder an der Stimme erkennen und den erforderlichen Betrag von Ihrem Konto abbuchen.

Kredit, Debet, Automat

Der Beginn des „Plastikgeldes“ war ganz trivial. Kleinhändler verkaufen von je her Waren an ihre Stammkunden auf Kredit: Der Händler kennt sie persönlich und schreibt die Schulden an. Doch für Großhändler war eine solche Methode der Kreditgewährung nicht geeignet; noch weniger taugte sie für Handelsfirmen, die über Dutzende, ja Hunderte von Warenhäusern in verschiedenen Landesteilen verfügen. Und so begannen sie, ihren Stammkunden eine Art Identitätsausweis in Form sogenannter Einkaufskarten zu geben.

Mit diesen Karten konnte der Käufer Waren in allen Einrichtungen der Firma erwerben und die Einkäufe alle zwei Wochen oder monatlich bezahlen. Kunden, die Waren über einen bestimmten

Betrag hinaus kauften, wurde Preisnachlaß gewährt, oder sie konnten einen Preis oder eine Prämie erhalten. Auch Reisebüros und dann die Ölkonzerne, beim Benzinverkauf, begannen den Kunden Kredite einzuräumen. So wurden die Einkaufskarten zu einer neuen Form der Kreditgewährung der Firmen für ihre Stammkunden, d. h. einer finanziellen Dienstleistung, mit der sich traditionell die Banken befaßten.

Diese Konkurrenz ließ die Bankiers Kassenautomaten auf Flughäfen, in Hotels und bei großen Warenhäusern einrichten. Die Kassenautomaten gaben den Kunden das Bargeld zu jeder Tages- und Nachtzeit aus. Um das zu beschleunigen, wurde eine spezielle Kundenkarte von der Bank ausgegeben. Von der Einkaufskarte unterscheidet sie sich grundsätzlich dadurch, daß sie nicht für Bedienungspersonal, sondern für einen Computer bestimmt ist. Ein besonderer Code, auf Magnetband gespeichert, das auf die Plastikkarte geprägt wird, erlaubt den Zugang. Die „Banken ohne Kassierer“ wurden in den USA, in Westeuropa und Japan schnell beliebt. Die erfolgreiche Verbreitung dieser Form des bargeldlosen Zahlungsverkehrs brachte die Bankiers auf den Gedanken, ein neues System für den Verbraucherkredit zu entwickeln.

Gewöhnlich kreditierten die Banken nicht die Käufer, sondern die Händler, die an den Zinsen bei Abzahlungsgeschäften profitierten. Die Banken wandten die bei ihren Kundenkarten erprobte Idee an und begannen mit der Verbreitung von Kreditkarten, bei denen sie das Risiko der sofortigen Bezahlung von Waren und Dienstleistungen, die ihre Kunden erwerben, übernahmen. Für die Bezahlung des Kredits setzte die Bank gewöhnlich eine Monatsfrist fest, in der der Kunde seine Verbindlichkeiten zu erfüllen hatte. Wurden die Schulden nicht rechtzeitig beglichen, berechnete die Bank anfangs Zinsen für den geschuldeten Betrag und stellte dann die Zahlungen nach dieser Karte ein.

Was ist nun eine Kreditkarte? Eine Plastikplatte, die eine Nummer, den Namen des Besitzers und das Muster seiner Unterschrift sowie die Gelungsdauer enthält. Wird die Kreditkarte in einem Geschäft vorgewiesen, dann schreibt der Kassierer eine Rechnung auf die Bank, die diese Karte ausstellt, aus. Die Rechnung muß von dem Besitzer der Kreditkarte unterschrieben werden, da dies dem Händler erlaubt, die Unterschrift des Kunden mit dem Namenszug auf der Karte zu vergleichen. Bei Zweifeln kann der Kassierer den Käufer bitten, sich auszuweisen. All das schließt Fälschungen oder den Gebrauch von verfallenen Kreditkarten nicht aus. Die Verluste der Banken durch diverse Betrugsmanöver befragen, wie Experten schätzen, jährlich Hunderte von Millionen Dollar. Bis 1990, errechneten sie, werden allein bei Bankgruppen, die Visa- und MasterCards-Kreditkarten verwenden, solche Verluste ca. 2 Md. Dollar betragen. Deshalb ergreifen die Bankiers Maßnahmen, um sich gegen Verluste zu schützen.

Vor allem versuchen sie Fälschungen durch die Codierung der Unterschrift des Besitzers auf dem Magnetband der Karte auszuschließen. Sie enthält bisweilen einen Spezialcode, der nur ihrem Besitzer bekannt ist, oder eine holographische Darstellung. In die Karte wird ferner Sondermaterial gepreßt, auf dem das Porträt des Besitzers, das nur mit Laserhilfe reproduziert werden kann, festgehalten wird. Auch andere, nicht weniger raffinierte Tricks werden verwandt.

Die gepreßte Vernunft

Trotz der technischen Schwierigkeiten findet das "Plastikgeld" in den letzten Jahren schnell Verbreitung, obgleich der Anteil der Kreditkarten an den finanziellen Dienstleistungen, von denen die Bevölkerung Gebrauch macht, bislang noch relativ gering ist: in den USA 18% und in Großbritannien 4%. Bislang ist ein "Plastikkredit" beim Erwerb von Lebensmitteln und langlebigen Konsumgütern - Häusern, Autos und Fernsehern, die über Abzahlung laufen - wie beim Kauf von Aktien und anderen Wertpapieren selten. Vor allem die Mittelschichten verwenden Kreditkarten. Die Armen besitzen in der Regel keine Bankkonten, die Reichen aber ziehen Scheckhefte vor.

Um die Reichen zu gewinnen, begannen die Bankiers sogenannte Prestigekarten auszugeben. So brachte der transnationale Finanzkonzern American Express "goldene" Kreditkarten - für Kunden mit einem Jahreseinkommen von mindestens 25 000 Pfund Sterling - in Großbritannien in Umlauf. Nach der "goldenen" gelangt eine für noch Reichere gedachte, "Platin"-Karte in den Verkehr. Um nicht hinter der Konkurrenz zurückzubleiben, begannen der Hotelkonzern Trusthouse Forte, die Banken Barclays und National

Westminster derartige Kreditkarten zu verbreiten. Zugleich suchen Bankiers, Reisebüros und Handelsfirmen nach Wegen für eine Vereinheitlichung des "Plastikkredits", für eine Verbindung der Einkaufs-, der Kunden- und der Kreditkarte.

Die Erfindung der "cleveren" Karte war der erste Schritt hierzu. Sie stellt ein Stück Plastik mit einem eingepreßten Mikroprozessor (Chip) dar. Erstmals hatte der Franzose Roland Moreno bereits zu Beginn der 70er Jahre solche Karten vorgeschlagen. Die Entwicklung ihrer Herstellungstechnologie brauchte ca. 10 Jahre, doch schon seit 1983 begann man, "clevere" Karten in das System des Verbraucherredits einzuführen. Hauptvorteil der neuen Karte gegenüber der gewöhnlichen ist das viel größere elektronische Gedächtnis (8000 Zeichen gegenüber 72 bei der gewöhnlichen Karte). Das reicht, um Informationen über den Kunden selbst, seinen Kontostand und all seine Zahlungen aufzunehmen. Auch ein fälschungssicherer Sondercode wurde der "cleveren" Karte eingegeben. Ein weiterer Vorteil der neuen Karten ist, daß sie ohne teure Anlagen für Direktverbindung mit der Bank benutzt werden können, da die Karte selbst signalisiert, wenn der Kunde die Grenze des ihm eingeräumten Kredits erreicht hat.



Auf dem Weltmarkt der Kreditkarten vollzieht sich ein erbitterter Konkurrenzkampf zwischen den Banken. "Denkt die Konkurrenz etwa, daß wir ihren Markt auf einem silbernen Tablett reichen werden?" fragt der Präsident der französischen Kreditkartenvereinigung, Raoul Bellanger

Foto aus: "Business Week" (USA)

Die Massenproduktion solcher Karten wurde bereits in Frankreich vom Bull-Konzern (ca. 10 Millionen jährlich) und in Japan vom Casio-Konzern aufgenommen. Auf "clevere" Karten werden

bereits Telefonzellen umgestellt. Versuchsweise werden "clevere" Karten zur Bezahlung von Straßennutzungsgebühren verwendet. Doch die Aufgabe ist umfassender: Die französische Regierung beschloß, ein gesamtnationales System des "Plastikkredits" einzuführen. Es wird bereits seit 1986 umfassend realisiert, und Ende 1988 werden ca. 16 Mio Karten, bis 1990 gar 20 Mio Karten (was etwa der Zahl der französischen Familien entspricht) in Umlauf sein. Von diesem Kreditsystem werden 350 000 Handels- einrichtungen und Bankanstalten sowie Dienstleistungsbetriebe erfaßt, wobei 50 000 von ihnen eine Verbindung zu den Bankcomputern erhalten werden.

Frankreich nimmt bislang eine führende Stellung bei der Verbreitung des "Plastikkredits" ein. Solche nationalen Kreditsysteme sollen in Großbritannien (ab 1988), in Luxemburg, Belgien, Dänemark und Norwegen eingeführt werden. (In Singapur, Hongkong, Thailand und in der VR China ist bislang geplant, sich auf den Gebrauch gewöhnlicher Kreditkarten zu beschränken.) "Clevere" Karten sind in den USA und in Japan geplant (Schätzungen zufolge werden bis 1990 in diesen Ländern 500 Mio bzw. 100 Mio solcher Karten in Umlauf gebracht), doch nicht landesweit, sondern von einzelnen Banken für ihre Kunden. Haben die US-Banken ja bereits nicht geringe Mittel in Operationen mit gewöhnlichen Kreditkarten investiert und sie müssen diese Ausgaben erst wieder hereinholen, bevor sie zu "cleveren" Karten übergehen können.

Bank in der Westentasche

Inzwischen wurde bereits eine neue Karte entwickelt, die als "superclever" gepriesen wird, da sie einen noch größeren Speicher hat. Das erlaubt es nicht nur, alle Vorteile der Kreditkarten auf der Platte zu vereinen und die Finanzoperationen ihres Besitzers zu registrieren, sondern auch andere diverse Informationen festzuhalten - über Zahlungen an die Sozialversicherung, die Blutgruppe und andere Angaben über den Gesundheitszustand.

Doch noch wichtiger ist, daß die "superclevere" Karte die gesamten elektronischen Apparaturen für ihre Bearbeitung überflüssig macht. Sie besitzt Eingabetasten, eine Minidiskette und eine eigene Batterie. Es handelt sich um einen vollwertigen Mikrocomputer mit eigener Software, um eine Art Hausbank in der Westentasche. Der Kunde kann die erforderlichen Informationen eingeben, bearbeiten und erhalten. Zudem werden die Informationen der Kreditbank durch einen Sondercode geschützt ebenso wie die von der Bank festgelegten Ausgabegrenzen. Bei jedem Kontakt des Kartenbesitzers mit dem Zentralcomputer der Bank (beim Erhalt von Bargeld, beim Warenkauf und ähnlichen Operationen) werden die

neuen Angaben über den Kontostand gespeichert.

Auch die "superclevere" Karte ist nicht das letzte Wort des Fortschritts. Im Auftrag der japanischen Sumitomo Bank entwickelte die kalifornische Drexler Technology Corp. bereits eine Laserkarte mit einem Gedächtnis für 2 Millionen Zeichen (800 Seiten eingeschriebenen Schreibmaschinentextes). Zudem sind die Selbstkosten ihrer Produktion nicht groß - nur 2,5 Dollar, sogar weniger als bei der "cleveren" Karte. Dafür sind die Möglichkeiten der Laserkarte fürwahr unbegrenzt.

Was nahrt eigentlich den Kreditkartenboom? Offenbar vor allem die Jagd nach den Profiten. Neben den hohen Zinsen bei einem "Plastikkredit" (gewöhnlich über 20%) hat jeder Bankkunde jährlich etwa 15 bis 20 Dollar für die Benutzung der Karte zu zahlen. Hierbei sind die Gewinne der Bankiers aus den "Plastikoperationen" viel höher als ihre Einnahmen aus anderen Kreditierungsformen. Doch solche Gewinne können nur Banken machen, die den Einsatz von Kreditkarten im ganzen Land sicherstellen können, was zunächst Millioneninvestitionen verlangt. Unter den Hundernten von Banken, die zu den Kreditvereinigungen Visa und MasterCard gehören, sind dazu in den USA nur die 20 größten Banken imstande wie die Citibank, die Bank of America, die First Chicago, die Chase Manhattan, Wells Fargo usw.

Trotz der Bankgebühren sind die Kreditkarten für ihre Kunden bequem und vorteilhaft - vor allem weil sie einen Kredit erhalten können, der ihr Bankkonto übersteigt. So begleicht in den USA nur ein Drittel der Kreditkartenbesitzer rechtzeitig seine Schulden, die anderen überziehen ständig ihr Konto. Infolgedessen erreichen die Gewinne der Bankiers durch die Zinsen aus überfälligen "Plastikkrediten" 65 Md. Dollar jährlich. Doch der Hauptvorteil der Kreditkarten besteht darin, daß es für die Käufer bequemer ist, Kredite beim Computer aufzunehmen. Das erspart ihnen das Kreditgespräch mit dem Bankier, die Barzahlung im Geschäft oder im Hotel, den Umtausch von Währungen beim Grenzübergang und andere Formalitäten.

Die Bedeutung des "Plastikkredits" beschränkt sich nicht auf Vorteile für die Bankiers und Annehmlichkeiten für ihre Kunden. Er beschleunigt spürbar den Geldumlauf, senkt die Umlaufkosten und rationalisiert das Bankwesen. Durch die Kreditkarten werden breite Bevölkerungsschichten in den bargeldlosen Zahlungsverkehr, von dem Industrie und Handel seit langem Gebrauch machen, einbezogen. Die Verbreitung der Kredit-

karten hat auch dazu geführt, daß Bargeld, ob in Form von Goldmünzen wie einst oder in Banknoten, kein Fetisch mehr ist. Und obwohl im Bewußtsein der Menschen Kreditkarten ein Wohlstandssymbol sind, so handelt es sich doch nicht um Geld, sondern nur um ein Dokument, das den Kontostand oder einen gewährten Bankkredit anzeigt.

Eine noch größere Zentralisierung und Konzentration der Geldoperationen bei einer Handvoll großer Banken ist die wichtigste ökonomische Folge der Einführung des "Plastikkredits" im Kapitalismus. Der technische Fortschritt zwingt sie, ungeachtet der Konkurrenz ein allgemeines landesweites Kredit- und Geldsystem aufzubauen. So führt die von der Informationsindustrie hervorgebrachte neue Form des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zur Zentralisierung des privaten Banksystems, das für den Umlauf und die Verteilung eines immer größeren Teils des gesellschaftlichen Reichtums verantwortlich ist.

Geld als Beschleuniger

Verständlicherweise wird der ökonomische Effekt der Einführung von "Plastikgeld" um so größer sein, je mehr es den Gesamtumlauf von Waren und Dienstleistungen erfaßt. Das sozialistische Wirtschaftssystem, das die Waren-Geld-Beziehungen zur Hebung der Effektivität der Produktion und zur gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nach der geleisteten Arbeit einsetzt, kann das Kreditkartenystem effektiver als der Kapitalismus einsetzen.

Im Sozialismus ist das Banksystem zentralisiert, es gibt keine Konkurrenz zwischen einzelnen Gruppierungen des Finanzkapitals, was zu unproduktiven Kosten beim Geldumlauf führt. Es entsteht auch kein fiktives Kapital - der Nährboden für Geldentwertung, für die Bereicherung der Finanzhaie. Der Einsatz von Kreditkarten bei unserer jetzigen Wirtschaftsreform wird es ermöglichen, ein umfassendes System für die Kontrolle nach Maßgabe der Arbeit und des Verbrauchs zu schaffen. Die Rechnungsführung über die Löhne und Gehälter sowie die Ausgaben jedes Bürgers auf dessen Konto, einheitlich in der ganzen Sowjetunion durchgeführt, würde es praktisch unmöglich machen, nicht aus Arbeit stammende Einnahmen zu verheimlichen. Mit den technischen Möglichkeiten der Kreditkarten könnte man ferner den Verkauf besonders gefragter Waren festhalten. Folglich würden Betriebe, die solche Erzeugnisse produzieren, finanziell besser gestellt sein als solche, die Ladenhüter herstellen.

Die Einführung des elektronischen Geldumlaufs und der Rechnungsführung würde den Waren- und Geldumlauf in der Volkswirtschaft bedeutend beschleunigen. Dafür müßten natürlich Computerzentren mit Terminals in Banken, Sparkassen, Industriebetrieben und Geschäften aufgebaut werden, müßten Kreditkarten hergestellt und die erforderlichen Fachkräfte ausgebildet werden. Ein solcher Umbau des Kredit- und Geldmechanismus würde natürlich nicht geringe Mittel und Anstrengungen verlangen. Zugleich ist deutlich, daß die Computerisierung der Volkswirtschaft nicht ferne, sondern nahe Zukunft ist und der "Plastikkredit" durchaus in die jetzt zu schaffenden vielseitig einsetzbaren Informationssysteme einbezogen werden kann.

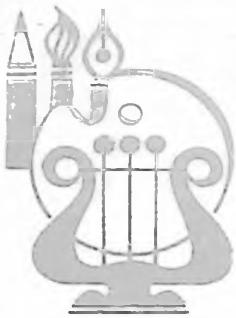
Der ökonomische und soziale Effekt einer solchen Einbeziehung wird alle Ausgaben rechtfertigen. Die Computerisierung der Geldoperationen und ihre vollständige Umstellung auf bargeldlose Zahlungsverkehr werden es erlauben, die Kontrolle über die Kredit- und Geldpolitik, über die Haushaltsdurchführung auf Unions-, Republik- und örtlicher Ebene zu automatisieren, die wirtschaftliche Rechnungsführung über die finanziellen Mittel der Betriebe und Organisationen einzuführen, die Zahlungsdisziplin und die Beziehungen der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der Volkswirtschaft zu festigen. Die Ausweitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs auf dem Gesamtbereich der Ware-Geld-Beziehungen wird es ferner ermöglichen, die Wirtschaftsbewertungen zu verbessern. Die elektronischen Bankverbindungen werden auch einen breiten Zugang der Bevölkerung zu wirtschaftlichen Angaben, medizinischen Einrichtungen, Bibliotheken und Archiven ermöglichen, d. h. den Informationsstand der Bevölkerung in allen Fragen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens verbessern und so die Voraussetzungen für eine Demokratisierung schaffen.

Im Sozialismus besteht kein Widerspruch zwischen den Interessen des Staates, der Banken, der Industrie- und anderer Betriebe sowie der Bevölkerung. Die zusätzlichen Reserven - in Form von Waren oder Geld - die durch Kreditkarten mobilisiert werden könnten, würden nicht der Bevölkerung zum Vorteil einer Handvoll von Finanzhaie und staatsmonopolistischen Gruppierungen entzogen. Die Beschleunigung des Umlaufs der Ware-Geld-Ressourcen durch die Einführung von "Plastikgeld" kann dazu beitragen, die Effektivität der gesellschaftlichen Produktion zu steigern, kann zu einem Faktor der Hebung des Volkswohlstands werden.

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja pravda"



Geburtstag eines Theaters

Am 28. Oktober 1974 kamen 49 Moskauer Ober Schüler zur ersten Stunde im Bühnenstudio des Theaters „Sowremennik“ zusammen. Dessen Leiter war damals Oleg Tabakow. Er und seine Kollegen, Schauspieler und Regisseure, unterrichteten am Studio. Nach zwei Jahren wurden die besten Darsteller in Tabakows Lehrgang an der Bühnenhochschule aufgenommen. Das Studio hatte einen Nachwuchs heranzuschulen, der die Anliegen der Jugend lebendig auf die Bühne bringen konnte. 1979 fand im Souterrain eines Hauses in der Tschaplyginstraße seine erste Premiere statt. Die jungen Schauspieler, Studenten des 3. Studienjahres,

führten ein Stück des jungen Dramatikers Kasanzew „Im Frühling komm ich wieder“ auf: Das Studio stellte ein originelles Repertoire zusammen, fand neue Autoren und einen eigenen Stil. Manche Stücke wurden eigens für das Studio geschrieben, und der englische Schriftsteller Barrie Keffe machte ihm sein Stück „In die Enge getrieben“ zum Geschenk.

Seitdem haben 12 Premieren stattgefunden. Für das Studio sind Karten ebenso schwer wie für die Hauptbühne selbst zu bekommen. Allmählich wurde der jungen Truppe der Rahmen des Studios zu eng. 1980 versuchte man, auf seiner Grundlage ein neues Theater zu gründen. Der Versuch mißlang. Die Truppe war

verzweifelt. Manchmal schien nur Tabakow mit seiner Energie und seinem Optimismus das Studio aufrechtzuerhalten.

Endlich aber wurde das Moskauer Studiotheater aus der Taufe gehoben, und Tabakow zog den Smoking an...

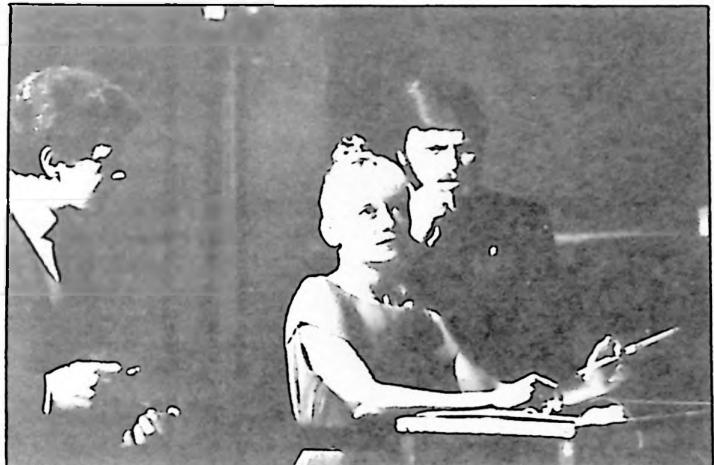
Fotos:
A. Semljjanitschenko

Im Foyer
in der Tschaplyginstraße

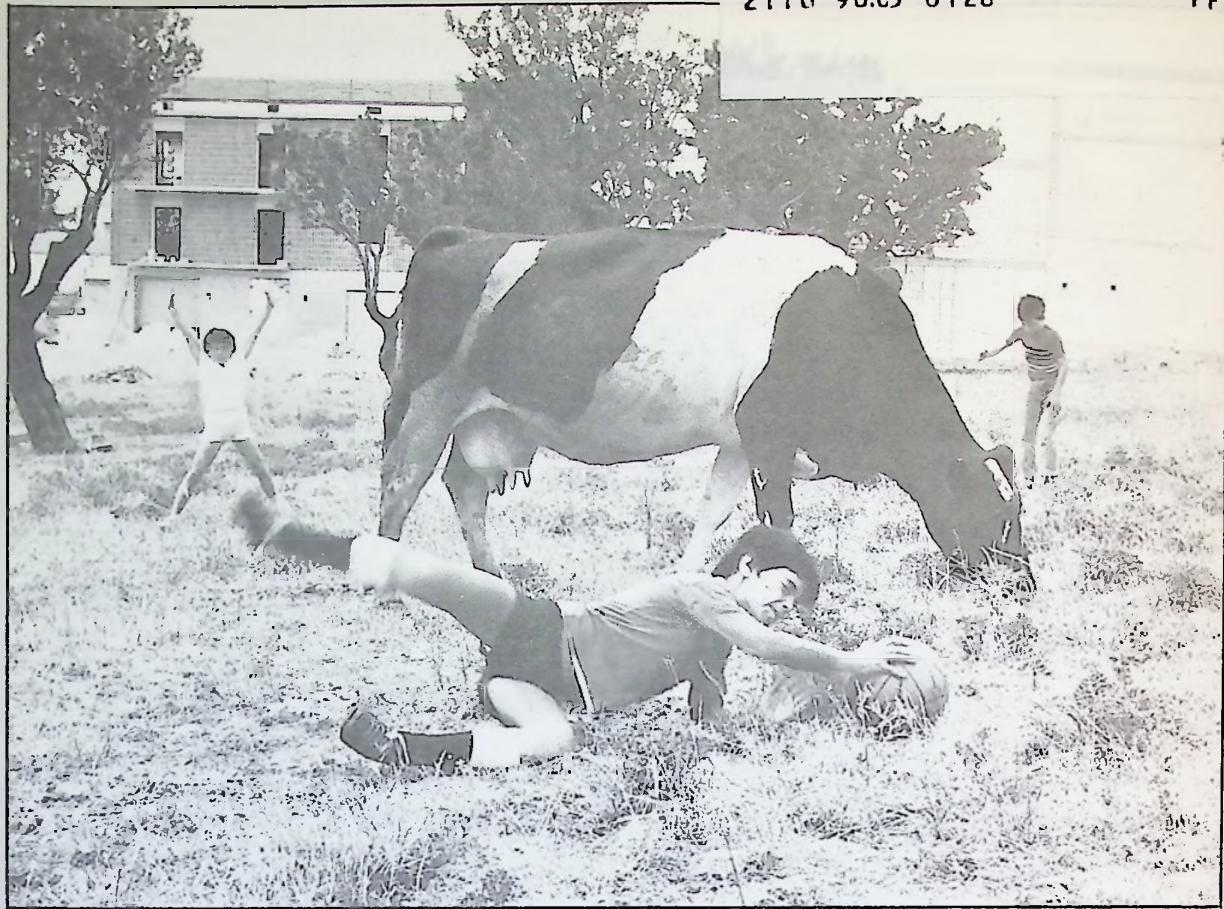
Vor Beginn
hinter den Kulissen

In der ersten Premiere
wurde „Der Sessel“
von Marin und Poljakow
gegeben

Geburtstag



14:159 19 136 304 542
NVA 32667 A
2110 90:05 0128 PF



Mit vollem Einsatz

Alfred La Picciarella (Italien)

INTERNATIONALER
WETTBEWERB



„MENSCH,
MENSCHLICHKEIT,
MENSCHHEIT“

Tomas Mora Ruata (Spanien)

Die Kapelle



Индекс 70624 НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ